

Forschungsevaluation an niedersächsischen  
Hochschulen und Forschungseinrichtungen

## **Politikwissenschaft und Soziologie**

Ergebnisse und Empfehlungen

Herausgeber:

Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen  
Schiffgraben 19  
D-30159 Hannover  
Tel.: (0511) 120 8852  
Fax: (0511) 120 8859

E-Mail: [poststelle@wk.niedersachsen.de](mailto:poststelle@wk.niedersachsen.de)  
Internet: [www.wk.niedersachsen.de](http://www.wk.niedersachsen.de)

und

Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
Referat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Leibnizufer 9, D-30169 Hannover  
Postfach 261, D-30002 Hannover  
E-Mail: [pressestelle@mwk.niedersachsen.de](mailto:pressestelle@mwk.niedersachsen.de)  
Internet: [www.mwk.niedersachsen.de/home/](http://www.mwk.niedersachsen.de/home/)

Redaktion: Christof Schiene  
Hannover, März 2004

Titelgestaltung: Frank Heymann  
Druck: Baumgart – die Print Agentur

---

## Inhaltsverzeichnis

Geleitwort .....	5
Vorwort.....	7
1 Einleitung .....	9
2 Kriterien der Evaluation .....	13
2.1 Ausgangsbedingungen.....	13
2.2 Allgemeine Kriterien und Indikatoren .....	14
2.3 Fächerspezifische Gewichtung .....	14
3 Forschung an den einzelnen Standorten .....	19
3.1 Technische Universität Braunschweig .....	19
Einleitung .....	19
Ergebnisse und Empfehlungen .....	20
3.2 Georg-August-Universität Göttingen.....	21
Einleitung .....	21
Ergebnisse und Empfehlungen .....	22
3.3 Universität Hannover .....	25
Einleitung .....	25
Ergebnisse und Empfehlungen .....	26
3.4 Universität Lüneburg .....	29
Einleitung .....	29
Ergebnisse und Empfehlungen .....	30
3.5 Carl von Ossietzky Universität Oldenburg .....	32
Einleitung .....	32
Ergebnisse und Empfehlungen .....	33
3.6 Universität Osnabrück.....	36
Einleitung .....	36
Ergebnisse und Empfehlungen .....	37
3.7 Hochschule Vechta .....	39
Einleitung .....	39
Ergebnisse und Empfehlungen .....	40

---

4	Politikwissenschaft und Soziologie in Niedersachsen.....	41
4.1	Politikwissenschaft .....	41
4.1.1.	Politische Theorie .....	42
4.1.2.	Internationale Beziehungen und Europapolitik.....	43
4.1.3.	Politische Soziologie und Parteienforschung .....	47
4.1.4.	Politische Systeme und Systemvergleich .....	48
4.1.5	Politikfeldanalysen.....	50
4.2	Soziologie .....	52
4.2.1	Soziologische Theorie .....	53
4.2.2	Methoden der empirischen Sozialforschung .....	55
4.2.3	Sozialstruktur/ Makrosoziologie .....	58
4.2.4	Spezielle Soziologien: Industrie-, Arbeits- und Betriebssoziologie .....	60
5	Übergreifende Empfehlungen.....	65
	Allgemein .....	65
	Identität der Fächer.....	65
	Personalstruktur und Stellenbesetzungen.....	66
	Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses .....	67
	Konzeption und Profilbildung .....	68
	Anreizsysteme .....	70
6	Tabellen.....	71
	Politikwissenschaft .....	74
	Soziologie.....	88
7	Diagramme.....	103
8	Anhang .....	107
8.1	Forschungsevaluation an niedersächsischen Hochschulen .....	107
8.2	Organisatorische Rahmenbedingungen .....	107
8.3	Allgemeine Kriterien der Forschungsevaluation.....	108
8.4	Am Verfahren beteiligte Einrichtungen.....	109

## Geleitwort

Die Wissenschaftliche Kommission Niedersachsen hat den Auftrag, das Land in Fragen der Wissenschaftspolitik zu beraten. Mit der dauerhaften Einrichtung der Institution eines solchen unabhängigen Expertenrats hat das Land dem Willen zur systematischen Einbeziehung von Qualitätskriterien in die Hochschulplanung Ausdruck verliehen.

Zu den Aufgaben der Wissenschaftlichen Kommission gehört es, die Qualität der Forschung in Niedersachsen fachbezogen und Standort übergreifend an überregionalen und internationalen Standards zu messen und, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des anstehenden Generationswechsels in der Professorenschaft, Empfehlungen für die zukünftige Profilbildung und Schwerpunktsetzung der Hochschulen zu erarbeiten. Inzwischen werden diese Evaluationsverfahren, betreut durch die Geschäftsstelle der Wissenschaftlichen Kommission, regelmäßig durchgeführt.

Die Qualität wissenschaftlicher Forschung, insbesondere wenn sie nicht nur ex-post, sondern auch mit Blick auf zukünftige Entwicklungsperspektiven begutachtet wird, ist nur bedingt und je nach Disziplin in unterschiedlichem Grade quantifizierbar. Die Mitwirkung erfahrener, international angesehener Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg, die Sachgerechtigkeit und Glaubwürdigkeit von Evaluationsverfahren. Die Erfahrungen in Niedersachsen zeigen, dass die Wissenschaftler diese Verantwortung trotz vielfältiger Belastungen annehmen und sich zur Mitwirkung bereit finden. Den Expertengremien unter Vorsitz von Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Dieter Klingemann und Professor Dr. Uwe Schimank, die die hier vorgelegte Begutachtung der Forschung in der Politikwissenschaft und in der Soziologie durchgeführt haben, gebührt dafür großer Dank. Dies gilt um so mehr, als in dem Bericht nicht nur Planungskriterien erarbeitet wurden, die für die Politik wie für die Hochschulen selbst von Nutzen sind, sondern auch durch die Reflexion über fachspezifische Kriterien und Begutachtungsmethoden ein wichtiger Beitrag zur Weiterentwicklung des Verfahrens geleistet wurde.

Die Geschäftsstelle der Wissenschaftlichen Kommission unter Leitung der Generalsekretärin Dr. Christiane Ebel-Gabriel (bis September 2003) und des Generalsekretärs Dr. Mathias Pätzold (seit Januar 2004) hat die Gutachter wie auch die Hochschulen in dem Verfahren begleitet. Besonderer Dank gilt dem zuständigen Referenten, Herrn Dipl.-Soz. Christof Schiene, für die organisatorische und redaktionelle Unterstützung der Begutachtung.

Ich weiß mich im Einvernehmen mit den Gutachterkommissionen, wenn ich dem Ministerium wie auch den Hochschulen wünsche, dass sie diesen Bericht mit Gewinn lesen und die mit großer Sachkompetenz und Sorgfalt erarbeiteten Empfehlungen als einen hilfreichen Beitrag zur Förderung der begutachteten Disziplinen und zur Profilbildung der niedersächsischen Hochschulen insgesamt nützlich finden werden.

Prof. Dr. Jürgen Mlynek

Vorsitzender der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen

## Vorwort

Evaluation ist als Schlagwort aus wissenschafts- und hochschulpolitischen Kontexten heute kaum mehr wegzudenken. Dies mag für den externen Beobachter durchaus nicht ohne Überraschung sein, beansprucht doch die moderne akademische Wissenschaft nicht nur die Freiheit von Forschung und Lehre, sondern auch die Qualitätskontrolle der eigenen Arbeit(en) unter Verweis auf die Besonderheit wissenschaftlichen Wissens und seiner „Produktionsbedingungen“ für sich. In der Tat erscheint angesichts der zunehmenden Spezialisierung und Internationalisierung der Wissenschaft eine Qualitätsbewertung fachwissenschaftlicher Erkenntnisse kaum anders als durch fachwissenschaftliche Expertise („peer-review“) sinnvoll möglich.

Auch die Evaluation von Forschungsleistungen in den Fächern Politikwissenschaft und Soziologie an den niedersächsischen Hochschulen, deren Ergebnisse mit diesem Abschlussbericht vorgelegt werden, basiert auf den Einschätzungen von Fachwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern. Die Gutachterinnen und Gutachter konnten in diesem Prozess auf umfassende Selbstberichte der Standorte zurückgreifen, die zunächst im Rahmen einer internen Evaluation von den betroffenen Fachbereichen und Fakultäten erstellt worden sind. Nach Auswertung der Unterlagen haben die Gutachtergruppen die Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort gesucht und ergänzende Informationen gewonnen.

Das Ziel der Forschungsevaluation bestand darin, nicht nur die Qualität oder Innovativität der (Einzel-)Forschung – gemessen an internationalen Standards – in den Blick zu nehmen, sondern auch die Struktur- und Entwicklungsperspektiven der begutachteten Fächer in den jeweiligen Hochschulen deutlich zu machen. Für die Politikwissenschaft und die Soziologie gerät damit auch eine interdisziplinäre Perspektive in den Blick, die nicht zwangsweise dem Selbstverständnis der Fächer als eigenständigen Disziplinen entspricht, jedoch an manchen Standorten Profilierungsmöglichkeiten eröffnen kann, die ihnen sonst womöglich verschlossen blieben.

Ein Verfahren, das sich den spezifischen Belangen der evaluierten Fächer und Forschungseinheiten sowie den besonderen Randbedingungen für Forschung an den Institutionen nicht verschließt, ist ohne Zweifel mit erheblichem Aufwand für die beteiligten Universitäten und ebenso für die involvierten Gutachter verbunden. Unser Dank gilt daher zunächst den Kolleginnen und Kollegen an den niedersächsischen Hochschulen, die uns in schriftlicher und mündlicher Form einen Einblick in ihre Arbeitszusammenhänge gewährt, Ergebnisse präsentiert und an mancher Stelle zu neuen Überlegungen inspiriert haben. Sodann haben wir den Kolleginnen und Kollegen aus den Gutachterkommissionen zu danken, die sich trotz der vielfältigen Belastungen mit uns dieser Aufgabe gestellt haben. Schließlich sprechen wir der Geschäftsstelle der Wissen-

schaftlichen Kommission, ihrer Generalsekretärin, Dr. Christiane Ebel-Gabriel, und dem Wissenschaftlichen Referenten, Herrn Christof Schiene, sowie Herrn Michael Steller, für die professionelle Vorbereitung und Begleitung der Arbeit unseren Dank aus.

Wir möchten zugleich unserer Hoffnung Ausdruck geben, dass die Ergebnisse der Forschungsevaluationsverfahren sowohl für die wissenschaftspolitische Planung als auch für die Zukunftsplanungen der Hochschulen hilfreich sein mögen. Den betrachteten Fächern wünschen wir, dass sie die ausgesprochenen Empfehlungen als sachgerechten Beitrag zur Qualitätssicherung ihrer Forschung nutzen können.

Berlin und Hagen, Oktober 2003

Hans-Dieter Klingemann

Uwe Schimank

## 1 Einleitung

Gemäß den Beschlüssen der Lenkungsgruppe Forschungsevaluation wurden die Politikwissenschaft und die Soziologie in Niedersachsen auf der Basis des von der Wissenschaftlichen Kommission verabschiedeten Konzepts zur „Forschungsevaluation an niedersächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen“ begutachtet (vgl. die Hinweise im Anhang).

Die Hochschulen haben zum 15. Oktober bzw. 30. November 2002 Berichte eingereicht, die aus einem diskursiven Teil und einer quantitativen Datengrundlage bestehen. Als Berichtszeitraum wurden die Jahre 1997 bis 2001 definiert, bei einzelnen Abfragen sind längerfristige Zeiträume berücksichtigt worden. Darüber hinaus waren die Fachvertreter an den Standorten gehalten, Angaben zu den Entwicklungsperspektiven und den konkreten Planungen des Faches zu machen.

Die Berichte der Hochschulen wurden den Gutachterinnen und Gutachtern gemeinsam mit einer Standort übergreifenden Zusammenfassung der Geschäftsstelle zugeleitet. Der Gutachtergruppe Politikwissenschaft gehören insgesamt fünf, der Kommission für die Soziologie (Überschneidungsbereiche eingeschlossen) neun Gutachterinnen und Gutachter an:

### Politikwissenschaft

Professor Dr. Dieter Fuchs	Universität Stuttgart
Professor Dr. Gerhard Göhler	Freie Universität Berlin
Professor Dr. Edgar Grande	Technische Universität München
Professor Dr. Hans Keman	Vrije Universiteit Amsterdam
Professor Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Dieter Klingemann (Vorsitz)	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

**Soziologie**

Professor Jutta Allmendinger, Ph.D.	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg; Ludwig-Maximilians-Universität München
Professor Dr. Andreas Diekmann	Eidgenössische Technische Hochschule (ETH) Zürich
Professor Dr. Dieter Frey	Ludwig-Maximilians-Universität München
Professor Dr. Dr. h.c. Stefan Hradil	Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Professor Dr. Uwe Schimank (Vorsitz)	FernUniversität in Hagen
Professor Dr. Gert Schmidt	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg
Professor Dr. Helmut Wiesenthal	Humboldt-Universität zu Berlin
Professor Dr. Monika Wohlrab-Sahra	Universität Leipzig
Professor Dr. Wolfgang Zapf	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Die Begehung der beteiligten Standorte durch die Gutachterkommissionen fand vom 12. bis zum 15. Mai und vom 02. bis zum 04. Juni 2003 statt. Nach einer allgemeinen Einführung durch die jeweilige Einrichtung wurden die einzelnen Forschungseinheiten von den Gutachtern besucht. Im Anschluss fand ein Gespräch mit den Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, eine interne Beratung der Kommission und ein kurzes, abschließendes Gespräch mit dem betreffenden Fachbereich/der Fakultät statt. Die Gutachtergruppen haben an allen Standorten außerdem ein internes Gespräch mit der jeweiligen Hochschulleitung geführt. Den Hochschulen sei an dieser Stelle nochmals für ihre Kooperationsbereitschaft und für ihre tatkräftige Unterstützung bei der Planung und Durchführung der Begehung gedankt, die in einer kollegialen Atmosphäre des wissenschaftlichen Austausches und des wechselseitigen, fachlichen Interesses stattfinden konnte.

Die Gutachtergruppen haben sich im September 2003 zu einer Redaktionssitzung zusammen gefunden, um auf der Basis eines Berichtsentwurfs die übergreifenden Empfehlungen abschließend zu diskutieren und Details abzustimmen.

Der vorliegende Bericht stellt die Einschätzung der Gutachter zusammenfassend dar. Eine tabellarische Zusammenfassung einiger Rahmendaten (Personal, Drittmittel, usw.) ist im Anhang aufgeführt. Für die Einzelheiten zum Sachstand wird auf die Selbstberichte der Hochschulen verwiesen.

Die Schlussfolgerungen und Empfehlungen der Gutachter richten sich zum einen an das Ministerium für Wissenschaft und Kultur des Landes Niedersachsen, zum anderen an die Hochschulen selbst. Die Gutachterinnen und Gutachter haben sich bemüht, ihre Einschätzungen so knapp und klar wie möglich und so differenziert wie nötig zu formulieren. Sie hoffen, dadurch eine sachgerechte und zügige Realisierung notwendiger Maßnahmen zu ermöglichen.

Es ist vorgesehen, die Hochschulen in etwa drei Jahren um einen kurzen Bericht zu den eingeleiteten Maßnahmen und zum Stand der Umsetzung zu bitten.



## 2 Kriterien der Evaluation

### 2.1 Ausgangsbedingungen

Die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie sind als koordinierte Verfahren mit zwei voneinander unabhängigen Gutachtergruppen evaluiert worden. Ein von manchen Fachvertretern in den 1960er und 70er Jahren forciertes Konzept der Sozialwissenschaft(en), verstanden als Orientierung für eine normativ-reformorientierte Gesellschaftswissenschaft, hat sich im innerwissenschaftlichen Diskurs nicht durchsetzen können. Beide Disziplinen haben in der Forschung distinkte Theorien und Methoden entwickelt, die international die politikwissenschaftliche oder aber die soziologische Forschung tragen und in der Analyse je spezifischer Gegenstandsbereiche Verwendung finden. Gleichwohl ist der Begriff der Sozialwissenschaft(en) im universitären Kontext noch immer präsent, allerdings hat sich sein Bedeutungsgehalt verschoben. Er bezeichnet in der Regel ein Bündel von Disziplinen, neben den hier in Rede stehenden Fächern oftmals auch die Wirtschaftswissenschaften, (in Teilen) die Psychologie oder die Rechtswissenschaften. In diesem Sinne definiert der Begriff einen Wissenschaftsbereich, der gegenüber anderen Bereichen wie den Geistes- oder Naturwissenschaften abzugrenzen ist. Auf der anderen Seite bezeichnet der Begriff bestimmte Studiengänge, so z.B. Diplom- oder Magisterstudiengänge, neuerdings auch Bachelor- oder Masterstudiengänge mit dem Titel „Sozialwissenschaft(en)“, deren Lehrprogramm anteilig von einigen oder allen genannten Disziplinen getragen wird.

Auch wenn sich in der Fachsystematik keine eigene Disziplin Sozialwissenschaft herausbilden konnte und angesichts der fortschreitenden Spezialisierung ein solcher Prozess ebenso wenig ein wahrscheinliches Zukunftsszenario abgibt, bedeutet dies nicht, dass es keine Schnittstellen gibt. Im Gegenteil sind viele der drängenden gesellschaftlichen Fragen in ihrer Komplexität nur dann angemessen zu beantworten, wenn sie im Zusammenspiel unterschiedlicher Disziplinen bearbeitet werden. So hat die projektförmig organisierte Forschung klar an Bedeutung gewonnen, und mit ihr die Bedeutung von Interdisziplinarität und Kooperation in allen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern.

Die Forschungsevaluation hat versucht, den aufgezeigten Entwicklungen Rechnung zu tragen, indem die disziplinäre Entwicklung der Politikwissenschaft und der Soziologie respektiert, jedoch – nicht zuletzt auf Anregung der Universitäten – interdisziplinäre Kooperation und Vernetzung an den Standorten in den Blick genommen wurden. Um dies zu ermöglichen, sind die Verfahren von der Wissenschaftlichen Kommission zeitlich parallel organisiert und durchgeführt worden. In der praktischen Anwendung hat sich gezeigt, dass in beiden Fächern eine bemerkenswerte

Übereinkunft darüber erzielt werden konnte, wie die wesentlichen Kriterien und Indikatoren für die Einschätzung von Forschungsleistungen zu definieren sind.

Auf dieser Grundlage war es möglich, die Standort bezogenen Perspektiven und Empfehlungen (vgl. die entsprechenden Abschnitte in Kapitel 3), soweit dies sinnvoll erschien, Fächer übergreifend zu formulieren. Die Einschätzungen sozialwissenschaftlich orientierter Forschungseinheiten aus bereits abgeschlossenen Verfahren der Forschungsevaluation haben den Gutachtern vorgelegen und wurden bei den Überlegungen berücksichtigt. Darüber hinaus haben die Gutachter die Ergebnisse der von der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEVA) durchgeführten und im Jahr 2000 abgeschlossenen Lehrevaluation „in den Fächern der Sozialwissenschaften an den Universitäten“ in Niedersachsen zur Kenntnis genommen.<sup>1</sup>

## **2.2 Allgemeine Kriterien und Indikatoren**

Die Verfahren der Forschungsevaluation in der Politikwissenschaft und in der Soziologie basieren auf dem Konzept zur „Forschungsevaluation an niedersächsischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen“, das von der Wissenschaftlichen Kommission erarbeitet und 1999 verabschiedet worden ist.<sup>2</sup>

Die übergeordneten Kriterien, die generell Berücksichtigung finden, lassen sich aus der Kernfrage der Evaluation nach einem eigenständigen und wettbewerbsfähigen Forschungsprofil sowie daraus resultierenden Forschungsleistungen im jeweiligen Fach auf allen betrachteten Ebenen ableiten: Qualität, Relevanz und Effizienz. Während Qualität und Relevanz vor allem nach dem Beitrag fragen, den die Forschung zur Profilierung der jeweiligen Disziplin innerhalb der Hochschule, in der Region, innerhalb Deutschlands und schließlich international leistet, adressiert Effizienz das Verhältnis von Aufwand und wissenschaftlichem Erfolg. Die Indikatoren, die zur Operationalisierung der Kriterien dienen, folgen dem international üblichen Standard und bilden sowohl qualitativ als auch – mit geringerer Gewichtung – quantitativ erhebbare Aspekte ab.<sup>3</sup>

## **2.3 Fächerspezifische Gewichtung**

In der Evaluation der Politikwissenschaft und der Soziologie ist die Qualität der Forschung einer jeden leitenden Wissenschaftlerin bzw. jedes leitenden Wissenschaftlers mit den Mitarbeiterin-

---

<sup>1</sup> Die Ergebnisse der Lehrevaluation werden zudem gemeinsam mit dem Abschlussbericht der Forschungsevaluation im Plenum der Wissenschaftlichen Kommission beraten.

<sup>2</sup> Das Konzept ist in diesem Zeitraum mehrfach überarbeitet und an die unterschiedlichen Gegebenheiten in einzelnen Fächern angepasst worden. Die Letztfassung findet sich im Internet unter [www.wk.niedersachsen.de](http://www.wk.niedersachsen.de)

<sup>3</sup> Vgl. die im Anhang abgedruckten Auszüge des Konzepts.

nen und Mitarbeitern bewertet worden („Forschungseinheit“). Juniorprofessuren wurden nicht explizit bewertet, weil sie sich in einem anderen System der Qualitätssicherung befinden und ihre Forschungsstrategien zeitlich darauf einstellen. Gleiches gilt für Forschungseinheiten, die über singuläre Mittelbaustellen (etwa akademische Räte alter Art) ohne Zuordnung zu einer Professur und ohne weitere Ausstattung Forschung betreiben, da in diesen Fällen keine Vergleichbarkeit gegeben ist. Die Gutachtergruppen haben sich in solchen Fällen dort, wo dies sinnvoll erschien, auf Aussagen zu Themen und Potenzial sowie ggf. zur Einbindung in die Institution beschränkt.

Ausgangsbasis der Bewertung war zunächst die interne Evaluation der Fächer an den einzelnen Hochschulen, die in Form eines Leitfadens gestützten Selbstberichts die Forschungsleistungen der letzten fünf Jahre sowie die Konzepte für die zukünftige Entwicklung dokumentiert haben.

Die Gutachterinnen und Gutachter haben sich im Vorfeld der Evaluation darauf verständigt, dass sowohl für die Politikwissenschaft als auch für die Soziologie die folgenden, an überregionalen und internationalen Qualitätsstandards orientierten Aspekte leitend bei der Bewertung der Forschungsleistung sein sollten:

#### 1. Thema

Forscherinnen und Forscher verfolgen die wissenschaftliche Diskussion der Kernprobleme in einem oder in mehreren Fachteilgebieten und komprimieren diese entlang ihrer Forschungsinteressen sowie ihrer methodischen und theoretischen Präferenzen zu Einzelthemen, die mit spezifischen Fragestellungen zu bearbeiten sind. Die Themen können dabei Teile der aktuellen Forschungsfronten abbilden, sie können hoch innovativ sein, so dass sich erst ein neuer Forschungszweig aus ihnen heraus entwickelt, sie können aber auch randständig sein und die Aufmerksamkeit der Scientific Community verloren haben. Dies ist oftmals dann der Fall, wenn die Gebiete durchdrungen und zentrale Fragen beantwortet sind, oder aber, wenn durch innerwissenschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen ein grundlegender Paradigmenwechsel stattgefunden hat.

Die Gutachter haben diese Aspekte in ihre Bewertung einbezogen, wobei zunächst im Vordergrund stand, ob die Forschungseinheit ein klar zu benennendes Thema bzw. ein Profil besitzt, das ihr in der wissenschaftlichen Gemeinschaft Sichtbarkeit verschafft.

#### 2. Organisation

Die Bearbeitung von Forschungsthemen kann auf unterschiedliche Art und Weise organisiert werden. In nahezu allen Fachteilgebieten können sich Einzelforschungsvorhaben finden, die lediglich mit dem nötigen Unterbau an Lektüre, ohne Drittmittel- und Mitarbeiterunterstützung

abstrakte Erklärungsmodelle in herausragend neuer Weise entwickeln. Diese herausragende Individualforschung hat es in der Wissenschaft immer gegeben, und es gibt sie auch unter den veränderten Randbedingungen von Forschung in der neueren Zeit. Dennoch bleiben diese Initiativen vereinzelt, sie geben nicht die heutige, zum überwiegenden Teil vorherrschende Form der Forschung wieder. Dies gilt umso mehr, wenn es sich um Arbeiten mit einem normativen, zeitdiagnostischen Charakter handelt.

Die Bearbeitung komplexer gesellschaftlicher Problemlagen bei gleichzeitig fortlaufender Ausdifferenzierung und Spezialisierung wissenschaftlicher Disziplinen erfordert enge Kooperationen und eine gute Vernetzung im Feld, wiederum national und international, soll sie zum Erfolg führen. Zentralen Fragen wird daher oftmals in Forschungsverbänden, in Sonderforschungsbereichen oder anderen Zusammenschlüssen von Forscherinnen und Forschern nachgegangen.

Forschungsvorhaben und Möglichkeiten der Nachwuchsförderung (s.u.) werden immer häufiger erst durch „externe“ Finanzierung ermöglicht. In dem Maße, in dem die Grundausstattung der Hochschulen sinkt, wächst die Bedeutung der zusätzlich eingeworbenen Mittel. Wenn es sich um Drittmittel handelt, die einen innerwissenschaftlichen Review-Prozess durchlaufen haben, können sie zugleich als Qualitätsmerkmal der (Grundlagen-)Forschung anerkannt werden. Wenngleich nicht jedem Arbeitsbereich gleiche bzw. gleich gute Chancen zu attestieren sind, erfolgreich an diesem Wettbewerb teilnehmen zu können, so sind die Drittmittel dennoch ein wichtiger Input-Indikator, der in die Bewertung eingegangen ist.

### 3. Transfer

Auf der Output-Seite der Forschung kommen wiederum andere Faktoren zum Tragen, die Hinweise darauf geben können, welche Bedeutung die Forschung im Fach und in der breiteren Öffentlichkeit erlangt. Nach Auffassung der Gutachtergruppen sind und bleiben Publikationen (und ihre Rezeption) der bedeutsamste Indikator für wissenschaftliche Produktivität und Einfluss von Forscherinnen und Forschern in ihrem Fach. Bei der Einschätzung einzelner Forschungseinheiten ist daher der Anzahl an Publikationen, der Publikationsstrategie und dem Publikationsort besondere Bedeutung beigemessen worden.

Ausgehend von den Forschungsvorhaben, die durchgeführt werden, können die Publikationen als „Transfer in das Fach“ interpretiert werden; daneben existieren andere Aktivitäten, die ebenfalls in dieser Weise Einfluss nehmen, so der wissenschaftliche Vortrag auf Tagungen und Fachkonferenzen u.a.m. Davon ist der „Transfer in die Gesellschaft“ zu unterscheiden, der sich z.B. durch auftragsorientierte Forschungsvorhaben, durch Publikationen in Praktikerzeitschriften, öffentliche Vorträge, politische oder andere Beratungstätigkeiten dokumentiert.

Die Gutachterinnen und Gutachter haben sich schließlich bemüht, die Input und Output relevanten Größen im Sinne des Kriteriums der Effizienz zu betrachten. Ohne den Anspruch zu erheben, statistisch exakte Maßzahlen zu produzieren, haben die Gutachterinnen und Gutachter die Frage für bedeutsam gehalten, was ein einzelner Standort mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln in der Organisation von und als Ergebnis der Forschung erreicht hat.

#### 4. Nachwuchs

Die Nachwuchsförderung gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers, sie muss jedoch auch als Gesamtaufgabe einer Fakultät oder eines Fachbereichs Anerkennung finden. Die Gutachter haben eine verantwortungsvolle und engagierte Nachwuchsförderung an den Standorten positiv vermerkt. In Abhängigkeit von Größe, Kooperationswillen und –möglichkeiten der Hochschulen kann dies in Form individueller Betreuung, es kann aber auch in institutionalisierter Form stattfinden. Die Einwerbung eines Graduiertenkollegs oder eines Promotionsprogramms ist ohne Zweifel eine hilfreiche Maßnahme, um Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftlern eine strukturierte Ausbildung bieten zu können. Bei kleineren Standorten sind stets auch Beteiligungen oder Zusammenschlüsse mit anderen Hochschulen denkbar. Unabhängig davon ist es nach Auffassung der Gutachter von Interesse, wie das Verhältnis von Lehre, weiteren „Nebentätigkeiten“ und Forschung (Qualifikation) aussieht, ob mit dem Nachwuchs klare Absprachen bezüglich der Erwartungen, Rechte und Verpflichtung getroffen werden und ob die Durchführung von Kolloquien unter Beteiligung des Lehrkörpers sowie die Teilnahme des Nachwuchses an internationalen Tagungen aktiv von den Hochschullehrerinnen und –lehrern unterstützt wird.

#### 5. Planung

Als weiteren Aspekt der Bewertung haben die Gutachterinnen und Gutachter den Stand der Planungen und Konzeptionen, sowohl für das gesamte Fach auf Ebene der Hochschul- und Fakultäts- bzw. Fachbereichsleitungen als auch auf der Ebene der Forschungseinheiten mit Blick auf die individuellen Interessen und Perspektiven einbezogen. Konzeptionelle Überlegungen der Hochschulleitung und/oder des Faches, die eine sinnvolle Profilbildung oder Schwerpunktsetzung für die Zukunft unter Nutzung von Standortvorteilen (z.B. einer technischen Ausrichtung oder des „nicht-materiellen Kapitals“, das bei der Nachbesetzung von besonders hervorgehobenen Professuren einen Vorteil bedeuten kann) verfolgen, sind positiv gewürdigt worden.



## **3 Forschung an den einzelnen Standorten**

### **3.1 Technische Universität Braunschweig**

#### **Einleitung**

Die heutige Technische Universität Braunschweig ist aus dem 1745 gegründeten Collegium Carolinum hervorgegangen und wurde bis 1968 als Technische Hochschule geführt. 1978 erfolgte die Integration der Pädagogischen Hochschule in die Technische Universität. Mit gut 14.000 Studierenden ist die Technische Universität Braunschweig die drittgrößte Universität in Niedersachsen.

An der TU Braunschweig wurde im Jahr 1996 das Institut für Sozialwissenschaft gegründet. Dabei wurden die bis dahin selbstständigen Einheiten „Seminar für Politikwissenschaft und Soziologie“ und „Seminar für Soziologie“, die in unterschiedlichen Fachbereichen angesiedelt waren, zusammengeführt. Seit 1999 bildet das Institut gemeinsam mit dem Institut für Wirtschaftswissenschaften den Fachbereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Neben den grundständigen Magister-Studiengängen Politikwissenschaft und Soziologie sowie einem Weiterbildungsstudiengang und dem Unterrichtsfach Politik für das Lehramt an Gymnasien sind die beiden Fächer an einer Vielzahl weiterer Studiengänge in Servicefunktion beteiligt. Besonders hervorzuheben ist die enge Verbindung zu den Medienwissenschaften, die innerhalb des sozialwissenschaftlichen Instituts mit einer eigenständigen Professur vertreten sind.

Mit insgesamt fünf C4- und C3-Stellen (inkl. Medienwissenschaften) gehört Braunschweig zu den kleineren sozialwissenschaftlichen Standorten in Niedersachsen.

## **Ergebnisse und Empfehlungen**

Die Technische Universität Braunschweig hat in den sozialwissenschaftlichen Fächern einen Forschungstypus entwickelt und in der Vergangenheit konsequent gefördert, der die besonderen Möglichkeiten der Hochschule konstruktiv aufnimmt. Die technische Ausrichtung des Standorts wird sowohl in der Politikwissenschaft als auch in der Soziologie als Anknüpfungspunkt verstanden, der sozialwissenschaftliche Fragestellungen anregen und befördern kann.

In den evaluierten Fächern ist insgesamt eine erfreuliche Aktivität in der Drittmittelakquisition festzustellen, die interessanten und zum Teil zukunftssträchtigen Forschungsprojekten zugrunde liegt. Während der Transfer von Forschungsergebnissen „in die Gesellschaft“ hinein konsequent betrieben wird, wäre ein vermehrtes Engagement des Transfers „in die Disziplinen“ selbst, sprich: der Einbringung von Ergebnissen in den wissenschaftlichen Diskurs über Publikationen oder Tagungsbeiträge, wünschenswert. Auch könnten die Kooperationsmöglichkeiten am Standort innerhalb und außerhalb der Sozialwissenschaften noch intensiver und fruchtbarer genutzt werden. In den Medienwissenschaften sollte die starke Fokussierung auf medienpädagogische Fragestellungen in Richtung Medien- und Kommunikationsforschung erweitert werden.

Für die Zukunftsplanungen werden sowohl Politikwissenschaft als auch Soziologie im Sinne der Profilbildung entscheiden müssen, ob sie noch stärker als Kooperationspartner für die technischen Fächer auftreten wollen. Eine solche Orientierung, die sozialwissenschaftliche und kulturelle Kompetenzen etwa vor dem Hintergrund zunehmender internationaler Vernetzung von Forschung und Entwicklung oder der Europäisierung der Arbeitspolitik in den Vordergrund stellt, ist angesichts des Gesamtprofils der Universität und der aktuellen Konzeption der Sozialwissenschaften durchaus vorstellbar, wenn sichergestellt werden kann, dass die Forschung nicht parzelliert und vollständig aus dem Kontext der Mutterdisziplinen herausgelöst wird. In einem solchen Modell müsste ernsthaft erwogen werden, ob die grundständige Ausbildung in Magister- und BA-/MA-Studiengängen auf Dauer (parallel) sinnvoll ist.

Mit Blick auf die Ausstattung der Fächer und die Möglichkeiten, die sich an einer technischen Universität für politikwissenschaftliche und soziologische Forschungsansätze bieten, hat die TU Braunschweig plausible Weichenstellungen für die Zukunft vorgenommen. Die Gutachter ermutigen die Hochschule, das sich hieraus ergebende Potenzial entsprechend zu nutzen und Profil bildend auszuschöpfen. Die Vorteile werden dabei nicht ausschließlich auf der Ebene der Fächer zu finden sein, denn mittelfristig wird eine technische Universität sich über eine leistungsfähige sozialwissenschaftliche Forschung Wettbewerbsvorteile gegenüber Mitkonkurrenten sichern.

## 3.2 Georg-August-Universität Göttingen

### Einleitung

Die Georgia-Augusta kann auf ein mehr als 250jähriges Bestehen zurückblicken. Im Verlauf ihrer geschichtsträchtigen Entwicklung als „Aufklärungshochschule“ hat sie eine weit über die deutschen Grenzen hinausgehende Bedeutung erlangt. Sie ist heute mit knapp 20.000 Studierenden (ohne Medizin) die zweitgrößte Universität Niedersachsens.

Die Sozialwissenschaftliche Fakultät wurde 1996 gegründet. Ihre Entstehung geht auf das Jahr 1962 zurück, als die damalige Hochschule für Sozialwissenschaft in Wilhelmshaven in die Universität Göttingen integriert wurde. Damit einhergehend ist der Grundstein für die heutigen Seminare für Politikwissenschaft und Soziologie gelegt worden.

Historisch eng verbunden ist die Göttinger Sozialwissenschaft mit dem 1968 gegründeten Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI), das trotz institutioneller Eigenständigkeit inhaltlich und personell stark mit dem Seminar für Soziologie verzahnt ist und ein besonderes „Erkennungszeichen“ des Standorts darstellt.

Hervorzuheben ist auch das DFG-Graduiertenkolleg „Die Zukunft des Europäischen Sozialmodells“, das sich bereits in der zweiten Förderphase befindet.

Neben der Betreuung der grundständigen Magister-Studiengänge Soziologie und Politikwissenschaft sowie einem sozialwissenschaftlichen Diplomstudiengang und der Gymnasiallehrerausbildung erbringen die beiden Fächer erhebliche Serviceleistungen für eine Reihe weiterer Studiengänge.

Beide evaluierten Disziplinen werden durch insgesamt neun Professuren (C4 und C3) vertreten.

## Ergebnisse und Empfehlungen

An der Universität in Göttingen befinden sich die sozialwissenschaftlichen Fächer in einer Umbruchphase, die bedingt ist durch einen nicht unerheblichen Generationenwechsel und gleichermaßen durch offene Fragen zur langfristigen Profilierung. Disziplinen und Hochschulleitung haben dokumentiert, dass Soziologie und Politikwissenschaft für den Standort von großer Bedeutung sind und sich den Entwicklungen und Erfordernissen der Fächer, die sich national und international abzeichnen, nicht verschließen.

Die Gutachterinnen und Gutachter sind der Auffassung, dass das Soziologische Forschungsinstitut (SOFI) das zentrale Element sozialwissenschaftlicher Profilbildung darstellt. Es sollte auch zukünftig als Kern eines übergreifenden Profils der Fächer am Standort betrachtet werden, allerdings wird es unabdingbar sein, das klassische SOFI-Paradigma zu erweitern in Richtung einer „comparative political economy“. Eine solche Erweiterung bietet die Chance, vorhandene Stärken in Orientierung an einer aktuellen Forschungsrichtung zu bündeln. Schon jetzt finden sich im SOFI einzelne, sehr innovative Forschungsprojekte, die dieser konzeptionellen Linie folgen. Auch die jüngste Besetzung im Bereich der soziologischen Theorie und Wirtschaftssoziologie bildet einen Anknüpfungspunkt für die genannte Erweiterung. Der komparatistische Aspekt sollte unter dieser „Beflagung“ deutlich(er) sichtbar werden, zusätzlich birgt die in den letzten Jahren erfolgte Hinwendung zu quantitativen Methoden in Ergänzung des qualitativen Ansatzes innovatives Potenzial.

Neben dem SOFI ist das in Göttingen eingerichtete Methodenzentrum ein weiterer Baustein der Profilbildung. Das MZS ist als Einrichtung überaus begrüßenswert und leistet schon jetzt bedeutende Beiträge, um Forschungsvorhaben auch über die Fächergrenzen hinaus methodisch zu begleiten. Allerdings zeichnet sich ab, dass die Serviceleistungen einen überdurchschnittlichen Teil der Ressourcen binden, die eigentliche Forschung zur Methodenentwicklung hingegen zurücksteht. Die im Methodenzentrum verankerten Lehrstühle sollten sich mittelfristig stärker auf die Methodenentwicklung konzentrieren und diese nach Möglichkeit unter Perspektiven betreiben, die auch wechselseitig anschlussfähig sind. Voraussetzung dafür ist, dass die Ausstattung des Methodenzentrums mit Mitarbeiterstellen nicht reduziert wird, da anderenfalls entweder der Service deutlich zurückgefahren werden müsste oder aber noch intensivere, nicht forschungsbezogene Bindungen der Lehrstuhlinhaber die Folge wären. Unter anderem könnte vor diesem Hintergrund erwogen werden, im Methodenbereich eine Juniorprofessur einzurichten, die mit klaren Forschungsbezügen das MZS verstärkt.

---

Wenn SOFI und Methodenzentrum als Eckpfeiler des Entwicklungskonzepts angesehen werden, eröffnet dies eine interdisziplinäre Perspektive, die die Fächer bei den kommenden Stellenbesetzungen ebenfalls im Auge haben sollten. So könnten die nächsten frei werdenden Stellen unabhängig von ihrer disziplinären Einordnung zunächst als „comparative political economy“ und als Vergleichende Regierungslehre (respektive Vergleichende Analyse politischer Systeme) ausgewiesen werden. Im Anschluss sollte die Fakultät eine politikwissenschaftliche Stelle mit eindeutig europäischer Perspektive denominieren. Diese Stelle könnte auch als Juniorprofessur eingebunden werden, sofern nach positiver Begutachtung eine realistische Möglichkeit auf eine Festanstellung besteht („tenure track“). Mittelfristig sollten die Fächer Politische Theorie, Innenpolitik und Internationale Beziehungen angemessen repräsentiert und innerhalb des Schwerpunkts auch entsprechend engagiert sein.

Die skizzierte Entwicklungslinie benötigt ebenfalls eine sozialpolitische Komponente, die am Standort allerdings schon sichtbar vorhanden und bei den Planungen dementsprechend einbezogen und mitgedacht werden sollte.

Die Gutacher erkennen die Bemühungen an, durch das Zentrum für Europa- und Nordamerikastudien (ZENS) einen übergreifenden Forschungsschwerpunkt zu definieren. Gleichwohl rät die Kommission, den „area-studies“-Ansatz aufzugeben und dafür die Vergleichende Regierungslehre/ Vergleichende Analyse politischer Systeme – unter Einschluss der europäischen Perspektive – zu stärken. Diese Strategie würde die allgemeine Komparatistik, zu der auch das Forschungsfeld „comparative political economy“ gehört, in Göttingen Profil bildend weiter stärken. Die Gutachterinnen und Gutachter empfehlen daher, die Aktivitäten im ZENS, das mittelfristig nicht unter der jetzigen Bezeichnung weitergeführt werden sollte, so zu organisieren, dass sie zu dieser Profilbildung beitragen können.

Besondere Chancen, die als zusätzlicher Wettbewerbsvorteil genutzt werden könnten, liegen außerdem in den Kooperationsmöglichkeiten mit einer Vielzahl an Fächern vor Ort, darunter z.B. die Forst- und Agrarwissenschaften, die mit politikwissenschaftlich ausgerichteten Stellen in den entsprechenden Fakultäten bereits Anknüpfungspunkte bieten und interessante Gegenstandsbereiche für die empirische Forschung erschließen. Dieses gilt in ähnlicher Weise für die Genderforschung, die am Standort zwar nicht über eine Professur verfügt, jedoch – ausgehend von der Sozialpolitik – die integrative Behandlung des Stellenwerts von „Geschlecht“ in mehreren Forschungseinheiten erfolgreich demonstriert.

Insgesamt präsentiert sich Göttingen als ein Standort, der die Chancen einer evolutionären Restrukturierung sehr gut nutzen können, wenn es gelingt, die angesprochenen Rahmenbedingungen mit vereinten Kräften der involvierten Fächer und der Hochschulleitung zu gestalten.

### 3.3 Universität Hannover

#### Einleitung

Die Universität Hannover, 1879 als Technische Hochschule gegründet, wurde ab 1950 durch die Integration mehrerer Hochschulen, u.a. der Hochschule für Gartenbau und Landeskultur, der Pädagogischen Hochschule für Gewerbelehrer und der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen, Abteilung Hannover, stetig ausgebaut. 1978 erfolgte die Umbenennung in Universität Hannover. Sie ist heute – bezogen auf die Gesamtstudierendenzahl – mit rund 27.000 immatrikulierten Studentinnen und Studenten die größte Universität Niedersachsens.

Der Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften bildet zusammen mit dem Fachbereich Literatur- und Sprachwissenschaften eine gemeinsame Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften, die im Jahr 1968 gegründet wurde. Dem Fachbereich Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften gehören sowohl das Institut für Politische Wissenschaften als auch das Institut für Soziologie und Sozialpsychologie an. Die Sozialpsychologie war zum Zeitpunkt der Berichtslegung noch als Psychologisches Institut und somit eigenständige wissenschaftliche Einrichtung im Fachbereich vertreten. Ein Magisterstudiengang Sozialpsychologie wurde inzwischen eingestellt. Daneben existieren die Fächer Psychologie und Soziologie an der Universität Hannover im Institut für Psychologie und Soziologie in den Erziehungswissenschaften, das bereits im Rahmen der Forschungsevaluation der Lehrerbildung begutachtet worden ist.

Neben einem von den drei Fächern gemeinsam getragenen sozialwissenschaftlichen Diplomstudiengang werden Soziologie und Politische Wissenschaft als Magisterhaupt- und Magisternebenfachstudiengänge angeboten. Hinzu treten vielfältige Serviceleistungen für andere Studienbereiche.

Die Universität Hannover gehört mit elf Professuren auf C4- und C3-Niveau in den Fächern Politische Wissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie zu den größeren sozialwissenschaftlichen Standorten in Niedersachsen.

## Ergebnisse und Empfehlungen

Politikwissenschaft, Soziologie und Sozialpsychologie sind am Standort Hannover nach eigenem Bekunden sozialwissenschaftlich integriert. Ein wesentlicher Bezugspunkt der Fächer liegt denn auch, soweit dies im Verfahren ersichtlich wurde, im gemeinsam betriebenen Diplom-Studiengang Sozialwissenschaften. Betrachtet man die Forschung im engeren Sinne, so werden einige Besonderheiten bzw. Differenzen zwischen den Fächern und problematische Entwicklungslinien erkennbar, die einen konsequenten Neuanfang erforderlich machen.

Schaut man zunächst auf die nationale und internationale Sichtbarkeit der Soziologie am Standort, so wird deutlich, dass viele Forschungsvorhaben noch vom Geist der Reformbewegung in den sechziger und siebziger Jahren getragen werden. Die Frankfurter Schule hat als Leitmotiv (nicht nur in Hannover) interessante und normativ ambitionierte Überlegungen zum gesellschaftlichen Wandel anregen können. Die Theorieleistungen und daran anknüpfende Einzelprojekte sind aner kennenswert. Gleichwohl befinden sich diese Forschungen nicht mehr im Zentrum des Faches, sie tragen zu seiner rasch fortschreitenden Entwicklung nur noch randständig bei und sind nicht hinreichend anschlussfähig für größere, auch international angesiedelte Forschungszusammenhänge und -verbünde. Eine moderne Soziologie muss sich heute – über zeitdiagnostische Stellungnahmen hinaus – den aktuellen theoretischen und methodischen Diskussionen und Standards innerhalb des Faches sowie den Aspekten aktuellen gesellschaftlichen Wandels zuwenden.

Die Gutachter haben ferner mit Besorgnis zur Kenntnis genommen, dass die Ausbildung der Studierenden seit längerer Zeit ohne fundierte, institutionell abgesicherte Methodenausbildung verläuft. Hier ist allenfalls über (umso lobenswertere) „Privatinitiativen“ ein wenig Abhilfe geschaffen worden. Wenn man bedenkt, dass die Methodenkenntnis heute zu den Schlüsselkompetenzen in der sozialwissenschaftlichen Ausbildung zählt und entsprechend am Arbeitsmarkt nachgefragt wird, ist diese Situation nicht zu tolerieren. Über inadäquat ausgebildeten eigenen wissenschaftlichen Nachwuchs schlägt sich dies dann auch in der Forschung am Standort nieder.

In der Politikwissenschaft ist die Situation durch wenige leistungsstarke, primär empirisch-analytische Bereiche geprägt, die nicht nur als Kern für die Fortentwicklung des „eigenen Faches“, sondern nach Auffassung der Gutachter als Ausgangspunkt eines neu zu definierenden interdisziplinären Schwerpunktes (etwa: „Empirische Organisations- und Politikforschung“) gelten können. Dies betrifft die Bereiche Internationale Politik/ Europäische Integration, dann Politische Soziologie und Sozialstrukturanalyse sowie die vergleichende Policy-Analyse und empirische Verwaltungswissenschaft. Wenn das Potenzial dieser Bereiche mittelfristig voll ausgeschöpft

werden soll, wird es von entscheidender Bedeutung sein, nicht nur das oben schon bezeichnete Methodendefizit schnellstmöglich auszugleichen, sondern auch die offene Stelle für Politische Theorie „passfähig“ zu den genannten politikwissenschaftlichen Feldern, d.h. unter Berücksichtigung deskriptiver, empirisch-analytischer Theorieansätze („Empirisch vergleichende Demokratieforschung“), zu besetzen.

Interessante Ansätze finden sich zudem in der politikwissenschaftlich orientierten Genderforschung, die im Übrigen auch in der Soziologie und der Sozialpsychologie als positives Element sichtbar wird und insofern den zweiten Pfeiler eines interdisziplinären Schwerpunktes in Hannover bilden könnte. Sofern es gelingt, die sozialpsychologische, soziologische und politikwissenschaftliche Geschlechterforschung institutionell zu sichern und in gemeinsamer Orientierung an einer empirischen Organisationsforschung enge Kooperationsbeziehungen zwischen den Professuren herzustellen, wäre dies für den genannten Schwerpunkt innovativ und innerhalb der Genderforschung auch ein bundesweit einmaliges Profilelement.

Die sozialpsychologische Forschung zeichnet sich vor allem durch ihre engen Bezüge zur Soziologie aus, sie folgt hingegen weniger den Kernthemen des eigenen Faches. Nach Auffassung der Gutachter kann die Attraktivität der Sozialwissenschaften insgesamt durch psychologische Anteile gesteigert werden, allerdings ist auch hier eine Fokussierung im o.g. Sinne anzuraten. So wäre es für das übergreifende Profil in Hannover ein Gewinn, wenn eine Stelle der Psychologie als „Sozial-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie“ besetzt werden könnte. Diese Stelle wäre damit sowohl auf die Grundlagen in der Sozialpsychologie als auch auf die angewandten, am Standort bedeutsamen Bereiche Arbeit, Organisation und Technik bezogen. Die Stelle könnte sich eng verzahnen mit den bestehenden Forschungseinheiten aus dem relevanten Bereich der Soziologie, was angesichts der erwartbaren, voraussichtlich guten Bewerberlage ohne Schwierigkeiten gelingen sollte. Eine zweite Stelle sollte die sozialpsychologische Genderforschung, dann jedoch mit empirischen Bezügen, die dem Schwerpunkt zuzuordnen wären, fortsetzen (s.o.).

Der interdisziplinäre Schwerpunkt erfordert eine angemessene Beteiligung der Soziologie, die über Stellen für Allgemeine Theorie, Makrosoziologie (Sozialstrukturanalyse), Mikrosoziologie und Methoden der empirischen Sozialforschung als Fach verankert bleiben sollte. Bei der Besetzung der Theoriestelle ist darauf zu achten, dass die Kritische Theorie nicht den Hauptfokus der Aufmerksamkeit des zukünftigen Stelleninhabers bzw. der Stelleninhaberin darstellt; die Besetzung der Methodenstelle (als integrativer Teil aller beteiligten Disziplinen) muss schnellstmöglich erfolgen. Als spezielle Soziologie wäre zudem die am Standort erfolgreiche Arbeits-, Organisations- und Techniksoziologie sehr gut in einen Schwerpunkt „Empirische Organisations- und Poli-

tikforschung“ zu integrieren. Denkbar wäre auch, an die erheblichen sozialstrukturellen Kompetenzen (in der Politikwissenschaft) anzuknüpfen und durch die „doppelte“ Verankerung einer Stelle entsprechende Synergieeffekte für beide Fächer zu nutzen (vgl. Kap. 4.2). Eine solche Maßnahme könnte insbesondere dann sinnvoll sein, wenn die Ressourcen für eine angemessene Mitarbeiterausstattung von Professuren nicht vorhanden sind. Eine Professur ohne jede Mitarbeiterunterstützung sollte nicht besetzt werden.

In der Politik ist der Kern definiert, um den herum der Aufbau vorangetrieben werden kann. Angesichts der Stellenstruktur muss sich die Universität jedoch überlegen, wie sie die „Eckprofessuren“ mit entsprechenden wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen ausstatten kann, um herausragende Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen.

Die Stellen der Sozialpsychologie sollten zur Profilbildung im oben näher beschriebenen Sinne genutzt werden. Hierfür sind zunächst zwei Stellen vorzusehen, von denen sich eine Stelle enger an das Forschungsfeld von Arbeit, Organisation und Technik anlehnen sollte. Eine zweite Stelle wäre weiterhin für die sozialpsychologische, empirisch orientierte Genderforschung („Sozialpsychologie der Geschlechterforschung“) einzusetzen. Beide Stellen können nicht von den Grundlagen der Psychologie abgekoppelt gedacht werden, vielmehr sind diese Grundlagen als Aufgabenfeld der Professuren Voraussetzung für ihre Spezialisierung. Ob die vorgeschlagenen Neuausrichtungen über die in der Sozialpsychologie aktuell freien Professuren (C4/C3) oder über die noch frei werdenden Stellen (C3/C2) günstiger zu realisieren sind, sollte von der Hochschule geprüft werden.

Die Gutachterinnen und Gutachter empfehlen der Universität Hannover nachdrücklich, in den Sozialwissenschaften einen extern moderierten Neuanfang zu initiieren. Die Stellenbesetzungen sollten (zumindest) für einen Übergangszeitraum von drei bis fünf Jahren ausschließlich mit externer Beteiligung vorgenommen und entsprechend eines Gesamtkonzepts, das seinen interdisziplinären Kern in der empirischen Organisationsforschung finden könnte, durchgeführt werden.

### **3.4 Universität Lüneburg**

#### **Einleitung**

Die Universität Lüneburg, die im Kern auf die 1946 gegründete Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Lüneburg, zurückgeht, ist 1978 als wissenschaftliche Hochschule institutionalisiert worden und trägt seit 1989 den Titel Universität. Insgesamt sind derzeit knapp 7.000 Studierende in Lüneburg eingeschrieben.

Der Standort verfügt über ein Institut für Sozialwissenschaft innerhalb des Fachbereichs Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Die vorhandenen Lehrstühle sind den Abteilungen Politik, Soziologie und Psychologie zugeordnet.

An der Universität Lüneburg gibt es keine grundständigen Studiengänge Soziologie bzw. Politische Wissenschaft, lediglich einen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Studiengang Diplom-Ökonomie (mit sozialwissenschaftlicher Vertiefung). Beide Disziplinen sind in eine Vielzahl anderer Studiengänge als Neben- und Wahl(-pflicht)fächer eingebunden.

Die hier relevanten Disziplinen wurden in Lüneburg bis 2003 lediglich durch drei Professuren auf C4- bzw. C3-Niveau vertreten, aktuell ist eine (zweite) C4-Professur in der Politikwissenschaft hinzu getreten.

## **Ergebnisse und Empfehlungen**

Die evaluierten Fächer sind an der Universität Lüneburg nur mit wenigen Stellen vertreten. Gleichwohl ist angesichts der geringen Ausstattung insbesondere in der Politikwissenschaft ein konsistentes Forschungsprogramm verfolgt und umgesetzt worden. Mit der Einrichtung einer zweiten Professur in der Politikwissenschaft hat sich die Universität in ihrem Bemühen um den Ausbau des Faches durchgesetzt und lässt ein Profil erkennen, das sich in den Arbeitsbereichen über Parlamentarismus- und Transformationsforschung einerseits sowie Forschungen zur Leistungsbilanz politischer Systeme („policy performance of party governments“) definieren lässt. Die strategische Ausrichtung der Forschungen sieht vor, sich in der Zukunft mit Hilfe des neu geschaffenen Lehrstuhls wesentlich auf Mittel- und Osteuropa auszuweiten, ein Zentrum für Mittel- und Osteuropastudien ist in Planung.

Auch in der Soziologie sind Forschungsvorhaben durchgeführt worden, die eine gewisse Sichtbarkeit in der Scientific Community erlangt haben. Im Gegensatz zur Politikwissenschaft handelt es sich jedoch eher um Individualforschungsvorhaben, die weitgehend unverbunden nebeneinander stehen. Wenngleich inhomogene Schwerpunktsetzungen nicht per se Anlass zur Kritik darstellen, so sollte ein kleiner Standort doch die wenigen Ressourcen möglichst zielgerichtet und koordiniert einsetzen. Dies gilt nicht zuletzt dann, wenn das Fach als Wahlpflichtfach für die Lehrerbildung an einer Universität angesiedelt ist, die in diesem Bereich einen Schwerpunkt aufzuweisen hat. Die Gutachter schlagen daher vor, die nächste frei werdende Stelle so zu denominieren, dass sie ihre Gegenstände in der Sozialstruktur, der Sozialisations- oder Bildungsforschung findet und sich methodisch primär quantitativ orientiert. Diese Professur würde nicht nur unter fachwissenschaftlichen Gesichtspunkten die eher kulturbezogene, qualitativ ausgerichtete Familiensoziologie am Standort ergänzen, vielmehr würden beide Bereiche zusammen genommen auch ein für die Lehrerbildung hochgradig relevantes Forschungsspektrum und für das Berufsfeld insgesamt bedeutsame Inhalte vermitteln können. Die Gutachter regen darüber hinaus an, dass auch die Politikwissenschaft ihre Verantwortung als Wahlpflichtfach für die Lehrerbildung in enger Kooperation mit der Soziologie wahrnimmt.

Im Berichtszeitraum sind in der Politikwissenschaft kontinuierlich Forschungsleistungen erbracht worden, die angesichts der geringen Ressourcen für das Fach nicht zuletzt unter Effizienzgesichtspunkten beeindruckend sind. Die Einrichtung eines zweiten Lehrstuhls ist für das Fach ein erfreulicher Zugewinn, die abgeschlossene Berufung auch unter dem Aspekt der Profilbildung gelungen. Die Gutachter weisen jedoch darauf hin, dass bei aller nötigen Engführung, die an einem kleinen Standort geboten ist, die langfristige konzeptionelle Konzentration auf Mittel-

---

und Osteuropa womöglich eine zu starke Fokussierung darstellt. Der eigentliche Kern der Politikwissenschaft in Lüneburg wäre eher in einem „Centre for the study of democracy“ mit Fokus auf die vergleichende Betrachtung von Demokratisierungsprozessen zu finden. Eine Beschränkung auf Mittel- und Osteuropa erscheint unzweckmäßig und kommt nur ansatzweise mit den Forschungsinteressen der Fachvertreter zur Deckung. Die Gutachter regen deshalb an, auch die Namensgebung des Zentrums zu überdenken. Diese Empfehlung erfolgt nicht zuletzt angesichts der Tatsache, dass es auf dem Gebiet der Mittel- und Osteuropaforschung hervorragend ausgewiesene Institute in der Bundesrepublik (u.a. an der FU Berlin) gibt, zu denen das Zentrum in Lüneburg in einen schwierigen Kapazitätswettbewerb treten würde.

Sowohl Soziologie als auch Politikwissenschaft beklagen das Manko einer fehlenden (sozialwissenschaftlichen) Methodenstelle für den Bereich quantitativer wie auch qualitativer Sozialforschung, die nicht nur für die Ausbildung wertvoll wäre, sondern auch in den vielfach empirisch gelagerten Forschungsvorhaben kooperativ eingebunden werden könnte. Die Kommission empfiehlt der Universität, in dieser Frage eine fachbereichsweite Lösung anzustreben, die von der Politikwissenschaft, der Soziologie und auch von den Wirtschaftswissenschaften mit erarbeitet und getragen werden sollte.

### **3.5 Carl von Ossietzky Universität Oldenburg**

#### **Einleitung**

Die Universität Oldenburg blickt auf ein 30-jähriges Bestehen zurück. Die 1973 gegründete Universität, in die die Pädagogische Hochschule Niedersachsen - Standort Oldenburg - integriert wurde, hat ihren Lehrbetrieb 1974 aufgenommen und ist heute in fünf Fakultäten organisiert. Insgesamt sind nahezu 12.000 Studierende an der Universität eingeschrieben.

Die in Oldenburg bestehenden Institute für Politikwissenschaft und Soziologie sind Teil der Fakultät für Human- und Gesellschaftswissenschaften, die erst nach der Berichtslegung zu dieser Evaluation gegründet wurde. Die Umstrukturierung der bis dahin bestehenden elf Fachbereiche führte auch zu einer (erneuten) Zusammenlegung der beiden seit 1996 bestehenden soziologischen Institute (Institut für Soziologie und Institut für Soziologie und Sozialforschung). Auch die Institute für Politikwissenschaft I und II wurden in diesem Kontext fusioniert.

Das sozialwissenschaftliche Studienangebot umfasst in Oldenburg neben einem sozialwissenschaftlichen Diplomstudiengang die jeweiligen Magisterstudiengänge im Haupt- und Nebenfach. Hinzu kommen weitere Verknüpfungen vor allem im Bereich der Lehramtsausbildung und im erziehungswissenschaftlichen Diplomstudiengang.

Die Universität Oldenburg verfügt im niedersächsischen Vergleich mit insgesamt sechzehn Professuren über die mit Abstand größte Anzahl an C4- und C3-Stellen für die Fächer Soziologie und Politische Wissenschaft.

## Ergebnisse und Empfehlungen

Die Politikwissenschaften und die Soziologie sind an der Universität Oldenburg, wie auch an anderen Standorten in Niedersachsen, in einer Phase des Umbruchs begriffen. Dieser ist zunächst durch den Generationenwechsel bedingt, der eine Reihe von Emeritierungen anerkannter Kolleginnen und Kollegen in Oldenburg mit sich bringt; er basiert zudem auf konzeptionellen Überlegungen der Hochschulleitung, zukünftig je fünf Professuren als „qualitatives Soll“, verstanden als fachliche Mindestausstattungsgröße eines Faches mit C3- und C4-Stellen laut Senatsbeschluss, für die Soziologie und die Politikwissenschaft vorzuhalten. Dies bedeutet eine wesentliche Ressourcenabsenkung für beide Fächer.

Die Gutachterinnen und Gutachter bedauern angesichts der vielschichtigen und zentralen Fragen, die heute gesellschaftsweit aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive beantwortet werden müssen, den erheblichen Ressourcenverlust für politikwissenschaftliche und soziologische Forschung an der Universität Oldenburg. Umso dringlicher erscheint die inhaltliche Ausformung des Forschungsprogramms, um die verbleibenden Kräfte zu bündeln und den Anschluss an die nationale und internationale Spitzenforschung in Teilbereichen zu ermöglichen. Eine zwischen Hochschulleitung und Fächern abgestimmte Strategie ist diesbezüglich bisher nicht zu erkennen. Die Hochschulleitung sieht primär Profilierungsmöglichkeiten im Themenschwerpunkt „Umwelt“, der bereits in anderen Fächern eine gewisse Rolle spielt (z.B. Wirtschafts- und Umweltwissenschaften), sowie in der Konflikt- und Gewaltforschung, die in der Vergangenheit als Interessengebiet einer Forschungseinheit installiert und in Kooperation mit dem Hanse-Wissenschaftskolleg verbunden war. Unter strukturellen Gesichtspunkten berücksichtigen die Planungen der Hochschulleitung zudem besondere Erfordernisse der Lehrerbildung, die mit allen Studiengängen am Standort vertreten ist. Die Fächer selbst haben die Überlegungen der Hochschulleitung zur Kenntnis genommen, überzeugende Gesamtplanungen liegen nicht vor. Die Gutachterinnen und Gutachter haben den Eindruck gewonnen, dass die skizzierten Entwicklungsrichtungen bisher nicht hinreichend durchdacht und in den Fächern akzeptanzfähig gemacht worden sind.

Unter den gegebenen Bedingungen muss aus Sicht der Gutachtergruppe zunächst dafür Sorge getragen werden, dass mit den Stellen aus dem „qualitativen Soll“ eine solide grundständige Ausbildung und eine leistungsfähige, Profil orientierte Forschung grundlegend neu organisiert wird. Folgt man den Richtlinien der einschlägigen Fachgesellschaften zur Entwicklung der einzelnen Disziplinen, so bedeutet dies in der Soziologie die Neustrukturierung mit einer Stelle für Theorie der Soziologie, einer Stelle für Methoden, die interdisziplinär auch für die Politikwissen-

schaft zuständig sein kann, sowie je einer Professur für Sozialstruktur und Mikrosoziologie. Im Anschluss kann über Vertiefungsrichtungen nachgedacht werden, die sich allerdings nicht vollständig auf die verbleibende(n) Professur(en) beschränken müssen. Im Gegenteil sind Überschneidungszonen mit den Eckprofessuren möglich und sinnvoll. Denkbar wäre etwa ein Schwerpunkt in der Familiensoziologie, ein weiterer in der Soziologie sozialer Probleme. In beiden Bereichen haben die Forschungseinheiten in der Vergangenheit sehr erfolgreich und weithin sichtbar gearbeitet, die Suche nach einer adäquaten Nachfolge für die emeritierten Stelleninhaberinnen und -inhaber könnte insofern auch mit Hilfe dieses „nicht-materiellen Kapitals“ begonnen werden. Damit wäre nicht nur eine gewisse Kontinuität erfolgreicher Schwerpunkte am Standort gewahrt, sondern auch die Basis geschaffen für eine hochgradig lehrerbildungsrelevante Forschung, die von der Soziologie als Wahlpflichtfach der Lehrerbildung in Teilen erwartet werden darf. Sollten die Vertiefungsrichtungen im Entwicklungskonzept des Faches ihren Platz finden, ließe sich daran ggf. auch die Genderperspektive anknüpfen, allerdings müsste dafür zunächst das Qualitätsniveau der Forschung entschieden verbessert, Kooperation und wechselseitige Bezugnahme in diesem Bereich gefördert sowie das Profil in Abgrenzung zu anderen Einrichtungen – etwa zu Hannover – deutlich konturiert werden.

Auch in der Politikwissenschaft gehört es zu den vordringlichen Aufgaben, ein klares Profil zunächst entlang der zentralen Teilgebiete des Faches, beginnend mit Politischer Theorie, zu bestimmen und die Ressourcen unter den gegebenen Randbedingungen sinnvoll zusammen zu schließen. Dies ist trotz der in Teilen guten Forschungsleistungen Einzelner noch nicht gelungen. Die Gutachterinnen und Gutachter empfehlen für den Neuanfang in beiden evaluierten Disziplinen nachdrücklich eine externe Moderation und entsprechende Beteiligung in den Berufungsverfahren. Die Einrichtung einer Strukturkommission unter Federführung nicht-niedersächsischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler könnte in diesem Prozess hilfreich sein.

Die Kooperationen mit anderen Universitäten, insbesondere der Universität Bremen, oder außeruniversitären Einrichtungen wie dem Hanse-Wissenschaftskolleg sind begrüßenswert, soweit sie über Absichtserklärungen hinausgehen. Die Gutachter halten es jedoch nicht für sinnvoll, die Neustrukturierungen in Oldenburg von den im Zusammenspiel mit den genannten Einrichtungen womöglich fehlenden Spezialisierungen her zu denken. Die bisher schwache Vernetzung darf indes nicht als Restriktion für zukünftige Kooperationsaktivitäten, sondern muss vielmehr als Ansporn verstanden werden, um die nationale und internationale Zusammenarbeit – sollen Politikwissenschaft und Soziologie nach Neustrukturierung und Konsolidierung internationalen Standards folgen – auszubauen.

Ob bzw. in welcher Form die vielgestaltigen, in den letzten Jahren am Standort institutionalisierten Forschungsstellen, Zentren und Archive einen Beitrag zur Neugestaltung der Fächer unter Forschungsgesichtspunkten leisten können, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

### 3.6 Universität Osnabrück

#### Einleitung

Die Universität Osnabrück ist eine Neugründung des Jahres 1973, die in den 30 Jahren ihres Bestehens einen breiten Fächerkanon mit Stärken sowohl im geistes- und sozialwissenschaftlichen als auch im naturwissenschaftlichen Bereich entwickeln konnte. Ebenfalls 1973 wurden die beiden Abteilungen Osnabrück und Vechta der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen in die Universität Osnabrück integriert. Nicht nur mit Blick auf die Gründungsphase in den 1970er Jahren, sondern auch hinsichtlich der Gesamtstudierendenzahl von knapp 11.000 eingeschriebenen Studentinnen und Studenten ist die Universität Osnabrück mit dem Standort Oldenburg vergleichbar.

Die Universität Osnabrück verfügt derzeit über zehn Fachbereiche. Innerhalb des Fachbereichs Sozialwissenschaften wurde auf die Gründung einzelner Institute verzichtet. Es bestehen jedoch die „Fachgruppen“ Politikwissenschaft und Soziologie (inklusive Sozioökonomie).

Das DFG-Graduiertenkolleg „Europäische Integration und gesellschaftlicher Strukturwandel“ sowie das Promotionskolleg der Hans-Böckler-Stiftung „Europäische Integration – Perspektiven des Wohlfahrtsstaates in der Europäischen Union“ befinden sich bereits in der zweiten Förderphase und bilden ein besonderes Merkmal der Osnabrücker Sozialwissenschaften.

Neben den Magisterstudiengängen Politikwissenschaft und Soziologie werden in Osnabrück Bachelor- und Master-Programme im Bereich „Social Sciences“ und „Europäische Studien“ sowie mehrere Lehramtsstudiengänge angeboten.

An der Universität Osnabrück werden insgesamt elf Stellen für Politische Wissenschaft und Soziologie auf C4- und C3-Niveau vorgehalten.

## Ergebnisse und Empfehlungen

An der Universität Osnabrück befinden sich Soziologie und Politikwissenschaft in einer deutlich voneinander unterschiedenen Situation. Während die Politikwissenschaft eine Phase intensiver Umstrukturierungen hinter sich gebracht und weitestgehend abgeschlossen hat, steht der Soziologie eine Neugestaltung noch bevor. Wie alle Fächer sind auch die Sozialwissenschaften unter Strukturgesichtspunkten hochschulintern bereits evaluiert worden, der ursprünglich existierende Diplomstudiengang wurde in der Folge eingestellt. Das Gesamtkonzept, das aus den Ergebnissen der Strukturevaluation abgeleitet wurde, hat inzwischen zur Einrichtung der Bachelor- und Masterstudiengänge „Social Sciences“ und „Europäische Studien“ geführt. Ab 2004/2005 wird es voraussichtlich zwei BA-Studiengänge (Social Sciences, Europäische Studien) sowie drei Masterstudiengänge (International vergleichende Sozialwissenschaften, Zivilgesellschaft und demokratisches Regieren sowie Europäische Integration und Transformation nationaler politischer Systeme) geben.

Betrachtet man die zu evaluierenden Fächer im Einzelnen, so wird deutlich, dass die Politikwissenschaft gestärkt aus den Umstrukturierungen hervorgegangen ist. Die in den letzten Jahren anstehenden Besetzungen, in jüngster Zeit die Juniorprofessur „Europäische Integration“, sind unter externer Beteiligung durchgeführt und mit einem qualitätsorientierten Ergebnis realisiert worden. Etwas weniger leistungsstark präsentieren sich die Internationalen Beziehungen (mit Ausnahme der Europapolitik) und die Politische Theorie, vor allem im Sinne einer theoretischen Steuerung empirischer Forschungsprojekte. Die Gutachter empfehlen, auch in diesen Teilfächern nach Freiwerden eine qualitätsvolle Besetzung unter Beteiligung externen Sachverständigen anzustreben. Zudem sollte das Fach insgesamt Maßnahmen ergreifen, um den Erfolg in der Drittmittelakquisition deutlich zu verbessern.

Hingegen ist die Konsolidierung der Soziologie eine Aufgabe, die in der Vergangenheit offenbar noch nicht konzeptionell bewältigt werden konnte, dies nicht zuletzt, weil der Generationenwechsel dort noch nicht stattgefunden hat. Soll die Soziologie in Osnabrück eine Chance haben, so müssen die Nachbesetzungen strategisch genutzt und mit einer Neuausrichtung des Faches verbunden werden. Die Überlegungen sollten sich zunächst auf zwei Eckprofessuren mit den Denominationen Theorie bzw. Methoden konzentrieren. Die Theoriestelle sollte ohne thematische Einschränkung ausgeschrieben werden; die Methoden der Sozialforschung müssen verstärkt werden. Die genannten Bereiche stellen den minimalen Kern des Faches dar; sie sind für eine soziologische Ausbildung unverzichtbar und müssen vor den vielfältigen Spezialisierungen, die in der Disziplin denkbar sind, auf einer sicheren Basis stehen. Wenn dieser Prozess erfolg-

reich abgeschlossen ist, kann das Fach mittelfristig seine Spezialisierung(en) definieren. In diesem Prozess wären Synergieeffekte zu erzielen, wenn die Spezialisierungen auf die politikwissenschaftlichen Stärken (etwa im Bereich der Europaforschung) Bezug nehmen könnten. Darüber hinaus wäre es ebenfalls denkbar, die aus der Beteiligung in der Lehrerbildung entstehende Verpflichtung über eine Stelle zu institutionalisieren, die sich der Sozialstruktur, der Familien- oder der Bildungssoziologie verschreibt.

Die am Standort vorhandenen Kollegs sind ein wichtiger und positiver Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Nachwuchsförderung, die insgesamt gut organisiert ist, jedoch nur auf wenige Stellen aus Haushaltsmitteln zurück greifen kann. Hier wäre es hilfreich, wenn Dauerstellen zum Teil in Nachwuchsstellen umgewandelt und eine angemessene Ausstattung von Professuren erreicht werden könnte. Dies gilt in besonderer Weise für neu zu besetzende Eckprofessuren, die ohne oder mit nur geringer Ausstattung nicht hinreichend attraktiv für hochrangige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind.

### 3.7 Hochschule Vechta

#### Einleitung

Der Standort Vechta hat eine lange und nahezu ununterbrochene Tradition als Stätte der Lehrerausbildung. Nachdem man dort 1830 zunächst als „Normalschule“ begonnen hatte, gab es ab 1861 ein Lehrerseminar, das sich im Verlaufe der Zeit institutionell und rechtlich über einen Pädagogischen Lehrgang, eine Lehrerbildungsanstalt und eine Pädagogische Akademie in eine Pädagogische Hochschule wandelte. Von 1973 bis 1994 war Vechta eine Abteilung der Universität Osnabrück und erhielt schließlich am 1. Januar 1995 den Status einer Universität und den Namen „Hochschule Vechta“. Die Hochschule unterscheidet sich nicht nur durch ihre wechselvolle institutionelle Geschichte und ihren engen Bezug zur Lehrerausbildung von den anderen Standorten, sondern auch insofern, als für sie besondere rechtliche Bestimmungen gelten, die zwischen dem Land Niedersachsen und der Katholischen Kirche vereinbart und in einem Konkordat niedergelegt wurden.

Die Hochschule Vechta hat keine Fachbereichs- bzw. Fakultätsstruktur. Die Fachgebiete Wissenschaft von der Politik/Politikwissenschaft, Politik und Soziologie verstehen sich als Fachgebiete innerhalb des Instituts für Sozialwissenschaft.

Die evaluierten Fächer sind in Vechta in einem grundständigen Magisterstudiengang Sozialwissenschaften engagiert. Neben weiteren Serviceleistungen, die sie etwa als Nebenfächer in anderen Studiengängen zu erbringen haben, beteiligen sich die Disziplinen als Wahlpflichtfächer bzw. als Schwerpunktbezugsfach für den Sachunterricht (Politik) an der Lehrerausbildung im Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen.

Die Soziologie ist am Institut für Sozialwissenschaft zur Zeit nicht professoral vertreten, da der Lehrstuhlinhaber mit Wirkung vom 03. April 2002 aus dem Institut ausgetreten ist. Dem Fach Politische Wissenschaft ist auf Professorebene eine C3-Stelle zugeordnet.

## **Ergebnisse und Empfehlungen**

An der Hochschule Vechta sind die Ressourcen für das Fach begrenzt, in der Soziologie gibt es eine C4-, in der Politikwissenschaft eine C3-Professur, die jeweils von ein bis zwei Mittelbaustellen gestützt werden. Stellen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses existieren nicht bzw. sind in Hochschuldozenturen auf Dauer verstetigt. Zudem treten innerhalb der Soziologie Personen bezogene Konflikte offen zutage, die als deutliche Restriktionen der Forschung und der Lehre – die indes nicht Gegenstand dieses Verfahrens war – sichtbar werden. Hochschule und Ministerium sind aufgefordert, alsbald eine Lösung für die nicht akzeptable Situation zu finden.

Von einer soziologischen Forschung – soweit sie für die Gutachtergruppe dokumentiert und im persönlichen Gespräch ohne Beteiligung des Lehrstuhlinhabers erläutert wurde – kann am Standort Vechta nicht gesprochen werden.

In der Politikwissenschaft sind demgegenüber Ansätze einer Fachforschung, etwa in der Parteienforschung, der Regionalismusforschung oder bei den bearbeiteten Fragen zur Veränderung von Staatlichkeit, zu erkennen. Darüber hinaus finden sich in der Politikwissenschaft nur ansatzweise Vorhaben, die den Methoden und Standards des Faches folgen. Insgesamt verbleiben die Aktivitäten auf der Ebene von Einzelforschungsvorhaben, die keinen wesentlichen Einfluss in den zentralen Diskussionen des Faches bzw. der Fachteilgebiete haben geltend machen können.

Die Gutachterinnen und Gutachter sind der Auffassung, dass unter den gegebenen Randbedingungen, die sowohl ein forschungsbezogenes Umfeld als auch forschungsförderliche Strukturen vermissen lassen, keine angemessene Hauptfachausbildung am Standort stattfinden kann. Es wird daher empfohlen, den Magisterstudiengang Sozialwissenschaften mittelfristig nicht weiter zu führen und die Ressourcen in der Lehramtsausbildung (bzw. im anlaufenden BA-Studiengang) zu konzentrieren. Die von der Hochschule angestrebte Besetzung einer weiteren Professur für Verwaltungswissenschaft mit rechtswissenschaftlichem Schwerpunkt erscheint diesbezüglich keinesfalls sinnvoll. Sofern eine sozialwissenschaftliche Professur eingerichtet wird, sollte die Besetzung mit einer lehrerbildungsrelevanten Denomination erfolgen. Denkbar wären Schwerpunkte in der empirisch orientierten Bildungssoziologie oder -politik sowie in der Sozialisationstheorie; diese Anforderung sollte ebenfalls für die Nachbesetzung frei werdender Stellen gelten.

## 4 Politikwissenschaft und Soziologie in Niedersachsen

### 4.1 Politikwissenschaft

Folgt man den Standards, die etwa von der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) oder der European Conference of National Political Science Associations (ECNA) definiert worden sind, so sollte die Politikwissenschaft an einem universitären Standort, der Politikwissenschaft als Hauptfachstudium anbietet, die folgenden Bereiche abdecken:

- Politische Theorie/ Ideengeschichte
- Methoden
- Innenpolitik und Politisches System der EU
- Politikfeldanalysen, insbesondere international vergleichend
- Vergleichende Analyse politischer Systeme
- Politische Soziologie
- Internationale Beziehungen

Sind an einem Standort weniger als sieben Professuren vorhanden, lassen sich gegebenenfalls zwei dieser Schwerpunkte auch in einer Professur – bei entsprechender Ausstattung mit Mitarbeitern – vereinigen, z.B. Politische Theorie und Politikfeldanalyse oder Innenpolitik und die Vergleichende Analyse politischer Systeme. Unerlässlich bleiben aber überall deutlich erkennbare Kompetenzen und Kapazitäten für Theorie und Methoden, wobei die Methodenkompetenz durchaus als integrativer Teil zur Verzahnung der sozialwissenschaftlichen Fächer gedacht werden kann und quantitative wie auch qualitative Verfahren umfassen sollte. Dies schließt gemeinsame Berufungskommissionen von Politikwissenschaft und Soziologie bei der Besetzung von Methodenstellen ein. Gleiches gilt für den Querschnittsbereich der Genderforschung (vgl. hierzu auch Kap. 4.2).

In die nachfolgende Diskussion der Fachteilgebiete innerhalb der Politikwissenschaft sind die Empfehlungen der Fachgesellschaften als Prämisse eingegangen, jedoch wird den Besonderheiten der einzelnen, vor allem der kleineren Standorte, die nicht über eine entsprechende Ausstattung verfügen, Rechnung getragen.

#### 4.1.1. Politische Theorie

Politische Theorie umfasst im international anerkannten Verständnis in der Regel die Bereiche „Politische Ideengeschichte“, sodann „Normative Theorie/ Politische Philosophie“ und schließlich „Empirische Theorie“.

Politische Ideengeschichte ist eng mit der Geschichtswissenschaft und Geschichte der Philosophie verbunden. Sie untersucht die Vielfalt politischer Ordnungsvorstellungen, in denen sich historische Problemerkennungen widerspiegeln, die auch in die Gegenwart hineinwirken, und sie beschreibt damit den Denkhorizont der Politik. Normative Politische Theorie und Politische Philosophie sind eng mit Philosophie, insbesondere der Sozialphilosophie, verknüpft. Sie untersuchen die normativen Fundamente gegenwärtiger politischer Ordnungen und fragen dabei nach ihrer Begründung, nach neuen Legitimationspotenzialen und Ansätzen zur Kritik. Empirische Theorie ist am engsten mit der empirischen Forschung in der Politikwissenschaft selbst verbunden, darüber hinaus mit dem gesamten Feld der empirischen Sozialforschung. Sie untersucht und überprüft die Grundbegriffe, Modelle und grundlegenden Ansätze der Politikanalyse auf ihre Tragfähigkeit in der politischen Praxis und macht damit Politische Theorie insgesamt empirisch anschlussfähig.

In Deutschland gibt es kein politikwissenschaftliches Institut, in dem alle drei Bereiche mit einer eigenen Professur vertreten sind. Im Durchschnitt gibt es bestenfalls jeweils eine Professur mit ausschließlicher Denomination für Politische Theorie, welche die drei Theoriebereiche mehr oder weniger abdeckt. Das gilt auch für die Universitäten in Niedersachsen, und von diesem Stand ist realistisch wohl auch in Zukunft auszugehen. Deshalb müsste eine angemessene Wahrnehmung der Politischen Theorie sicherstellen, dass an den Universitäten in Niedersachsen alle Bereiche der Politischen Theorie durch Schwerpunktbildung an den einzelnen Standorten zur Geltung kommen, dass jeweils ein Profil der Politischen Theorie ausgewiesen wird und dass dieses – soweit irgend möglich – in die politikwissenschaftlichen Forschungsaktivitäten am Standort integriert wird. Eine zusätzliche Vernetzung mit den benachbarten Fächern ist wünschenswert.

Diese Mindestanforderungen sind an den Universitäten Niedersachsens bisher noch nicht erreicht, es bestehen Profilierungsprobleme für die Politische Theorie. In Braunschweig und Lüneburg gibt es keine eigene Politische Theorie. An den übrigen Universitäten wird das Profil der Politischen Theorie dadurch eingeschränkt, dass sie häufig bei apl.-Professuren liegt – ältere Kollegen oder jüngere Kolleginnen, deren Arbeit am Standort aufgrund ihres baldigen Ausscheidens (Ruhestand bzw. zeitliche Befristung) nicht weitergeführt wird. Es bleiben die Lehrstühle für Politische Theorie. Der vor kurzem neu besetzte Lehrstuhl in Göttingen widmet sich der Normativen Theorie und der Politischen Philosophie. Die Integration in gemeinsame politikwissenschaftliche For-

schungsaktivitäten steht noch am Anfang und sollte unterstützt werden. In Hannover wurde eine C4-Professur für Politische Theorie mit dem Schwerpunkt Demokratietheorie und vergleichende Demokratieforschung ausgeschrieben; bei angemessener Besetzung kann sich hier der Bereich der Empirischen Theorie profilieren und mit bestehenden leistungsstarken empirischen Aktivitäten der politikwissenschaftlichen Forschung zusammenarbeiten. In Oldenburg ist Politische Theorie um das Werk von Hannah Arendt gruppiert. Hier besteht die – allerdings erst noch zu realisierende – Möglichkeit, intensiv die Politische Ideengeschichte einzubeziehen. Das Markenzeichen in Osnabrück ist eine normative Pluralismustheorie. Hieraus könnte sich längerfristig eine Verbindung von Normativer und Empirischer Theorie entwickeln, die auch der empirischen Erforschung von Staatlichkeit auf nationaler und supranationaler Ebene wichtige Impulse liefert. In Vechta schließlich gibt es Ansätze zur Politischen Ideengeschichte, die unter anderen institutionellen Bedingungen vermutlich einen interessanten Beitrag liefern könnten.

## **Fazit**

Insgesamt könnte Niedersachsen mit seinen Universitäten im Fach Politikwissenschaft den Mindestanforderungen Politischer Theorie genügen, wenn die vorhandenen Möglichkeiten konsequent genutzt werden. Es wäre wünschenswert, wenn innerhalb der Politischen Theorie die Empirische Theorie gestärkt werden könnte, um eine verbesserte „theoretische Steuerung“ empirischer Forschungsprojekte zu ermöglichen. Darüber hinaus sollte die Politische Theorie über die gezielte Vergabe von Juniorprofessuren dort verstärkt werden, wo bereits Lehrstühle bestehen, hier ist jedoch der Versuchung zu widerstehen, sie primär zum Schließen von Lücken im Themenspektrum eines Instituts zu missbrauchen. Schließlich muss dringend, wo noch nicht geschehen, ein leistungsfähiger wissenschaftlicher Mittelbau etabliert werden.

### **4.1.2. Internationale Beziehungen und Europapolitik**

Der Bereich der Internationalen Beziehungen (IB) war in den vergangenen 10 bis 15 Jahren weitreichenden Veränderungen unterworfen. Diese waren in erster Linie die Folge tiefgreifender Umbrüche im System der internationalen Politik (Ende des Ost-West-Konflikts, Globalisierung, Intensivierung regionaler Integration, Auftreten neue Akteure und Konfliktmuster), darin kamen aber auch innerwissenschaftliche Entwicklungen wie die zunehmende Bedeutung institutionalistischer und postmodernistischer Theorieansätze zum Tragen. Insgesamt haben sich dadurch nicht nur die bisherigen Koordinaten internationaler Politik (Ost-West, Nord-Süd) verändert, sondern auch die Konzepte zur Analyse internationaler Probleme und Konflikte.

Die Folge war erstens eine verstärkte interne Ausdifferenzierung des Fachgebiets, die zur Herausbildung bzw. Aufwertung neuer Teilgebiete der Internationalen Beziehungen geführt hat (insbesondere der Internationalen Politischen Ökonomie und der Internationalen Organisations- und Politikfeldanalyse). Gleichzeitig erfolgte, zweitens, eine stärkere Annäherung der Internationalen Beziehungen an die anderen Teilgebiete der Politikwissenschaft. Insbesondere im Bereich der Europa- und der Globalisierungsforschung ist inzwischen eine deutliche Konvergenz von IB-Forschung und Vergleichender Politikwissenschaft zu beobachten. Drittens schließlich lässt sich eine zunehmende Verselbstständigung des Teilgebiets der Europapolitik feststellen. Die Europaforschung, die bis zu Beginn der 90er Jahre ein eher randständiges Teilgebiet der Internationalen Politik war, wurde mit der Beschleunigung und Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses nicht nur beträchtlich aufgewertet, sie hat sich inzwischen als eigenständiges Teilgebiet der Politikwissenschaft an der Schnittstelle zwischen Internationaler Politik, Vergleichender Politikwissenschaft und Regierungslehre etabliert.

Aufgrund dieser Entwicklungen hat der Bereich der Internationalen Beziehungen und der Europaforschung innerhalb des Faches ohne Zweifel an Bedeutung gewonnen. Parallel hat aber auch der Ressourcen- und Kooperationsbedarf erheblich zugenommen. Das zeigt sich nicht zuletzt an der Einrichtung zahlreicher neuer Zentren für International and European Studies in anderen Ländern, insbesondere in Nordamerika, Großbritannien und Skandinavien.

Vor diesem Hintergrund muss zunächst festgestellt werden, dass die Etablierung des Fachgebiets der Internationalen Beziehungen an den Universitäten des Landes Niedersachsen ohne Zweifel mangelhaft ist. An den sieben Hochschulen, die Gegenstand der Evaluation waren, sind derzeit lediglich zwei Lehrstühle (C4) und eine Professur (C3) mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen eingerichtet, an den Universitäten Braunschweig, Hannover und Osnabrück. An zwei Hochschulen (Lüneburg, Vechta) ist der Bereich Internationale Beziehungen überhaupt nicht etabliert; an zwei weiteren (Göttingen, Oldenburg) in Form von C2- bzw. C3-Stellen, deren Forschungsschwerpunkte nicht im Zentrum der Disziplin angesiedelt sind. Mit dieser Ausstattung sind die niedersächsischen Hochschulen nicht in der Lage, der neueren Entwicklung des Fachgebietes angemessen zu folgen.

In Niedersachsen hat innerhalb der Internationalen Beziehungen in den vergangenen Jahren eine eindeutige Schwerpunktbildung im Bereich der Europaforschung stattgefunden. Zwei der drei IB-Lehrstühle haben ihren Forschungsschwerpunkt ausschließlich oder weitgehend in diesem Bereich (Hannover, Osnabrück). An mehreren Hochschulen fand dies seinen Ausdruck in der Einrichtung bzw. geplanten Einrichtung neuer Institute (Osnabrück: Institut für Europäische Studien; Lüneburg: Institut für Mittel- und Osteuropastudien; Göttingen: Zentrum für Europa- und

Nordamerikastudien) oder Fachbereichsschwerpunkte (Hannover). Am weitgehendsten und auch am vielversprechendsten ist diese Schwerpunktbildung im Bereich der Europapolitik an der Universität Osnabrück, wo inzwischen vier politikwissenschaftliche Professuren (einschließlich einer neu eingerichteten Juniorprofessur) im Bereich der Europaforschung angesiedelt sind. Eine solche Schwerpunktbildung ist grundsätzlich zu begrüßen, es ist jedoch fraglich, ob angesichts der knappen Ressourcen eine Profilbildung im Bereich der Europaforschung an mehreren niedersächsischen Hochschulen gleichzeitig möglich und sinnvoll ist.

Die Schwerpunktbildung in der Europaforschung hat auch dazu beigetragen, dass die Kerngebiete der Internationalen Beziehungen in der Forschung deutlich unterrepräsentiert sind. Lediglich an einer niedersächsischen Hochschule (Braunschweig) werden die zentralen Themen und Probleme der IB-Forschung in einer größeren Breite und in projektförmig verdichteter Form bearbeitet. An den anderen Standorten werden zum Teil zwar wichtige neuere Probleme der internationalen Politik (Globalisierung, internationale Umweltpolitik) bearbeitet, diese Bemühungen finden jedoch nicht in Projekten ihren Ausdruck und zeichnen sich zumeist durch große thematische Spezialisierung aus.

Die (mangelnde) Leistungsfähigkeit der Forschung im Bereich der Internationalen Beziehungen kann an zwei Indikatoren exemplarisch festgemacht werden: a) der Beteiligung an den wichtigsten nationalen und europäischen Förderprogrammen, und b) den Veröffentlichungen, insbesondere in begutachteten Fachzeitschriften. Das Bild, das sich dadurch ergibt, ließe sich durch andere Indikatoren (Forschungsk Kooperationen, Nachwuchsförderung etc.), auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, abrunden.

a) Auffällig ist zunächst, dass die Forschung im Bereich Internationale Beziehungen in der Regel nicht in der Form von Drittmittel finanzierten Projekten stattfindet. Nur an einem Standort wurden im Berichtszeitraum Projektmittel in größerem Umfang eingeworben. Dies ist besonders bemerkenswert, da es in diesem Bereich in den vergangenen Jahren zwei große nationale Förderschwerpunkte gegeben hat, das DFG-Schwerpunktprogramm „Regieren in Europa“ und den Schwerpunkt „Globalisierung“ der Volkswagenstiftung. Außerdem hat die EU in ihrem fünften Forschungsrahmenprogramm den Umfang politikwissenschaftlicher Forschung erheblich ausgeweitet. Die niedersächsischen Hochschulen waren im Berichtszeitraum an keinem der wichtigsten nationalen und europäischen Förderprogramme beteiligt. Auch im Bereich der Europaforschung hat die Schwerpunktbildung nicht dazu geführt, die projektförmige Forschung zu intensivieren und das Einwerben von Drittmitteln zu verstärken. Allerdings ist es der Universität Osnabrück gelungen, ihre Forschungsaktivitäten in diesem Bereich durch die Bewilligung eines DFG-

Graduiertenkollegs und eines Promotionskollegs der Hans-Böckler-Stiftung in bemerkenswertem Umfang auszubauen.

b) Auch die Publikationstätigkeit lässt deutliche Defizite erkennen. Die Forschungsaktivitäten haben nur in äußerst geringem Umfang ihren Niederschlag in Veröffentlichungen in den wichtigsten (begutachteten) Fachzeitschriften des Gebietes gefunden. Im Berichtszeitraum liegt lediglich ein Aufsatz in der wichtigsten deutschsprachigen Fachzeitschrift – der Zeitschrift für Internationale Beziehungen – vor; Veröffentlichungen in den wichtigsten englischsprachigen Zeitschriften der IB- und Europaforschung (International Organization, European Journal of International Relations, Journal of Common Market Studies, Journal European Public Policy, West European Politics, European Union Politics) sind nicht zu verzeichnen. Für den Bereich der Europaforschung, in dem sich in den vergangenen Jahren eine Reihe von neuen Fachzeitschriften etabliert haben, ist dies besonders bemerkenswert und bedenklich. Das Gesamtbild wird jedoch positiver, wenn man die veröffentlichten Monographien und Sammelbände berücksichtigt. Die Forschungsaktivitäten an den profilierten Standorten, insbesondere in Braunschweig, Göttingen und Osnabrück, haben zu einer größeren Zahl von Monographien und Sammelbänden, teilweise bei angesehenen nationalen und internationalen Verlagen, geführt.

### **Fazit**

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die Forschung im Bereich der Internationalen Beziehungen in Niedersachsen erhebliche Defizite aufweist. Nur an wenigen Standorten genügen die Forschungsleistungen nationalen Standards, ihre internationale Sichtbarkeit ist gering. Dies hat vor allem strukturelle Gründe. Die institutionellen Voraussetzungen für eine national wie international wettbewerbsfähige Forschung im Bereich der Internationalen Beziehungen sind in Niedersachsen an den meisten Hochschulen nicht gegeben. Aufgrund des zunehmenden Ressourcen- und Kooperationsbedarfs in diesem Bereich ist zu befürchten, dass sich dieses Problem in den kommenden Jahren noch verschärfen wird. Angesichts der wachsenden Bedeutung des Fachgebiets innerhalb der Politikwissenschaft, aber auch für verschiedene Nachbardisziplinen (Soziologie, Wirtschaftswissenschaften, Recht) ist zu befürchten, dass dieses Defizit gravierende Folgen für die Entwicklungsmöglichkeiten des Faches, aber auch der Sozial- und Geisteswissenschaften insgesamt haben wird.

Vor diesem Hintergrund ist zu bezweifeln, dass eine Profilbildung im Bereich der Europaforschung an allen Standorten sinnvoll ist, an denen dies vorgesehen ist. Angesichts des erreichten Leistungsstandes an der Universität Osnabrück und der dort hierfür inzwischen bereit gestellten Kapazitäten sollte dieser Standort als „Centre of Excellence“ in der Europaforschung gezielt

gefördert werden. Darüber hinaus sollte, gerade unter den Bedingungen knapper Ressourcen, die Stärkung der Kerngebiete des Bereichs Internationale Beziehungen Priorität besitzen.

#### **4.1.3. Politische Soziologie und Parteienforschung**

Das Fachgebiet Politische Soziologie und Parteienforschung umfasst die Beschäftigung mit Themen, die überwiegend der Politics-Dimension politikwissenschaftlicher Analyse zugeordnet sind. Das sind zum einen die individuellen und kollektiven politischen Akteure: Wählerinnen und Wähler, Parteien, Verbände und Gewerkschaften, soziale Bewegungen usw. Zum anderen zählen hierzu Momente des politischen Prozesses, in welchem sich diese Akteure konstituieren, orientieren, Machtpotenziale ausbilden und kooperativ oder kompetitiv interagieren, z.B. im Wettbewerb um Wählerstimmen oder in der Reaktion auf den Wandel von Sozialstrukturen und Wertorientierungen. Die gewonnenen Erkenntnisse betreffen einerseits die wissenschaftliche Erklärung politischer Phänomene und fundieren andererseits die in den Prozessen der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung vorkommenden Themen und Diagnosen. Politische Soziologie und Forschungen über die Akteure der Demokratie bilden insofern das akademische Pendant der empirischen politischen Prozesse.

Diese Teildisziplin ist vor allem in Göttingen und (in geringerem Umfang) in Lüneburg vertreten. Die Forschungen zeigen ein beachtliches Qualitätsniveau. In Göttingen ist eine national wahrgenommene Parteienforschung an den Lehrstühlen „International vergleichende Regierungslehre“ und „Parteienforschung“ etabliert. Die Forschungsperspektiven sind primär auf Fragen der Struktur und Entwicklungen im deutschen Parteiensystem beschränkt und könnten von einer systematischen Einbeziehung der vergleichenden Perspektive profitieren. Es existiert eine bemerkenswerte Breite von Publikationen und Transferbeziehungen. In Lüneburg findet die Parteienforschung ebenfalls auf einem abweichend kategorisierten Lehrstuhl („Vergleichende Regierungslehre“) statt. Sie ist vergleichend angelegt und wird international sehr beachtet.

Thematisch verwandte Forschungen gibt es außerdem in Oldenburg (auf dem Lehrstuhl „Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt westliche Demokratien und Kommunalpolitik“) mit den sehr speziellen Schwerpunkten Parteienfinanzierung und politische Beteiligung der Bürger an der Kommunalpolitik sowie in Hannover unter der Denomination „Politische Soziologie und Sozialstrukturanalyse; Politikwissenschaftliche Methoden“, und zwar im Rahmen der soziologisch fundierten Bewegungsforschung. Die in Oldenburg und Hannover entstandenen Arbeiten sind repräsentativ für die einschlägige deutschsprachige Forschung, allerdings international kaum präsent.

## Fazit

Auch wenn das Fachgebiet Politische Soziologie/ Parteienforschung an mehreren Universitäten Niedersachsens bearbeitet wird, so beruhen die beobachteten Forschungsleistungen doch in hohem Maße auf dem Engagement einzelner Persönlichkeiten, die in absehbarer Zeit in den Ruhestand gehen werden. Diese haben im Kontext der einzelnen Professuren national anerkannte Forschungen von begrenztem Innovationsgrad erbracht und dabei (zumindest in einem Fall) eine sehr erfolgreiche Nachwuchsförderung betrieben, von der das Fach als ganzes profitiert. Ihre internationale Präsenz ist jedoch eher gering, wenngleich das Qualitätsniveau der Forschung durch internationale Kooperationen gesichert ist. Anzeichen für besondere theoretische oder empirische Innovativität liegen nicht vor, doch vorbildlich solide, teilweise originelle Arbeiten. Angesichts der bestehenden Kapazitätsverteilung hat das Fachgebiet am Standort Göttingen die relativ besten Aussichten, in Zukunft – vor allem durch Einbeziehung vergleichender Forschungsansätze – mehr internationale Sichtbarkeit zu gewinnen.

### 4.1.4. Politische Systeme und Systemvergleich

Die im Rahmen dieser Teildisziplin stattfindenden Forschungen beschäftigen sich vorrangig mit den institutionellen Aspekten politischer Systeme: Verfassungsinstitutionen, parlamentarischen Systemen und Regierungssystemen auf den Ebenen der kommunalen, regionalen und nationalstaatlichen Politik. Unter dem Begriff „governance“ haben in der jüngeren Vergangenheit sowohl die informellen Normen und Formen politischer (Selbst-)Steuerung Bedeutung gewonnen als auch die Bedingungen relativer Leistungsfähigkeit, z.B. hinsichtlich der Regulierung von Politikfeldern und gesellschaftlichen Teilsystemen. Die Aufmerksamkeit gilt ebenfalls der Struktur und den Interaktionen in komplexen Mehrebenensystemen wie der Europäischen Union sowie spezifischen Gestaltungsprinzipien (z.B. Föderalismus). International vergleichende Studien thematisieren den – mehr oder weniger förderlichen – Zusammenhang von politischen Institutionen und der volkswirtschaftlichen Performanz bzw. der Einkommensverteilung, dem Niveau von Sozialtransfers oder der Erwerbsbeteiligung (insbesondere in den Fragestellungen der „comparative political economy“). Die Befunde der System vergleichenden Forschung finden ihren Niederschlag einerseits in der Theorie basierten Erklärung institutioneller Effekte, andererseits in Vorschlägen zur Reform überlieferter Institutionensysteme.

Das für die internationale Fachkommunikation bedeutsam gewordene Gebiet ist seit kurzem in sehr beachtlicher Qualität an den Universitäten Osnabrück und (in geringerem Umfang) Lüneburg etabliert. In Osnabrück sind hierfür nach den jüngsten Neubesetzungen drei Lehrstühle schwergewichtig („Staat und Innenpolitik“, „International vergleichende Gesellschaftsanalyse“,

„Vergleichende Politikwissenschaft“) und zwei weitere („Internationale Beziehungen und Europäische Integration“, „Europäische Integration“) zumindest teilweise tätig. Hier scheint eine vielversprechende Grundlage für international wahrgenommene System-Komparatistik mit Schwerpunkt auf den EU-Ländern und den Europäischen Integrationsprozess sowie Policy-Perspektiven auf Wirtschaftsentwicklung, Sozialpolitik und Kommunalpolitik gelegt zu sein. Die Arbeiten der (überwiegend jungen) Stelleninhaber sind in der deutschsprachigen Politikwissenschaft anerkannt und gut sichtbar.

In Lüneburg wird das Gebiet von dem schon erwähnten Lehrstuhl „Vergleichende Regierungslehre“ und unter der Denomination „Politikwissenschaft“ mit guten bis sehr guten Ergebnissen behandelt. Die Arbeiten der Stelleninhaber sind national anerkannt und international sichtbar. Die gegenständlichen Schwerpunkte sind parlamentarische Systeme und der Vergleich politischer Systeme.

In Göttingen ist das Gebiet nominell durch den Lehrstuhl „Vergleichende Sozialpolitik“ (bei allerdings soziologisch ausgerichteter Forschung) und faktisch durch eine Juniorprofessur („Vergleichende Kommunalpolitik“) vertreten. Als anschlussfähig erscheinen ferner die Interessen bzw. Arbeiten aus zwei am SOFI (zur Zeit noch peripher) präsenten Forschungsfeldern („International vergleichende Sozialwissenschaften“ und „Innovationsforschung, Globalisierung“). Die Stelleninhaber verfolgen innovative Forschungsansätze und agieren erfolgreich im Rahmen internationaler Forschungsnetzwerke.

In Hannover existiert das Gebiet nur nominell als Denomination „Politische Systeme und Regierungslehre“. Es wurde vom Stelleninhaber nicht mit einschlägigen Forschungen bedacht. Eine gewisse Nähe bzw. Anschlussfähigkeit weisen einzelne Forschungsarbeiten aus dem Umkreis der Lehrstühle „Vergleichende Policy-Analyse und empirische Verwaltungswissenschaft, Politikwissenschaftliche Methoden“ sowie „Internationale Politik/ Europäische Integration; Politikwissenschaftliche Frauenforschung“ auf, ohne sich jedoch zu einem Muster sinnvoller Arbeitsteilung zusammenzufügen.

## **Fazit**

Das Fachgebiet Politische Systeme/ Systemvergleich ist erfreulicherweise an einer niedersächsischen Universität – und zwar an der Universität Osnabrück – auf einem solchen quantitativen und qualitativen Niveau vertreten, dass sinnvoll von einem Schwerpunkt der niedersächsischen Forschungslandschaft gesprochen werden kann. Diese Feststellung schließt eine optimistische Perspektive auf die künftige Rolle der einschlägigen Osnabrücker Forscher in der gesamtdeutschen Forschungslandschaft ein sowie gute Aussichten auf internationale Wirksamkeit, falls

über Drittmittel finanzierte Forschungen und Synergieeffekte der universitätsinternen und internationalen Kooperation weitere Fortschritte erzielt werden. Die Osnabrücker Politikwissenschaft ist zu ermutigen, auf dem Gebiet Politische Systeme/ Systemvergleich auch dezidiert theoretische Ambitionen zu entwickeln und sich mit diesen dem internationalen Wettbewerb zu stellen. Ein ähnlich aussichtsreiches Potenzial für hochqualifizierte und international präsentable Forschungen war an keiner anderen niedersächsischen Hochschule und in keinem anderen Fachgebiet festzustellen.

An den übrigen Universitäten wird das Gebiet Politische Systeme/ Systemvergleich nur in einem Fall (Lüneburg) auf hohem Leistungsstand, aber bei geringer Personalkapazität bearbeitet. Hier scheint – zumindest auf längere Sicht – eine schärfere Profilbildung in Richtung auf die Erforschung der modernen Demokratie („Center for the Study of Democracy“) zweckmäßig.

#### **4.1.5 Politikfeldanalysen**

In Untersuchungen zur Verfasstheit und Entwicklung einzelner Politikfelder, z.B. der Bildungs- oder der Gesundheitspolitik, kommen sowohl die Institutionen bezogene Perspektive der politischen Systemforschung als auch Akteur bezogene Analysen zur Anwendung. Dabei ist der Fokus auf die Interessenpositionen und -konflikte der Akteure im Politikfeld, seinen institutionellen Rahmen (z.B. im Sinne von „Ordnungspolitik“) und die Entwicklung der Performanzindikatoren gerichtet. Politikfeldanalysen profitieren in besonderem Maße von international vergleichenden Forschungsansätzen und bieten damit einen Einblick in die Ursachen der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der nationalstaatlichen Regulationsmodi.

Ein markantes Profil konnte die Politikfeldanalyse an der Universität Hannover im Bereich „Politikfelder und Politische Verwaltung“ gewinnen. Hier entstanden Untersuchungen zu den Politikfeldern staatliche Verwaltung, Arbeitsmarkt- und Beschäftigung sowie Gesundheits-, Sozial- und Umweltpolitik. Die Forschung hat von der Einbettung in internationale Koordinationsnetzwerke profitiert und vermittelt u.a. wertvolle Einsichten in das Verhältnis von hierarchischer (staatlicher) Intervention und horizontaler (gesellschaftlicher) Selbstkoordination. Die Forschungsleistungen, insbesondere zu Governance-Problemen, bestimmen das nationale Qualitätsniveau und sind international sichtbar. Durch umfangreiche Drittmittelakquisition konnten zahlreiche Projekte realisiert werden, die auch der Nachwuchsförderung und der Politikfeld bezogenen Ausbildung zugute kamen.

An der Technischen Universität Braunschweig beschäftigt sich die Forschungseinheit „Politische Theorie, Innenpolitik, Politische Soziologie, Technologie-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik“ mit der Untersuchung politikfeldspezifischer Steuerungsprobleme. Hier entstanden national beach-

tete und auch in der Politikberatung rezipierte Analysen zur politischen Steuerung in der Arbeits-, Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik.

Das Politikfeld Umweltpolitik ist in Oldenburg am Lehrstuhl „Parteien und Verbände, Umweltpolitik, Nachhaltigkeitspolitik“ aufgehoben. Die einschlägigen Forschungsarbeiten betreffen insbesondere den betrieblichen Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie die Implementation nationaler und supranationaler Umweltstandards. Sie haben im Politikfeld selbst (z.B. in der unternehmensbezogenen und gewerkschaftlichen Umweltpolitik) Bedeutung erlangt. Die internationale Sichtbarkeit ist weniger stark ausgeprägt.

Auch am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) der Universität Göttingen wurden Forschungsvorhaben realisiert, aus denen qualifizierte Beiträge der Politikfeldanalyse hervorgingen, und zwar zu den Feldern Arbeitspolitik, industrielle Beziehungen sowie Umwelt- und Verkehrspolitik. Forschungen mit deutlichen politikfeldanalytischen Bezügen finden auch im Umkreis des (soziologisch ausgerichteten) Lehrstuhls „Sozialpolitik“ statt.

## **Fazit**

Da Politikfeldanalysen (außer am Standort Hannover) als Ergänzung einer anderen, die Denomination bestimmenden Teildisziplin institutionell verankert sind, folgen sie in besonderem Maße dem gegenstandsspezifischen Interesse der jeweiligen Stelleninhaber. Die einschlägigen Forschungen an den niedersächsischen Universitäten sind durchweg von guter Qualität und finden die ihnen zukommende Beachtung im nationalen Rahmen. Sieht man von der überdurchschnittlichen Qualität der in Hannover auch institutionell etablierten Politikfeldanalyse ab, so leidet ein Großteil der übrigen Forschungen an der Beschränkung auf die Besonderheiten der deutschen Politik. Den Gepflogenheiten der international relevanten Policy-Analyse entsprechend, lassen sich diese jedoch nur im Rahmen systematischer Vergleiche (mit Ländern der Europäischen Union oder der OECD-Welt) valide identifizieren. Das gilt vor allem für Politikfelder, in denen institutionelle Besonderheiten des „Modells Deutschland“ vermutet werden (z.B. Sozialpolitik, Bildungspolitik, industrielle Beziehungen).

Eine entsprechende Ausweitung der Forschungsperspektiven ist deshalb anzuraten. Außerdem wäre es wünschenswert, wenn in künftigen Besetzungsverfahren, z.B. auf dem Gebiet Politische Systeme („comparative politics“), zusätzliche Kompetenzen für international vergleichende Politikfeldanalysen erschlossen werden könnten.

## 4.2 Soziologie

Anfang der 1990er Jahre hat die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) empfohlen, an einem universitären Standort, der Soziologie als Hauptfachstudium anbietet, in der Regel folgende Professuren vorzuhalten:

- Allgemeine Theorie
- Methoden der empirischen Sozialforschung
- Makrosoziologie und Sozialstrukturanalyse
- Mikrosoziologie
- Eine spezielle Soziologie, z.B. Familie oder Organisation oder Massenmedien

Sind an einem Standort weniger als fünf Professuren vorhanden, lassen sich gegebenenfalls zwei dieser Schwerpunkte auch in einer Professur – bei entsprechender Ausstattung mit Mitarbeitern – vereinigen. Unerlässlich bleiben aber überall deutlich erkennbare Kompetenzen und Kapazitäten für Allgemeine Theorie und Methoden, wobei die Methodenkompetenz durchaus als integrativer Teil zur Verzahnung der sozialwissenschaftlichen Fächer gedacht werden kann und quantitative wie auch qualitative Verfahren einschließen sollte (vgl. Kap. 4.1). Dies schließt gemeinsame Berufungskommissionen von Politikwissenschaft und Soziologie bei der Besetzung von Methodenstellen ein.

Als Querschnittsaufgabe sollte zudem die sozialwissenschaftliche Frauen- und Geschlechterforschung (Gender Studies) systematisch einbezogen werden. Dies kann durch die Einrichtung einer Professur für Gender Studies erfolgen, welche dann inhaltlich eng mit den anderen Themenbereichen zu verzahnen ist. In diesem Fall ist von der Stelleninhaberin oder dem Stelleninhaber weiterhin zu erwarten, dass an einer eigenständigen Fortentwicklung von Theorien der Geschlechterforschung und einer entsprechenden Methodik gearbeitet wird. Neben der kontinuierlichen Beachtung von Geschlechterfragen in den traditionellen Kernbereichen der Soziologie können von diesem Modell auch Impulse in die nationale und internationale Scientific Community ausgehen.<sup>4</sup>

Alternativ kann die Kategorie „Geschlecht“ auch von Stelleninhaberinnen und -inhabern behandelt werden, deren Denominationen nicht explizit für Geschlechterforschung ausgewiesen sind, dies gilt für die Soziologische Theorie ebenso wie für die Sozialstrukturanalyse, für Vertie-

---

<sup>4</sup> Eine solche Aufstellung der Soziologie der Geschlechterforschung findet sich in Oldenburg, Hannover und ansatzweise in Braunschweig.

fungsgebiete wie etwa die Organisationssoziologie, die Familiensoziologie und die Bildungssoziologie. Die quantitative und qualitative Methodenforschung ist hier nicht auszunehmen.<sup>5</sup>

In die nachfolgende Diskussion der Fachteilgebiete innerhalb der Soziologie sind die Empfehlungen der DGS als Prämisse eingegangen, jedoch wird den Besonderheiten der einzelnen, vor allem der kleineren Standorte, die nicht über eine entsprechende Ausstattung verfügen, Rechnung getragen.

#### **4.2.1 Soziologische Theorie**

Die Soziologische Theorie als Teilgebiet des Faches umfasst zum einen die Allgemeine Soziologie, in der unabhängig von spezifischen Gegenständen, wie sie in den speziellen Soziologien abgehandelt werden, soziologische Konzepte und Modelle erarbeitet werden, und zum anderen die soziologische Gesellschaftstheorie, insbesondere die Theorie der modernen Gesellschaft. Mit beiden Komponenten ist die Soziologische Theorie ein Kernbestand des Faches, der an jedem Soziologie-Standort mit einer Professur vertreten sein sollte. Dabei ist es angesichts des etablierten paradigmatischen Pluralismus des Faches wichtig, dass der betreffende Fachvertreter mit seinen Mitarbeitern und in Kooperation mit den anderen soziologischen Professuren die Breite der Theorieperspektiven in der Lehre und auch als Anregungsreservoir für Forschungen in den vor Ort vertretenen speziellen Soziologien repräsentiert. Insbesondere an kleinen Standorten heißt dies, dass die Theorie-Professur möglichst nicht von einem Fachvertreter besetzt werden sollte, der paradigmatisch hochgradig spezialisiert ausgerichtet ist.

Neuere Entwicklungstendenzen der soziologischen Theorie stellen im Bereich der Allgemeinen Soziologie vor allem verschiedene Bemühungen dar, das sogenannte „Mikro-Makro-Problem“ der wechselseitigen Konstitution von Handeln und sozialen Strukturen auf dem Wege einer teilweisen Konvergenz und Integration verschiedener Paradigmen anzugehen. Dabei erweisen sich insbesondere theoretische Modelle mittlerer Reichweite für soziale Strukturdynamiken – z.B. „Selbstorganisation“, Eigendynamiken, neuer Institutionalismus, soziale Netzwerke, Spieltheorie – als fruchtbar, teilweise auch adaptiert aus den Politik- und Wirtschaftswissenschaften. Damit einher geht eine gewisse Verlagerung der Aufmerksamkeit weg von einer eher philologischen Interpretation des Klassikerfundus des Faches und hin zu stärker gegenstandsorientierten Fragestellungen, was auch eine engere Verknüpfung von Theorie mit Empirie impliziert.

---

<sup>5</sup> Entsprechende Beispiele finden sich an mehreren evaluierten niedersächsischen Hochschulen, wobei dieses Modell insbesondere in Göttingen sehr erfolgreich praktiziert wird.

Ganz ähnlich stellt sich die Lage in der Gesellschaftstheorie dar. Die hier weiterhin das Feld beherrschenden ungleichheits- und differenzierungstheoretischen Ansätze – jeweils in mehreren Spielarten – werden zunehmend für empirisch fundierte gegenwartsdiagnostische und dabei auch den Rahmen von Nationalgesellschaften in Richtung Weltgesellschaft überschreitende Problemstellungen genutzt. Dies bringt allmählich eine größere internationale Vernetzung der soziologischen Theorie mit sich. Das Thema des Selbstverständnisses der Moderne (oder der „multiplen Modernen“) schält sich dabei als Fokus heraus, so wie es die Modernisierungstheorien vor einiger Zeit schon einmal waren.

### **Fazit**

An diesen Erfordernissen und Entwicklungen gemessen zeigen sich an den Soziologie-Standorten in Niedersachsen einige ernste Defizite. In Hannover und in Oldenburg sowie in Osnabrück ist die Theorie-Orientierung zu sehr auf eine für sich genommen als Analyseinstrumentarium zu einseitige und überdies zu stark normativ befrachtete Kritische Theorie bzw. andere inzwischen überholte Theorieansätze fixiert. Eine Verknüpfung mit teilweise eher modischen Varianten von „cultural studies“ bricht diese Enge nicht auf. Die feststellbar kaum vorhandene Rezeption der mit einer solchen Ausrichtung betriebenen Theorie-Forschung im Fach spricht hier Bände.

An den kleineren Standorten besteht ein prinzipielles Problem, theoretische Vielfalt zu verankern. Dies erscheint in Lüneburg im Rahmen der Möglichkeiten noch einigermaßen gut gelöst, während in Braunschweig und in Vechta Allgemeine Soziologie ebenso wie Gesellschaftstheorie kaum vorzufinden sind. Hier wäre bei künftigen Neubesetzungen auch gegenwärtig anders gewidmeter Professuren darauf zu achten, die Soziologische Theorie stärker zur Geltung zu bringen.

Eine möglichst breite Repräsentation des paradigmatischen Pluralismus muss einer längerfristigen Profilierung auf bestimmte Themenfelder der Allgemeinen Soziologie oder Gesellschaftstheorie nicht entgegenstehen. Göttingen zeigt diesbezüglich bereits gute Ansätze, wenn eine Ausrichtung auf „comparative political economy“ in Verzahnung mit einschlägigen Forschungen am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) angestrebt wird. Ähnliches wäre bei künftigen Neubesetzungen in Oldenburg und Osnabrück vorzusehen. In Osnabrück böte sich an, künftige gesellschaftstheoretische Akzente in Zusammenarbeit mit der Politikwissenschaft in den Themenfeldern Europaforschung, Migration, Staatsbürgerschaft und „governance“ zu setzen.

## 4.2.2 Methoden der empirischen Sozialforschung

### Quantitative/ Standardisierte Methoden

Die moderne empirische Sozialforschung verfügt heute über ein umfassendes Arsenal von standardisierten Methoden der Datenerhebung und der Datenanalyse.<sup>6</sup> Neue Entwicklungen im Bereich der Datenerhebung beziehen sich etwa auf Online-Erhebungen und Computer unterstützte Interviews (CAPI- und CATI-Interviews), neue Stichprobenverfahren (die veränderten Kommunikationstechniken Rechnung tragen), die Berücksichtigung von sozialem Kontext in Bevölkerungsumfragen (z.B. egozentrierte soziale Netzwerke), die Durchführung großer Panel-Erhebungen und internationaler Vergleichsstudien, die Aufbereitung und Anonymisierung von Mikrodaten der amtlichen Statistik für Forschungszwecke („public use files“) u.a.m. Die sozialwissenschaftliche „Dauerbeobachtung“ und Sozialberichterstattung, die in den OECD-Staaten und anderen Ländern an Bedeutung gewonnen hat, basiert ausschließlich auf standardisierten Erhebungsmethoden (z.B. Haushaltspanel in verschiedenen Ländern, „International Social Survey Program (ISSP)“, „European und World Value Survey“ (EVS/WVS)). Im Bereich der Datenanalyse zählen heute (neben deskriptiven, explorativen und Typen bildenden Verfahren) multivariate Methoden (OLS-Regression, Logit- und Probitschätzung, Mehrebenenanalyse, Ereignisanalyse, Schätzverfahren für selektive Stichproben etc.) zum Repertoire einer an internationalen Standards orientierten Sozialforschung. Angesichts der fortschreitenden Ausdifferenzierung im Bereich der standardisierten Erhebungsmethoden und der Techniken der Datenanalyse gibt es auch nicht „die Expertin“ oder „den Experten“ für quantitative Methoden, sondern eine entsprechend große Zahl von Spezialisierungen.

Die Methoden der empirischen Sozialforschung zählen zum Kernbereich der Soziologie. Sie stellen eine Klammer zwischen verschiedenen Teildisziplinen und „Bindestrich-Soziologien“ dar und spielen zudem eine wichtige Rolle in Nachbardisziplinen wie Politikwissenschaft und empirischer Wirtschaftsforschung. Ein Blick in international führende Fachzeitschriften zeigt: Die typische soziologische Studie ist empirisch-analytisch, d.h., sie geht von einer theoretisch inspirierten Fragestellung oder Hypothese aus und untersucht diese mit kontrollierten empirischen Methoden. Namentlich in der Soziologie werden empirische Methoden erforscht und weiterentwickelt. In Deutschland wird die Methodenforschung, Anwendung und Beratung von einer öffentlich fi-

---

<sup>6</sup> „Quantitative“ Methoden ist ein missverständlicher Begriff. Z.B. beziehen sich „quantitative“ Methoden auch auf „qualitative“ Variablen und Relationen, etwa in der Netzwerkanalyse. Außerdem handelt es sich um ein breites Spektrum z.T. sehr unterschiedlicher Verfahren. Was die Methoden dagegen gemeinsam haben, ist Standardisierung und damit intersubjektive Kontrollierbarkeit. Wir sprechen daher von „standardisierten“ statt von „quantitativen“ Methoden.

nanzierter Infrastruktur unterstützt, den drei WGL-Instituten der „Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS)“. In der Lehre der Soziologie und z.T. auch in den sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen haben die Methoden der empirischen Sozialforschung einen festen Platz im akademischen Curriculum. Dieses umfasst in der Regel die geprüften Pflichtveranstaltungen: „Einführung in die Forschungslogik“, eine „Einführung in die Methoden der Sozialforschung“, Statistik-Vorlesungen (Statistik I und II), Übungen zur Anwendung von Statistik-Software, ein „Empirisches Forschungspraktikum“ und ein Methoden-Seminar. Darüber hinaus werden weitere Veranstaltungen zur Vertiefung und Spezialisierung angeboten. Absolventenstudien zeigen, dass der Erwerb von Methodenkompetenzen die beruflichen Chancen wesentlich erhöht.

Aus diesen Gründen zählt – wie auch der Wissenschaftsrat festhält – ein Lehrstuhl mit dem Gebiet „Methoden der Sozialforschung“ zur Standardausstattung eines Soziologie-Instituts an einer deutschen Universität.

## **Fazit**

In Niedersachsen wird diese Anforderung von den meisten Instituten nicht erfüllt. Einzig in Göttingen wurde mit dem Methodenzentrum, das aus zwei Professuren plus wissenschaftlichen Mitarbeitern besteht, eine Einrichtung geschaffen, die sich speziell der Forschung, Beratung und Lehre auf dem Gebiet der Methoden der empirischen Sozialforschung widmet. Insgesamt ist die Forschungseinheit überdurchschnittlich durch einschlägige Publikationen zu den Methoden der Sozialforschung ausgewiesen. Alle anderen Institute weisen im Methodenbereich eindeutig Defizite auf. Bei den vier weiteren Instituten mit einem Hauptfach wird das Gebiet in Oldenburg und Osnabrück zwar nominell von einer Professur (neben anderen Spezialgebieten) vertreten, ein wesentlicher Forschungsoutput im Bereich der Methoden ist allerdings nicht erkennbar. In Hannover und Braunschweig tritt das Gebiet nicht einmal in der Liste der Stellenbezeichnungen bzw. Forschungsaktivitäten auf. Methoden der Sozialforschung lassen sich nicht bei einer Landesuniversität zentralisieren. Man muss vor Ort, insbesondere bei den Hauptfach-Instituten, das Gebiet durch mindestens eine Professur verankern. Deswegen sollte die Einrichtung eines speziellen Methoden-Lehrstuhls bzw. einer Methoden-Professur an den Instituten in Hannover, Oldenburg, Osnabrück und Braunschweig erste Priorität haben. Ausschreibungen sollten nicht „Methoden der empirischen Sozialforschung“ mit einem konkret benannten, weiteren Spezialgebiet kombinieren, weil hierdurch der Kreis der Bewerberinnen und Bewerber nur unnötig eingeschränkt wird.

An den kleinen Instituten in Lüneburg und Vechta ist das Gebiet nicht vertreten. Auch hier wäre zu empfehlen, dass bei Neubesetzungen Methodenkompetenzen stärker akzentuiert werden. Für kleine Institute könnten die Deutschschweizer Universitäten Basel und Bern Anregungen liefern. Diese Institute sind mit je zwei Lehrstühlen ausgestattet, wobei für beide Professuren Methodenkompetenzen erwartet werden (Basel) oder eine von zwei Professuren mit der Priorität „Methoden der Sozialforschung“ denominiert wurde (Bern) (vgl. auch die Kapitel 4.1 und 4.2).

### **Qualitative Methoden**

Qualitative Methoden kommen im Bereich der Soziologie an allen niedersächsischen Hochschulen in der Forschung zur Anwendung. Das Spektrum der Anwendungsgebiete ist ausgesprochen breit und umfasst ein ebenso breites Spektrum angewandter Methoden. Dazu gehören unter anderem:

- Bildanalysen, etwa im Rahmen einer kultursoziologisch orientierten Medienforschung oder der Erforschung kollektiver Mentalitäten, des kollektiven Gedächtnisses und der politischen Ikonographie totalitär verfasster Gesellschaften;
- Interaktions- und Diskursanalysen, etwa im Bereich einer kultursoziologisch und „körpersoziologisch“ orientierten Forschung zur Biotechnologie oder einer an unterschiedlichen Modellen des Geschlechterverhältnisses und geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung interessierten Milieuforschung;
- Narrationsanalysen im Bereich der soziologischen Biographieforschung, z.B. bezogen auf Migrationsbiographien; mit familienbiographischem Bezug im Kontext der Erforschung von Wirkungen des Nationalsozialismus; oder in Bezug auf die Berufsbiographien von Lehrern in der bildungssoziologischen Forschung;
- Inhaltsanalysen auf der Basis von Experteninterviews im Rahmen industrie- und arbeitssoziologischer sowie organisationssoziologischer Forschung.

Allerdings bleibt es in den meisten Fällen bei einer Anwendung qualitativer Verfahren, nur selten entstehen daraus explizit methodologisch ausgerichtete Arbeiten. Auch kommt es nur in wenigen Fällen innerhalb desselben Instituts zum Austausch über Methoden, wenngleich zum Teil ähnliche methodische Zugänge zur Anwendung gebracht werden. Darüber hinaus fehlt weitgehend eine Zusammenarbeit zwischen Repräsentanten des „quantitativen“ und des „qualitativen“ Paradigmas.

## Fazit

Vor diesem Hintergrund ist im Vergleich aller Standorte die Situation an der Universität Göttingen besonders hervorzuheben. Es handelt sich hier um die einzige Hochschule, die über eine für qualitative Methoden gesondert ausgewiesene Professur verfügt, die – gemeinsam mit einer Professur für quantitative Methoden – an einem Methodenzentrum angesiedelt ist und damit interdisziplinäre Zuständigkeit hat. Da dieses Zentrum erst seit relativ kurzer Zeit existiert, kann über den Erfolg bisher noch kein Urteil abgegeben werden. Es ist jedoch als Modell in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert, da in der (als Absicht von beiden Seiten bekundeten) Zusammenarbeit der beiden Professuren die Chance besteht, unterschiedliche methodische Zugänge konstruktiv zu verbinden und somit zu einer integrierten Methodenentwicklung beizutragen. Durch eine solche Konstruktion und wechselseitigen Bezug der Professuren wird auch in der Lehre eine integrierte Methodenausbildung möglich, wie sie von der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vor einiger Zeit explizit empfohlen wurde (vgl. Kap. 4.2).

An anderen Hochschulen, die zum Teil über keinerlei Professuren für Methoden der empirischen Sozialforschung verfügen, wurde dieses Fehlen mehrfach negativ angemerkt. Dabei wurde wiederholt nicht nur ein Bedarf an quantitativen, sondern explizit auch an qualitativen Methoden angemeldet bzw. auf die Notwendigkeit der Integration unterschiedlicher methodischer Zugänge hingewiesen, für die es im Rahmen bestimmter soziologischer Schulen durchaus (heute oft wenig erinnerte) historische Vorläufer gibt.

### 4.2.3 Sozialstruktur/ Makrosoziologie

Unter „Sozialstruktur“ wird „die Gesamtheit der relativ dauerhaften Grundlagen und Wirkungszusammenhänge sozialer Beziehungen und der sozialen Gebilde (Gruppen, Institutionen und Organisationen) in einer Gesellschaft“ verstanden (B. Schäfers). Im Unterschied zu „sozialen Strukturen“ bezieht sich der Begriff „Sozialstruktur“ stets auf Zusammenhänge, die alle Gesellschaftsmitglieder betreffen. Die Sozialstrukturanalyse befasst sich vor allem mit der Entwicklung industrieller und postindustrieller Gesellschaften. Im Vordergrund stehen hierbei die Bevölkerungsentwicklung, der soziale Wandel von Lebensformen (Familien, Alleinerziehende etc.), die Veränderung von Bildungsstrukturen, von Strukturen der Erwerbstätigkeit, von sozialen Ungleichheiten, von Lebensstilen und von Mechanismen der sozialen Sicherung. Der Begriff „Makrosoziologie“ fasst die Sozialstrukturanalyse mit ihren gesellschaftstheoretischen Grundlagen (z.B. Modernisierungstheorien) zusammen.

Die Sozialstrukturanalyse gilt – neben soziologischer Theorie und Methodenlehre – als dritte Säule jeder soziologischen Grundausbildung. Die einschlägigen Empfehlungen sehen an jedem

Universitätsstandort mit einem grundständigen Soziologiestudium wenigstens eine Professur zur Sozialstrukturanalyse als Mindestausstattung vor (vgl. Kap 4.2). Im Hauptstudium findet das Studium der Sozialstrukturanalyse seine Fortsetzung in speziellen Soziologien wie Bevölkerungssoziologie, Familiensoziologie, Bildungssoziologie, Arbeits- und Berufssoziologie, Ungleichheitssoziologie, Soziologie der Sozialpolitik oder in bestimmten soziologischen Analysen der Massenkultur.

An den Universitäten des Landes Niedersachsen wird die Lehre und die Erforschung der Sozialstruktur in höchst unterschiedlichem Maße betrieben. Explizite, umfassende und als innovativ anerkannte Sozialstrukturforschung findet sich vor allem an der Universität Hannover. Dort wird sie aber nicht, wie zu erwarten, von Soziologen, sondern von Politikwissenschaftlern betrieben, was sich naturgemäß in einer besonderen Betonung von politischen Einstellungen und Konfliktfronten äußert. An den Universitäten Göttingen und Oldenburg firmieren große Teile der dortigen Forschung zwar nicht als Sozialstrukturanalyse, jedoch reichen die in Göttingen besonders intensiv betriebene arbeits- und industriesoziologische sowie sozialpolitische und Biographie-Forschung und die in Oldenburg betonte familiensoziologische, soziale Probleme- und Stadtforschung immer wieder in das Gebiet der Sozialstruktur hinein. Für die Universität Lüneburg gilt das nur in sehr eingeschränktem Maße. Zwar ist die dort gepflegte Familien-, Ungleichheits- und Individualisierungssoziologie im Prinzip durchaus sozialstrukturell relevant, deren Ausrichtung macht sie jedoch eher anschlussfähig an die „cultural studies“ als an die heute dominierenden Entwicklungstendenzen der Sozialstrukturanalyse. Auch in Osnabrück bestehen sozialstrukturell relevante Denominationen, aber gesundheitliche Gründe bzw. eine einseitig herrschaftstheoretische Interpretation des Aufgabengebiets ließen sozialstrukturelle Forschung kaum zu. In Braunschweig und Vechta war im Berichtszeitraum kaum Forschung im Fachteilgebiet zu registrieren; dies war mangels einer adäquaten Stellenausstattung auch nicht zu erwarten.

## **Fazit**

Für die Zukunft sollte sichergestellt werden, dass die Sozialstrukturanalyse wenigstens an den Standorten in Niedersachsen mit grundständigen Soziologiestudiengängen fest verankert ist. In Hannover sollte die Sozialstrukturanalyse auch innerhalb des Faches Soziologie den gebührenden Platz erhalten. An diesem Standort ist also nicht nur eine Methodenlehre, sondern auch eine soziologische Sozialstrukturanalyse im Rahmen eines Gesamtkonzepts aufzubauen. Entsprechend nutzbares Humankapital ist im Bereich der benachbarten Politikwissenschaften vorhanden. In Oldenburg stehen drei reputierte, jeweils sozialstrukturell relevante Professuren zur Wiederbesetzung an. Hier sollte sowohl im Interesse einer fundierten soziologischen Grundaus-

bildung als auch zum Zwecke einer soliden Lehramtsausbildung im Zuge der Wiederbesetzungen – verbunden mit einer grundlegenden Neustrukturierung des Faches – eine Sozialstrukturprofessur geschaffen werden. Sie könnte auf vorhandenen sozialstrukturellen Kompetenzen aufbauen.

#### **4.2.4 Spezielle Soziologien: Industrie-, Arbeits- und Betriebssoziologie**

Der Versuch einer Übersicht über die Forschungsbereiche Industrie-, Arbeits- und Betriebssoziologie an den Hochschulen des Landes Niedersachsen führt sehr rasch heran an eine Besonderheit: Es gibt ein das diesbezügliche Landesszenario eindeutig dominierendes Institut: Das Soziologische Forschungsinstitut (SOFI) an der Georg-August-Universität in Göttingen. Dieses Institut stellt nicht nur die größte und wichtigste Forschungseinrichtung im Bereich der Industrie- und Arbeitssoziologie in Niedersachsen dar, sondern es ist zugleich eines der wenigen Forschungsinstitute, das für den genannten Themenbereich internationale Bedeutung besitzt und seit den 1960er Jahren die sozialwissenschaftliche Forschung in Deutschland sowohl thematisch wie theoretisch und methodisch mitgeprägt hat.

In der sozialwissenschaftlichen Forschung im Bereich von Industrie, Arbeit und Organisation im Lande Niedersachsen ist das SOFI-Institut zugleich „nachhaltige“ Orientierungsgröße und Kooperationspartner. An mehreren niedersächsischen Hochschulen ist, soweit es die Industrie- und Arbeitssoziologie anbetrifft, das SOFI mit involviert. Dies betrifft insbesondere die Standorte Hannover und Braunschweig (siehe hierzu weiter unten).

Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen kann es nicht verwundern, dass das Fach Soziologie an der Georg-August-Universität Göttingen sowohl mit Blick auf die historische Entwicklung von Lehre und Forschung als auch mit Blick auf die gegenwärtige Forschungsstruktur deutlich durch die Präsenz des Soziologischen Forschungsinstituts geprägt wird.

Die enge Verkoppelung von Soziologischem Seminar und Soziologischem Forschungsinstitut (SOFI) kann als ein positives Musterbeispiel der Organisation von Forschung und Lehre im Fach Industrie, Arbeits- und Betriebssoziologie angesehen werden. An keiner anderen Universität ist eine ähnlich stabile und innovationsstarke organisatorische Strukturierung von Forschung und Lehre im Fach gelungen. Dessen ungeachtet hat die Evaluierung auch deutlich Problemzonen aufgezeigt: Die mit den Neubesetzungen von zentral platzierten Hochschullehrerstellen verbundenen Folgefragen sind dringend, gilt es doch die weitgehend konsensuell angestrebte Rekonfiguration des klassischen Faches Industrie- und Arbeitssoziologie hinein in eine moderne, sozialökonomische Strukturentwicklungen und auch sozialpolitische Themen mit aufnehmende Konfiguration im doppelten Sinne des Wortes „vor-sichtig“ zu gestalten. Wenn dies gelingt,

wird die Industrie, Arbeits- und Organisationssoziologie an der Universität Göttingen auch für die absehbare Zukunft diese Universität und das SOFI-Institut als Zentrum der Fachforschung im Lande Niedersachsen ausweisen. Es ist zu erwarten, dass von „Göttingen“ wichtige Impulse zur Weiterentwicklung von Industriosociologie im bundesdeutschen und europäischen Kontext ausgehen werden.

Auch an der Universität Hannover ist das Fachgebiet Arbeits- und Industriosociologie traditionell einer der stark ausgewiesenen Forschungsschwerpunkte, wobei die enge Beziehung mit dem SOFI in Göttingen evident ist. Die jüngeren Kontroversen um die inhaltliche Entwicklung der Soziologie am Standort Hannover haben den Schwerpunkt Industriosociologie indes nicht gefördert. Die industriosociologische Forschung ist in Hannover zwar respektabel über einen Lehrstuhl etabliert, zugleich aber auch relativ isoliert. Allerdings ist es gelungen, in der Region stabile Kooperationsbeziehungen zu Wirtschaftsunternehmen und zu arbeitspolitisch relevanten Institutionen aufzubauen. Es gibt denn auch einen durchaus erkennbaren „Transfereffekt“ der arbeits- und industriosociologischen Forschung am Standort Hannover in das Umfeld hinein.

Die Technische Universität Braunschweig ist ein weiterer Forschungsstandort, an dem der Einfluss des Soziologischen Forschungsinstitutes für die Gestaltung des Faches im Land insgesamt besonders deutlich wird. Trotz der nicht üppigen Stellenausstattung ist es gelungen, die besonderen Chancen der Verortung von Industriosociologie an einer Technischen Universität in ein spezifisches Lehr- und vor allem Forschungsprofil umzusetzen, das sich durch Kooperationen und Transferbeziehungen mit lokalen Industriebetrieben ebenso verdeutlicht wie durch verhältnismäßig gut ausgebaute inneruniversitäre Kontakte zu Techniklehrstühlen und Instituten. Mit einigem Erfolg werden Qualifizierungsarbeiten von Studierenden in die Forschungsprojekte und Forschungsk Kooperationen integriert. Insofern erscheint die industrie- und arbeitspolitische Forschung an der Technischen Universität Braunschweig zum einen strukturell gut „angepasst“ (im positiven Sinne!) an die Gegebenheiten, sie ist jedoch andererseits – sicher auch wegen des bescheidenen Stellenausbaus – wenig präsent im Profil des Faches Industriosociologie auf nationaler oder gar internationaler Ebene.

An der Universität Lüneburg dominiert die Arbeits-, Industrie- und Organisationssoziologie weder historisch noch aktuell die Gestalt des Faches am Standort. Die Hochschule hat in der Soziologie vor allem in den Themen Kultur und Bildung sowie im Bereich Sozialstruktur und Lebensform deutlich zu identifizierende Sachausrichtungen. Daneben ist ein Forschungsbereich „Wirtschaftlicher und Sozialer Wandel“ ausgebildet, der aber thematisch sehr breit verankert ist. Die Industrie- und Arbeitssoziologie ist unter Forschungsgesichtspunkten in Lüneburg schwach repräsentiert. Das Fach Soziologie wird gegenwärtig und voraussichtlich auch in der näheren Zu-

kunft primär durch Arbeiten im Bereich der Kulturosoziologie und der Soziologie der Lebensphasen konturiert.

Wenngleich in der Gründungszeit das Thema „Arbeit“ für die Soziologie an der Reformuniversität Oldenburg größere Bedeutung hatte, so ist heute davon nicht mehr viel erkennbar. Die (zwei) C4-Stellen, die noch am ehesten mit industrie- und arbeitssoziologischen Fragen befasst waren, werden in den nächsten zwei bis drei Jahren frei. Größere, im engeren Sinne arbeits- und industriesoziologische Forschungsprojekte sind seit vielen Jahren nicht mehr durchgeführt worden. Ein die Industriesoziologie als Fach ausweisender Entwicklungsplan liegt nicht vor, es ist daher nicht ersichtlich, wie der künftige Ausbau (auch mit Blick auf die Ersatzinvestitionen) der Soziologie in Oldenburg Arbeits- und Industriesoziologie berücksichtigen könnte.

Die Selbstdarstellung des Faches Soziologie an der Universität Osnabrück weist Industrie- und Arbeitssoziologie – auch mit Verbindung zur Wirtschaftssoziologie – als durchaus starkes „Operationsgebiet“ aus. Kennzeichnend ist freilich, dass die vielgestaltigen Initiativen Abstand haben zu den professionspolitischen und professionskulturellen Auseinandersetzungen um die theoretisch-methodischen und thematischen Fokussierungen von Industriesoziologie als Fachdisziplin. Demgegenüber sind Vernetzungen auch der industrie- und arbeitssoziologischen Aktivitäten im europäischen und internationalen Rahmen sowie mit Institutionen, die sich vor allem der Umwelt-Thematik zuwenden, unübersehbar. Mit Blick auf Industrie- und Organisationssoziologie sollte schließlich am Standort Osnabrück auch noch auf die Aktivitäten in der Politikwissenschaft hingewiesen werden. Das Forschungsprogramm der Professur „International vergleichende Gesellschaftsanalyse mit dem Schwerpunkt Europa“ richtet sich auch an die Arbeits- und Industriesoziologie. Die Industrie-, Arbeits- und Organisationssoziologie ist somit am Standort Osnabrück anschlussfähig vorhanden, wenngleich mit einer stärker normativen Ausrichtung (in der Soziologie).

Die Hochschule Vechta ist die einzige hier im Rahmen der Evaluation betrachtete Einrichtung, an der die spezifische Interessenausrichtung von Hochschulangehörigen und besondere Ressourcen für Forschung im Bereich von Arbeits- und Industriesoziologie gänzlich als „Leerstelle“ zur Kenntnis genommen werden müssen: Allenfalls sind einer Oberassistentenstelle im weiteren Sinne arbeitssoziologische und arbeitspolitische Interessen zuzuschreiben, die Bearbeitung historischer Themen der „Industrialisierung“ kann im weitesten Feld von Industriesoziologie verortet werden. Dokumentierte Forschungsprojekte und die Beteiligung an Forschungsverbänden etc. gibt es nicht; die industrie-, arbeits- und organisationssoziologische Forschung ist, zusammenfassend betrachtet, am Standort Vechta nicht präsent.

---

**Fazit**

Arbeits-, organisations- und industriesoziologische Forschungen werden nur an einer Universität in Niedersachsen, der Universität Göttingen, in einem Umfang und auf einem Leistungsniveau betrieben, die den Anschluss an das internationale Feld ermöglichen. Gute Chancen hätte auch die Universität Osnabrück, in enger Verbindung von soziologischer und politikwissenschaftlicher Forschung in diesem Gebiet ihre Sichtbarkeit – durchaus innerhalb des Schwerpunkts Europafor-schung – zu erhöhen. In Braunschweig und Hannover bleibt der Bereich trotz der respektablen Forschungsleistungen der einzelnen Lehrstühle „unterkritisch“. Gleichwohl bestehen hier Mög-lichkeiten, industrie- und arbeitssoziologische Fragen im Rahmen der jeweiligen Profile zu stellen und innovativ zu bearbeiten; in Braunschweig ist das Profil durch die technische Ausrichtung bestimmt, in Hannover könnte mit diesem Zweig der Soziologie der interdisziplinäre Schwer-punkt „Empirische Organisations- und Politikforschung“ ein Stück weit mit Leben gefüllt wer-den. An den Standorten Lüneburg und Vechta hingegen wird die Soziologie voraussichtlich in anderer Ausrichtung (eher kultursoziologisch in Lüneburg) bzw. in anderer Funktion (ausschließ-lich als Wahlpflichtfach für die Lehrerbildung, gleichwohl forschungsbezogen mit familien- und bildungssoziologischer Orientierung) eine Rolle zu übernehmen haben. An der Universität Ol-denburg ist derzeit keine Perspektive für das Fachteilgebiet ersichtlich.



## 5 Übergreifende Empfehlungen

### Allgemein

- ☞ Die Gutachterinnen und Gutachter haben an den besuchten Standorten ein differenziertes Leistungsspektrum in der Forschung vorgefunden. Den zum Teil eher geringen Forschungsleistungen stehen gute, an mancher Stelle sehr gute Forschungsleistungen gegenüber, die sich stets auf ein besonderes Engagement und die hohe Leistungsbereitschaft einzelner Forscherinnen und Forscher sowie des wissenschaftlichen Nachwuchses gründen. Zugleich hat die Evaluation jedoch verdeutlicht, dass die strukturellen Gegebenheiten, unter denen an den niedersächsischen Hochschulen in den betrachteten Fächern geforscht wird, suboptimal und an mancher Stelle dringend verbesserungsbedürftig sind, wenn die Standorte in der Politikwissenschaft und in der Soziologie sichtbar an den nationalen wie internationalen Forschungsfronten der Disziplinen beteiligt sein wollen.

### Identität der Fächer

- ☞ Ein wesentliches Problem besteht in der Fächergliederung und der Fächerdefinition an den Hochschulen. Die Identität der Fächer Politikwissenschaft und Soziologie wird (in der Nebenfachausbildung) erst durch das Vorhandensein von mindestens zwei Professuren gewährleistet, die zentrale Fachteilgebiete bearbeiten, sich hierbei gegenseitig ergänzen und so die Breite der Fächer abbilden. Dies könnten in der Soziologie z.B. eine Professur für Theorie und eine Professur für Gegenwartsanalysen auf bestimmten wichtigen Sachgebieten sein, ebenfalls denkbar wäre eine Professur mit quantitativer, empirisch-analytischer und eine weitere mit qualitativer, hermeneutischer Forschungsausrichtung. In der Politikwissenschaft könnten neben einer Theorie-Professur z.B. die Politikfeldanalyse, die Innenpolitik oder die Vergleichende Analyse politischer Systeme berücksichtigt werden. Ist diese Voraussetzung der gegenseitigen Ergänzung auf zentralen Gebieten der Fächer nicht gegeben, oder sind ausschließlich Stellen vorhanden, deren hochspezialisierte Denominationen den Kern nicht abdecken, ist das Fach am Standort nicht hinreichend präsent, um der theoretischen, methodischen und sachlichen Entwicklung zu folgen und bedeutsame Forschungsbeiträge liefern zu können. Soll darüber hinaus eine Hauptfachausbildung stattfinden, müssen der Kanon des Faches erkennbar, die Fachteilgebiete über Professuren abgedeckt sein (vgl. die Ausführungen in Kap. 2 sowie in Kap. 4.1. und 4.2).

- ☞ Im Bereich der Methoden sind an nahezu allen Standorten deutliche Defizite zutage getreten. Einzig in Göttingen wurde mit dem Methodenzentrum eine Einrichtung geschaffen, die sich speziell der Forschung, Beratung und Lehre auf dem Gebiet der Methoden der empirischen Sozialforschung widmet. Das Problem stellt sich für die Soziologie, aber auch explizit für die Politikwissenschaft, die ihre Methoden im Wesentlichen nicht eigenständig entwickelt hat, sondern von der Philosophie, der Geschichtswissenschaft, der Volkswirtschaftslehre und vor allem von der Soziologie das Arsenal der Methoden und Techniken der empirischen Sozialforschung entlehnt; Anteile eigenständiger politikwissenschaftlicher Methodenentwicklung sind in erster Linie bei inhaltsanalytischen Verfahren zu benennen.
- ☞ Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass in der Politikwissenschaft den Methoden (auch) an den niedersächsischen Universitäten kein einziger Lehrstuhl gewidmet ist. Man muss die mangelnde Bearbeitung der epistemologischen und ontologischen Voraussetzungen der Politikwissenschaft zunächst einmal konstatieren und zugleich feststellen, dass die Politikwissenschaft vor allem „Kostgänger“ der genannten Nachbardisziplinen ist, wenn es um die Entwicklung und Auswahl der statistischen Verfahren zur empirischen Überprüfung ihrer Hypothesen geht. Dies eröffnet der Politikwissenschaft prinzipiell eine Innovationschance, die in der Einrichtung von Lehrstühlen zur politikwissenschaftlichen Methodenentwicklung bestünde. Weil die politikwissenschaftliche Forschung aber bereits hier und jetzt auf Einrichtungen angewiesen ist, die erkenntnistheoretische Grundlagen und empirisch-analytische Verfahren vermitteln und weiterentwickeln können, sollte auf die Kooperation mit den Nachbardisziplinen, insbesondere mit der Soziologie und der Ökonomie, hingewirkt werden. Das an der Universität Göttingen eingerichtete Methodenzentrum könnte dafür Modellcharakter gewinnen. Eine gewisse Entlastung bietet auch die mögliche Inanspruchnahme der Institute der Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Infrastruktureinrichtungen (GESIS).

### **Personalstruktur und Stellenbesetzungen**

- ☞ Die Personalstruktur an den Standorten weist häufig „Verkrustungen“ auf, die durch den Wegfall oder aber durch die unbefristete Besetzung von Stellen des wissenschaftlichen Nachwuchses (etwa apl. C2-Professuren) bedingt sind. Infolgedessen haben manche Lehrstühle keine oder fast keine Ausstattung, so dass insbesondere empirische Forschungsvorhaben einzig über Drittmittel realisierbar werden. Die Gutachterinnen und Gutachter empfehlen, ein angemessenes Verhältnis von Professuren und Mitarbeiterstellen anzustreben und keine Professur zu besetzen, für die nicht eine hinreichende Grundausrüstung zur Verfü-

gung gestellt werden kann. Im Einzelfall sollte geprüft werden, ob nicht auch Professorenstellen zu diesem Zweck umgewandelt werden können, falls keine andere Möglichkeit besteht.

- ☞ Im Zuge des Generationenwechsels sollte bei der Nachfolgeregelung von Professorenstellen verstärkt an die Möglichkeit der Einrichtung von (befristeten) Juniorprofessuren oder den Ausbau von (befristeten) Stellen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses gedacht werden.
- ☞ In besonderen Fällen, etwa bei der Besetzung von Eckprofessuren mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Disziplinen, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die einzelne Professur überdurchschnittlich auszustatten. Dabei sollte dem Hang zu einer engen, gegenstandsorientierten Fächerdefinition widerstanden werden. Statt dessen erscheint es sinnvoll – in Orientierung an den klassischen Denominationsstrukturen der Disziplinen (vgl. Kap 4.1 und 4.2) – Bewerberinnen und Bewerber mit breiter Gegenstandsorientierung, aber theoretisch und methodisch reflektierten sowie international ausgerichteten Forschungsinteressen (aktiv) zu rekrutieren. Spezialisierungen sind gleichwohl möglich und wünschenswert, sie sollten aber durch die Personen und nicht schon vorab durch die Denominationen definiert werden, die den Bewerberkreis mit vielfachen Zusätzen nur unnötig einschränken.
- ☞ Bei der Besetzung von Stellen erscheint es generell angeraten, externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Berufungskommissionen einzubeziehen. An den Standorten, an denen eine grundlegende Neustrukturierung bevorsteht, sollte dieses Instrument in jedem Falle zur Qualitätssicherung genutzt werden. Darüber hinaus kann es sinnvoll sein, die Phase der Konzeption und Zukunftsplanung extern moderieren zu lassen, etwa durch eine Strukturkommission unter Federführung nicht-niedersächsischer Fachkolleginnen und -kollegen (vgl. die Ausführungen zu den einzelnen Standorten).

### **Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses**

- ☞ Oftmals werden an den Hochschulen die Restriktionen hervorgehoben, die Universitäten gegenüber den außeruniversitären Forschungseinrichtungen benachteiligen, so z.B. die Belastungen durch die Lehre. Auch wenn das Argument (vor allem) unter zeitlichen Gesichtspunkten nicht von der Hand zu weisen ist, so kann die enorme „Talentschar“ an den Hochschulen zugleich ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil sein. Um diesen Vorteil nutzen zu können, sollten die Fächer beim wissenschaftlichen Nachwuchs auf die innere Konsistenz von Promotionsprogrammen achten. Dies ist auf einer übergreifenden Ebene durch themen-

gebundene Graduiertenprogramme und andere Maßnahmen der institutionalisierten Nachwuchsförderung zu erreichen, an den einzelnen Lehrstühlen jedoch nur dann möglich, wenn die Lehrstuhlinhaber selbst ein konzises Forschungsprogramm verfolgen, dessen Einzelthemen hinreichend innovativ und klar abgrenzbar sind, so dass es beim wissenschaftlichen Nachwuchs regen Anklang finden und in der Community darüber zunehmend sichtbar werden kann.

- ☞ Mit den jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern sollten eindeutige Absprachen zu den Rechten und Pflichten getroffen werden, die mit einer Promotion oder Habilitation für die betreuende und für die betreute Seite verbunden sind. In Anlehnung an ein neues hochschulpolitisches Steuerungsinstrument könnten diese Absprachen als „Ziel- und Leistungsvereinbarungen“ vertraglichen Charakter annehmen (vgl. auch die Ausführungen zu den Juniorprofessuren weiter oben).
- ☞ Der wissenschaftliche Nachwuchs sollte von den verantwortlichen Betreuern dazu angehalten werden, nationale und internationale Tagungen zu besuchen und dort Beiträge vorzustellen; die Lehrstuhlinhaber sollten sich um entsprechende Reisemittel bemühen.
- ☞ Auf Ebene des Fachbereichs oder der Fakultät ist dafür Sorge zu tragen, dass der Lehrkörper Kolloquien anbietet – und an diesen teilnimmt –, in denen die Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler ihre Arbeiten vorstellen und diskutieren können.

### **Konzeption und Profilbildung**

- ☞ Die Begutachtung hat verdeutlicht, dass wesentliche Fachteilgebiete in der Politikwissenschaft und der Soziologie in Niedersachsen nicht angemessen repräsentiert sind und die Hochschulen den zentralen Diskussionen auf nationaler und internationaler Ebene in Teilen nicht zu folgen vermögen (vgl. Kap. 4). Dies gilt nicht nur für bedeutsame Spezialgebiete, sondern auch für Kernbereiche der Fächer wie Politische oder Soziologische Theorie, die Methodenforschung, aber auch für Internationale Beziehungen oder die Sozialstrukturanalyse. Diese Situation ist in einigen Fällen auf eine im jeweiligen Fach randständige theoretische oder methodische Orientierung (z.B. Soziologische Theorie in Hannover, aber auch in Oldenburg und Osnabrück) oder auf das Auseinanderfallen von Denomination und tatsächlichem Forschungsgebiet (z.B. Politische Theorie in Oldenburg, Vergleichende Regierungslehre in Göttingen) zurückzuführen, in der Regel jedoch eher Anzeichen für ein Strukturproblem. Die Ressourcenausstattung liegt nicht selten unterhalb einer Grenze, die das Bilden „kritischer Massen“ für Forschungszusammenhänge erst ermöglicht. Allerdings ist dabei zu berücksich-

tigen, dass einige Standorte mit der vorhandenen Ausstattung vergleichsweise viel erreicht haben (z.B. Osnabrück und Lüneburg), während an anderen Standorten zum Teil eine geringere Effizienz zu verzeichnen ist.

- ☞ Geht man davon aus, dass die Ressourcen in den Fächern nicht für jede Spezialität ausreichen, sei deren Bearbeitung unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten auch wünschenswert, so ist man unmittelbar mit Fragen der Profilbildung konfrontiert. Das Evaluationsverfahren hat an den Standorten Schwächen, zugleich aber auch Stärken identifiziert, von denen manche den Ausgangspunkt für ein besonderes Standortprofil markieren können. Die Hochschulen sind aufgefordert, diese Besonderheiten zu unterstützen, sie bei Berufungen weiter auszubauen und als „Alleinstellungsmerkmal“ gegenüber anderen Universitäten herauszustellen (vgl. die „Perspektiven und Empfehlungen“ zu den einzelnen Hochschulen).
- ☞ So profitieren z.B. die Sozialwissenschaften in Braunschweig schon jetzt von Kooperationen mit den technischen Disziplinen, die mittelfristig in Verschränkung mit den Medienwissenschaften noch weiter ausbaufähig sind, Göttingen könnte sein sozialwissenschaftliches Profil zukünftig im Bereich „comparative political economy“ definieren und ergänzend die Vielfalt der Fächer vor Ort besser nutzen, um neue Gegenstandsbereiche über Kooperationen zu erschließen (u.a. Forst- und Agrarpolitik). In Hannover böte es sich hingegen an, einen interdisziplinären Schwerpunkt „Empirische Organisations- und Politikforschung“ aufzubauen, der von den leistungsfähigen Bereichen der Politikwissenschaft und der Genderforschung ausgeht, aber auch eine veränderte und konsolidierte Sozialpsychologie und Soziologie einbezieht. In Osnabrück wiederum liegt die Stärke in der Europaforschung, die auch für eine konzeptuelle Neustrukturierung der Soziologie Anknüpfungspunkte bietet.
- ☞ Diese Beispiele verdeutlichen zugleich, dass an anderen Standorten die Frage des Profils schwerer zu beantworten ist. In Lüneburg wird derzeit - mit beachtlichen Leistungen der Wissenschaftler vor Ort - die vergleichende Demokratieforschung ausgebaut. Dies ist zukunftssträftig, allerdings muss anhand der thematischen Orientierung gesichert werden, dass sich das neue Institut nicht einer allgemein europa-politischen Fragestellung unterordnet und nicht zur starken Europaforschung in Osnabrück oder zu überregionalen Instituten für Osteuropaforschung, z.B. an der FU Berlin, in Konkurrenz tritt (vgl. die „Perspektiven“ in Kap. 3.4 sowie das „Fazit“ in Kap. 4.1.4). In Oldenburg haben es die Fächer versäumt, die in der Vergangenheit zum Teil hoch respektablen Forschungsrichtungen aufzunehmen und in ihre Zukunftsplanungen zu integrieren. Hier müssen zunächst tragfähige Konzepte entwickelt und die Identität der Fächer wieder hergestellt werden, bevor Schwerpunktsetzungen vorgenommen werden können. An der Hochschule Vechta schließlich ist weder ein geeigne-

tes Forschungsumfeld, noch sind Ansätze eines innovativen Forschungsprofils für die evaluierten Fächer vorhanden.

- ☞ Betrachtet man die Organisation der politikwissenschaftlichen und soziologischen Forschung an erfolgreichen internationalen Einrichtungen, so stellt man fest, dass auf Fakultätsebene („Department“) über Forschungsprogramme verbindliche Orientierungsmaßstäbe geschaffen wurden – mit allen Freiheitsgraden für die individuelle Entwicklung, die selbstverständlich sind. Dies ist begrüßenswert und sollte auch in den (größeren) niedersächsischen Einrichtungen in Anlehnung an die beschriebene Profilbildung als Ziel verfolgt werden.

### **Anreizsysteme**

- ☞ Sowohl auf der Ebene des Landes als auch auf der Ebene der einzelnen Hochschulen sollte über geeignete Möglichkeiten nachgedacht werden, Leistungsanreize zu setzen. Diese Überlegungen dürfen sich nicht in der leistungsbezogenen Professorenbesoldung erschöpfen (die aktuell für Niedersachsen bei der Berufung von Wissenschaftlern vermutlich eher einen Wettbewerbsnachteil bedeutet), sondern breiter ansetzen, zum Beispiel bei befristet zu vergebenden Mitarbeiterstellen, die fachbezogen in einem Pool beim Land gesammelt und (zusätzlich zur Berufungsausstattung) vergeben werden könnten. Darüber hinaus ist eine Vielzahl weiterer Maßnahmen denkbar, die letztlich jedoch nur auf der Basis einer angemessenen Grundausrüstung Effekte zeitigen und sich in herausragenden Forschungsleistungen und internationaler Sichtbarkeit niederschlagen werden.
- ☞ Die Disziplinen selbst sollten ihre Anstrengungen in der Akquisition von Drittmitteln verstärken, die heute angesichts der Haushaltssituation in den Ländern auch für geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer als selbstverständlicher Teil ihrer Finanzierung begriffen werden muss. Dabei sollte auf ein ausgewogenes Verhältnis von auftragsgebundener Forschung und Grundlagenforschung geachtet werden. Mittel für die Grundlagenforschung, die kompetitiv – als Ergebnis positiver Begutachtung (DFG etc.) – eingeworben werden, sind zumindest (ein) Hinweis auf die wissenschaftliche Qualität eines Vorhabens. Die Einwerbung größerer Forschungsprojekte könnte zudem mit einer Reduzierung von Lehrverpflichtungen belohnt werden. Mehr Zeit für Forschung kann ein wesentlich stärkerer Anreiz sein als monetäre Vergünstigungen.

---

## 6 Tabellen

Die folgenden Tabellen spiegeln statistisch die Rahmenbedingungen der universitären politikwissenschaftlichen und soziologischen Einrichtungen zum Zeitpunkt der Berichtslegung (Selbstberichte der Fächer) wider.

Allerdings weisen die in den Selbstberichten der Hochschulen zur Verfügung gestellten Angaben trotz einheitlicher Abfrageraster unterschiedliche Differenzierungsgrade und Ausprägungen auf. Außerdem gibt es deutliche strukturelle Unterschiede in Ausbildung (Studienabschlüsse), Organisationsform (Seminar, Institut, Fakultät, Fachbereich) und Ausstattung der beteiligten Institutionen, denen nicht in allen Einzelheiten Rechnung getragen werden kann. Auch bei den Studierendenzahlen und den Angaben zu den Absolventinnen und Absolventen der unterschiedlich aufgestellten Studiengänge ist die Vergleichbarkeit der Daten eingeschränkt.

Insgesamt kann deshalb nicht der Grad an Vergleichbarkeit erreicht werden, den ein standardisiertes Abfragemuster intendiert. Gleichwohl sind die Tabellen geeignet, Tendenzen und Entwicklungen zu illustrieren, die für die Situation der politikwissenschaftlichen und soziologischen Forschung an den niedersächsischen Hochschulen bedeutsam sind.

Tab. 1: Hochschulen in Niedersachsen im Überblick.....	73
--	----

### **Politikwissenschaft**

Tab. 2: Wissenschaftliches Personal (Stellen insgesamt).....	74
Tab. 3: Wissenschaftliches Personal.....	75
Tab. 4: Stellen aus Haushaltsmitteln (Wissenschaftliches Personal).....	76
Tab. 5: Hochschullehrer- und Nachwuchsstellen (insgesamt).....	77
Tab. 6: Anzahl nicht besetzter Professuren zum Zeitpunkt der Berichtslegung .....	78
Tab. 7: Frei werdende Professuren C4 / C3 nach Standort (2003-2010).....	79
Tab. 8: Grundausrüstung (Mittel für Lehre) und zusätzliche Mittel aus zentralen Fonds.....	80
Tab. 9: „Drittmittel“ <sup>1</sup> und Professuren nach Standort (Berichtszeitraum 1996 - 2001).....	81
Tab. 10: Studierende im Wintersemester 2001 / 2002 .....	82
Tab. 10b: Absolventen (1998 - 2001) .....	83
Tab. 11: Promotionen und Habilitationen (1997 - 2001).....	84
Tab. 12: Buchbestand der Bibliotheken in der Politikwissenschaft (1998 - 2001).....	85
Tab. 13: Ausgaben der Bibliotheken in der Politikwissenschaft (1998 - 2001) .....	86
Tab. 14: Politische Wissenschaft: Zeitschriften der Bibliotheken (1998 - 2001).....	87

### **Soziologie**

Tab. 15: Wissenschaftliches Personal (Stellen insgesamt).....	88
Tab. 16: Wissenschaftliches Personal.....	89
Tab. 17: Stellen aus Haushaltsmitteln (Wissenschaftliches Personal).....	90
Tab. 18: Hochschullehrer- und Nachwuchsstellen (insgesamt).....	91
Tab. 19: Anzahl nicht besetzter Professuren zum Zeitpunkt der Berichtslegung .....	92
Tab. 20: Frei werdende Professuren C4 / C3 nach Standort (2003 - 2010).....	93
Tab. 21: Grundausrüstung (Mittel für Lehre) und zusätzliche Mittel aus zentralen Fonds.....	94
Tab. 22: „Drittmittel“ <sup>1</sup> und Professuren nach Standort (Berichtszeitraum 1996 - 2001).....	95
Tab. 23: Studierende im Wintersemester 2001 / 2002 .....	96
Tab. 23b: Absolventen (1998-2001) .....	97
Tab. 24: Promotionen und Habilitationen (1997 - 2001).....	98
Tab. 25: Buchbestand der Bibliotheken in der Soziologie (1998 - 2001).....	99
Tab. 26: Ausgaben der Bibliotheken in der Soziologie (1998 - 2001) .....	100
Tab. 27: Soziologie: Zeitschriften der Bibliotheken (1998 - 2001).....	101

**Tab. 1: Hochschulen in Niedersachsen im Überblick**

	Hochschulen insgesamt						
	Stud. <sup>1</sup>	WP <sup>2</sup>	davon C4 / C3	NWP <sup>3</sup>	Gesamt- etat <sup>4</sup>	Landes- zuschuss	Dritt- mittel
TU Braunschweig	14.164	2.072	118	1.458	194,6	159,6	35,0
TU Clausthal	2.761	441	74	599	75,8	58,8	16,0
Uni Göttingen <sup>5</sup>	19.076	2.144	182	2.618	273,7	223,5	32,9
Uni Hannover	26.196	2.785	229	1.910	263,4	208,5	53,4
Uni Hildesheim	3.752	470	31	183	25,5	23,4	0,5
Uni Lüneburg	6.885	866	43	213	30,5	27,9	2,2
Uni Oldenburg	11.473	1.048	108	823	99,2	86,8	11,1
Uni Osnabrück	10.569	1.554	100	755	81,8	75,7	6,1
HS Vechta	1.921	253	35	121	17,5	16,8	0,6
Summe	96.797	11.633	920	8.680	1.062	881	157,8

Quelle: Ministerium für Wissenschaft und Kultur, Ref. 21

- 1) Studierende insgesamt im WS 2001/02; Quelle: Kleine Hochschulstatistik.
- 2) Wissenschaftliches Personal inkl. nebenberuflich Beschäftigte (Personen) zum 01.12.2000; Quelle: Amtliche Statistik.
- 3) Nichtwissenschaftliches Personal inkl. Teilzeitbeschäftigte (Personen) zum 01.12.2000; Quelle: Amtliche Statistik.
- 4) Sollzahlen für 2002; Quelle: Ministerium f. Wissenschaft u. Kultur - Leistungsbilanz der nds. Hochschulen (Stand: 01.08.2001). Angaben in Mio. € (gerundet). Nicht mit aufgeführt sind zusätzliche Mittel aus zentralen Fonds (HBFG, LÜP, VW-Vorab u.ä.).
- 5) Uni Göttingen ohne Medizin.

## Politikwissenschaft

**Tab. 2:           Wissenschaftliches Personal (Stellen insgesamt<sup>1</sup>)**

	Politische Wissenschaft			
	C4	C3	WP <sup>2</sup>	Nachwuchs <sup>3</sup>
TU Braunschweig	2	-	3	4,5
Uni Göttingen	2	2	3	8
Uni Hannover	2	1	5	10,5
Uni Lüneburg <sup>4</sup>	1	-	-	1
Uni Oldenburg	4	3	2	6
Uni Osnabrück	2	3	2,5	5
Hochschule Vechta	-	1	1	1

Quelle: Grunddaten aus den Selbstberichten der Hochschulen

- 1) Inkl. Stellen aus Mitteln Dritter und Sonderprogrammen.
- 2) Sonstiges Wissenschaftliches Personal (Prof. u. HD C2, apl. Prof., A13 - A15; Oberass./Obering. C2; Lektoren und LfbA).
- 3) Nachwuchsstellen (Wiss. Ass. C1; IIa (Ib)).
- 4) Ohne neu geschaffene C4-Professur „Vergleichende Politikwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Regierungssysteme in Ost- und Mitteleuropa“.

**Tab. 3:           Wissenschaftliches Personal**

	Politische Wissenschaft		
	WPG <sup>1</sup>	Davon WPH <sup>2</sup>	Davon WPN <sup>3</sup>
TU Braunschweig	9,5	7	4,5
Uni Göttingen	15	11	8
Uni Hannover	18,5	13	10,5
Uni Lüneburg	2	2	1
Uni Oldenburg	15	12	6
Uni Osnabrück	12,5	9	5
Hochschule Vechta	3	3	1

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

- 1) Stellen für Wissenschaftliches Personal insgesamt.
- 2) Stellen für Wissenschaftliches Personal aus Haushaltsmitteln (Stand: 01. Februar 2002).
- 3) Nachwuchsstellen (C1, FwN – IIa und IIa) insgesamt.

**Tab. 4: Stellen aus Haushaltsmitteln (Wissenschaftliches Personal)**

	Politische Wissenschaft		
	HSL <sup>1</sup>	WP <sup>2</sup>	V <sup>3</sup>
TU Braunschweig	3	4	1,33
Uni Göttingen	6	5	0,83
Uni Hannover	7	6	0,86
Uni Lüneburg	1	1	1
Uni Oldenburg	8	4	0,5
Uni Osnabrück	7	2	0,29
Hochschule Vechta	2	1	0,5

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

- 1) Hochschullehrer (Prof. C4, C3, C2; HS-Dozenten).
- 2) Sonstiges Wissenschaftliches Personal (A13-15, Ila, Oberass./-ing. C2, Wiss. Ass. C1).
- 3) Verhältnis: Anzahl Wissenschaftliches Personal je Hochschullehrerstelle.

**Tab. 5: Hochschullehrer- und Nachwuchsstellen (insgesamt)**

Standort	Politische Wissenschaft			
	HSL <sup>1</sup>	NW <sup>2</sup>	davon aus HH-Mitteln <sup>3</sup>	V <sup>4</sup>
TU Braunschweig	3	4,5	2	1,5
Uni Göttingen	6	8	4	1,33
Uni Hannover	7	10,5	6,5	1,5
Uni Lüneburg	1	1	1	1
Uni Oldenburg	8	6	3	0,75
Uni Osnabrück	7	5	2	0,71
Hochschule Vechta	2	1	1	0,5

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

- 1) Hochschullehrer (C4, C3, C2, HS-Dozenten).
- 2) Nachwuchsstellen (FwN IIa, Wiss. Ass. C1) inkl. „Drittmittelstellen“.
- 3) Nachwuchsstellen (FwN IIa, Wiss. Ass. C1) aus Haushaltsmitteln.
- 4) Verhältnis: Anzahl Nachwuchsstellen insgesamt je Hochschullehrerstelle.

**Tab. 6: Anzahl nicht besetzter Professuren zum Zeitpunkt der Berichtslegung<sup>1</sup>**

	Politische Wissenschaft		
	Prof. C4	Prof. C3	Prof. C2
TU Braunschweig	-	-	-
Uni Göttingen	-	-	-
Uni Hannover	1	-	-
Uni Lüneburg	-	-	-
Uni Oldenburg	1	2	-
Uni Osnabrück	-	-	-
Hochschule Vechta	-	-	-

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

1) Ohne Berücksichtigung von kw- und ku-Vermerken.

**Tab. 7: Frei werdende Professuren C4 / C3 nach Standort (2003-2010)<sup>1</sup>**

	Politische Wissenschaft		
	2002 (Ist) <sup>2</sup>	FwS <sup>3</sup>	% <sup>4</sup>
TU Braunschweig	2	1	50
Uni Göttingen	4	2	50
Uni Hannover	3	1	33
Uni Lüneburg	1	1	100
Uni Oldenburg	7	4	57
Uni Osnabrück	5	2	40
Hochschule Vechta	1	-	-

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

- 1) Ohne Berücksichtigung von kw- und ku-Vermerken.
- 2) Professorenstellen C4, C3 aus Haushaltsmitteln; Stichtag: 01.02.2001.
- 3) Summe der frei werdenden Stellen bis 2010.
- 4) Prozentualer Anteil (gerundet) der frei werdenden Professuren (C4 u. C3 Stellen) gemessen am Stellenbestand zum 01.02.2002.

**Tab. 8: Grundausrüstung (Mittel für Lehre) und zusätzliche Mittel aus zentralen Fonds**

	Politische Wissenschaft	
	Grundausrüstung <sup>1</sup> p.a.	Zusätzliche Mittel <sup>2</sup>
TU Braunschweig	17.890	-
Uni Göttingen	69.830	374.560
Uni Hannover	236.680	813.955
Uni Lüneburg	13.345	29.145
Uni Oldenburg	42.050	176.085
Uni Osnabrück	213.150 <sup>3</sup>	236.000 <sup>4</sup>
Hochschule Vechta	6.780	-

Quelle: Grunddaten aus den Selbstberichten der Hochschulen

- 1) Durchschnittswerte des angegebenen Berichtszeitraumes per anno (gerundet).
- 2) Zentrale Fonds des Landes und des Bundes (VW-Vorab; HFBG, Landesprogramme wie HSP /HWP, LÜP, Forschungs- / Berufungspool, Innovationsoffensive, GradFöG, Multimediale Lehrmodule u.ä.).  
Gerundete Gesamtbeträge für den Zeitraum von 1996-2001.
- 3) Angaben für den gesamten Fachbereich Sozialwissenschaften.
- 4) Hinzu kommen weitere Mittel in Höhe von 46.000 € aus zentralen Fonds, die dem gesamten Fachbereich zur Verfügung gestellt wurden und aus technischen Gründen nicht weiter ausdifferenziert werden können.

**Tab. 9: „Drittmittel“<sup>1</sup> und Professuren nach Standort  
(Berichtszeitraum 1996 - 2001)**

	Politische Wissenschaft			
	Prof. <sup>1</sup>	Drittmittel <sup>2</sup>	Drittmittel / Prof.	Drittmittel / Prof. p.a. <sup>3</sup>
TU Braunschweig	2	1.155.000	577.500	96.250
Uni Göttingen	5	2.944.830	588.965	98.160
Uni Hannover	6	1.079.169	179.985	29.980
Uni Lüneburg	1	652.000	652.000	108.665
Uni Oldenburg	7	2.279.045	379.840	63.310
Uni Osnabrück	6	580.100	96.685	16.115
Hochschule Vechta	1	510	510	85

Quelle: Grunddaten aus den Selbstberichten der Hochschulen

- 1) Professuren (C4, C3, C2).
- 2) Drittmittel in € (gerundet).
- 3) Drittmittel in € je Professur per anno (gerundet).

**Tab. 10: Studierende im Wintersemester 2001 / 2002**

Politische Wissenschaft				
Studierende	insgesamt im Bericht genannt*	Dipl.	M.A. HF	M.A. NF
TU Braunschweig <sup>1</sup>	288		264	k.A.
Uni Göttingen <sup>2</sup>	2.223	1.325	419	262
Uni Hannover <sup>3</sup>	3.046	1.514	1.119	
Uni Lüneburg <sup>4</sup>	3.395	-	-	
Uni Oldenburg <sup>5</sup>	1.415	692	426	134
Uni Osnabrück <sup>6</sup>	555	-	285	72
Hochschule Vechta <sup>7</sup>	32	-	-	32

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

\* Angaben der Hochschulen, ohne Differenzierung nach - oder Gewichtung von - sozialwissenschaftlichen Studienanteilen. Die Spalten Dipl., M.A. HF, M.A. NF enthalten daher ausschließlich Angaben zu den Studiengängen Sozialwissenschaften (Dipl. und M.A.) sowie Politik (M.A.).

- 1) Politik (M.A.); Lehramt G.
- 2) Sozialwissenschaften (Dipl.); Politik (M.A.); Lehramt G; Euroculture.
- 3) Sozialwissenschaften (Dipl.); Politik (M.A.).
- 4) Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dipl.); Erziehungswissenschaften (Dipl.); Sozialpädagogik (Dipl.); Angewandte Kulturwiss. (M.A.); Lehramt GHR; Lehramt BBS.
- 5) Sozialwissenschaften (Dipl.); Politik (M.A.); Lehramt BBS.
- 6) Politik (M.A.); Europäische Studien(M.A.), (BA), (MA).
- 7) Politik (M.A. NF)

**Tab. 10b: Absolventen (1998 - 2001)**

Politische Wissenschaft				
Studierende	insgesamt im Bericht genannt*	Dipl.	M.A. HF	M.A. NF
TU Braunschweig <sup>1</sup>	38	-	38	
Uni Göttingen <sup>2</sup>	352	251 (119)	92 (80)	
Uni Hannover <sup>3</sup>	700	209 (56)	252	
Uni Lüneburg <sup>4</sup>	1.047	-	-	
Uni Oldenburg <sup>5</sup>	291	120	78	
Uni Osnabrück <sup>6</sup>	111	-	27	
Hochschule Vechta <sup>7</sup>	-	-	-	

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

\* Angaben der Hochschulen insgesamt, ohne Differenzierung nach - oder Gewichtung von - sozialwissenschaftlichen Studienanteilen. Die Spalten Dipl., M.A. HF, M.A. NF enthalten daher ausschließlich Angaben zu den Studiengängen Sozialwissenschaften (Dipl. und M.A.) sowie Politik (M.A.). Die Angaben in Klammern beziehen sich, soweit differenziert von den Standorten aufgelistet, auf die Anzahl der Abschlussarbeiten, die eindeutig dem Fach Politikwissenschaft zugeordnet werden.

- 1) Politik (M.A.).
- 2) Sozialwissenschaften (Dipl.); Politik (M.A.); Lehramt G.
- 3) Sozialwissenschaften (Dipl.); Politik (M.A.).
- 4) Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dipl.); Erziehungswissenschaften (Dipl.); Sozialpädagogik (Dipl.); Angewandte Kulturwiss. (M.A.); Lehramt GHR; Lehramt BBS.
- 5) Sozialwissenschaften (Dipl.); Politik (M.A.).
- 6) Politik (M.A.); Europäische Studien (M.A.), (BA), (MA).
- 7) Politik (M.A. NF).

**Tab. 11: Promotionen und Habilitationen (1997 - 2001)**

	Politische Wissenschaft		
	P <sup>1</sup>	P / Prof. <sup>2</sup>	H <sup>3</sup>
TU Braunschweig	6	3	1
Uni Göttingen	14	2,33	1
Uni Hannover	28	4,67	4
Uni Lüneburg	4	4	1
Uni Oldenburg	12	1,71	3
Uni Osnabrück	6	1	1
Hochschule Vechta	3	3	-

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

- 1) Promotionen (Kalenderjahre 1997 - 2001).
- 2) Promotionen je Professur (C4, C3 und C2) innerhalb des Untersuchungszeitraumes von fünf Jahren.
- 3) Habilitationen (Kalenderjahre 1997 - 2001).

**Tab. 12: Buchbestand der Bibliotheken in der Politikwissenschaft (1998 - 2001) \***

Politische Wissenschaft				
	1998	1999	2000	2001
TU Braunschweig	59.460	60.850	61.990	62.970
Uni Göttingen <sup>1</sup>	21.762	17.886	15.374	15.728
Uni Hannover <sup>2</sup>	129.381	135.402	140.162	144.032
Uni Lüneburg	k.A.	17.331	17.556	17.829
Uni Oldenburg	27.332	28.155	28.799	29.570
Uni Osnabrück	31.661	32.000	32.152	32.398
Hochschule Vechta	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

\* Anzahl der Fach-Monographien insgesamt (Uni- bzw. Bereichsbibliotheken und Institute) einschl. Dissertationen und Geschenke.

- 1) Angaben nur für Bestände der Staats- und Universitätsbibliothek. Die darüber hinaus im Seminar Politikwissenschaft vorhandenen Bestände wurden nicht ausgewiesen.
- 2) Angaben des Gesamtbestandes der Fachbereichsbibliothek Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften.

**Tab. 13: Ausgaben der Bibliotheken in der Politikwissenschaft (1998 - 2001) \***

Politische Wissenschaft				
	1998	1999	2000	2001
TU Braunschweig	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Uni Göttingen	41.032	39.529	40.220	41.607
Uni Hannover	45.644	44.178	41.743	41.406
Uni Lüneburg	k.A.	31.588	25.054	27.590
Uni Oldenburg	26.022	20.275	25.401	31.259
Uni Osnabrück	31.157	20.182	29.857	25.162
Hochschule Vechta	10.326	10.203	9.469	10.465

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

\* Ausgaben für fachwissenschaftliche Literatur in € insgesamt (Uni- bzw. Bereichsbibliotheken und Institute) für Monographien und Zeitschriften einschl. verwendeter Berufungsmittel.

**Tab. 14: Politische Wissenschaft: Zeitschriften (Abonnements und Ausgaben) der Bibliotheken (1998 - 2001)**

	1998		1999		2000		2001	
	Z <sub>A</sub>	Ausg.						
TU Braunschweig	241	k.A.	230	k.A.	219	k.A.	215	k.A.
Uni Göttingen	74	25.198	76	22.172	75	25.736	79	25.807
Uni Hannover <sup>1</sup>	926	k.A.	942	k.A.	821	k.A.	806	k.A.
Uni Lüneburg	k.A.	k.A.	k.A.	9.806	k.A.	10.882	k.A.	11.292
Uni Oldenburg	152	12.497	144	11.841	119	14.997	123	17.552
Uni Osnabrück	135	14.807	135	14.832	134	16.757	133	17.362
Hochschule Vechta	63	4.825	63	4.198	63	4.312	63	4.276

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

Z<sub>A</sub>: Anzahl der Zeitschriftenabonnements insgesamt (Uni- bzw. Bereichsbibliotheken und Institute).

Ausg.: Ausgaben in DM für Zeitschriftenabonnements, ohne (Spenden-) Mittel von dritter Seite.

1) Angaben des Gesamtbestandes der Fachbereichsbibliothek Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften.

## Soziologie

**Tab. 15:      Wissenschaftliches Personal (Stellen insgesamt<sup>1</sup>)**

	Soziologie			
	C4	C3	WP <sup>2</sup>	Nachwuchs <sup>3</sup>
TU Braunschweig	1	0	3	3,75
• Arbeitseinheit Medienwissenschaft	2	0	0	4
Uni Göttingen	3	2	6	28,2
Uni Hannover	2	3	6	9
• Fach Sozialpsychologie	1	2	2	4,5
Uni Lüneburg	1	1	4	2
Uni Oldenburg	6	3	3	7,5
Uni Osnabrück	2	4	6	6,75
Hochschule Vechta	1	0	1	0

Quelle: Grunddaten aus den Selbstberichten der Hochschulen

- 1) Inkl. Stellen aus Mitteln Dritter und Sonderprogrammen.
- 2) Sonstiges Wissenschaftliches Personal (Prof. u. HD C2, apl. Prof., A13 - A15; Oberass./Obering. C2; Lektoren und LfbA).
- 3) Nachwuchsstellen (Wiss. Ass. C1; IIa (Ib)).

**Tab. 16:      Wissenschaftliches Personal**

	Soziologie		
	WPG <sup>1</sup>	davon WPH <sup>2</sup>	davon WPN <sup>3</sup>
TU Braunschweig	7,75	6	3,75
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften	6	3	4
Uni Göttingen	45,7	26,2	31,7
Uni Hannover	20	13	9
• Fach Sozialpsychologie	9,5	7	4,5
Uni Lüneburg	8	8	2
Uni Oldenburg	19,5	13	7,5
Uni Osnabrück	18,75	14	6,75
Hochschule Vechta	2	2	0

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

- 1) Stellen für Wissenschaftliches Personal insgesamt.
- 2) Stellen für Wissenschaftliches Personal aus Haushaltsmitteln (Stand: 01. Februar 2002).
- 3) Nachwuchsstellen (C1, FwN – Ila und IIa) insgesamt.

**Tab. 17: Stellen aus Haushaltsmitteln (Wissenschaftliches Personal)**

	Soziologie		
	HSL <sup>1</sup>	WP <sup>2</sup>	V <sup>3</sup>
TU Braunschweig	4	3,75	0,94
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften	2	2	1,0
Uni Göttingen	9	16,6	1,85
Uni Hannover	7	6	0,9
• Fach Sozialpsychologie	5	0	0
Uni Lüneburg	3	5	1,66
Uni Oldenburg	10	3	0,3
Uni Osnabrück	9	5	0,56
Hochschule Vechta	1	1	1

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

- 1) Hochschullehrer (Prof. C4, C3, C2; HS-Dozenten).
- 2) Sonstiges Wissenschaftliches Personal (A13-15, IIa, Oberass./-ing. C2, Wiss. Ass. C1).
- 3) Verhältnis: Anzahl Wissenschaftliches Personal je Hochschullehrerstelle.

**Tab. 18: Hochschullehrer- und Nachwuchsstellen (insgesamt)**

Standort	Soziologie			
	HSL <sup>1</sup>	NW <sup>2</sup>	davon aus HH-Mitteln <sup>3</sup>	V <sup>4</sup>
TU Braunschweig	4	3,75	2	0,9
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften	2	4	2	2,0
Uni Göttingen	9	31,7	11,6	3,5
Uni Hannover	7	9	2	1,3
• Fach Sozialpsychologie	5	4,5	2	0,9
Uni Lüneburg	3	2	2	0,66
Uni Oldenburg	10	7,5	1	0,75
Uni Osnabrück	9	6,75	2	0,75
Hochschule Vechta	1	0	0	0

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

- 1) Hochschullehrer (C4, C3, C2, HS-Dozenten).
- 2) Nachwuchsstellen (FwN IIa, Wiss. Ass. C1) inkl. „Drittmittelstellen“.
- 3) Nachwuchsstellen (FwN IIa, Wiss. Ass. C1) aus Haushaltsmitteln.
- 4) Verhältnis: Anzahl Nachwuchsstellen insgesamt je Hochschullehrerstelle.

**Tab. 19: Anzahl nicht besetzter Professuren zum Zeitpunkt der Berichtslegung<sup>1</sup>**

	Soziologie		
	Prof. C4	Prof. C3	Prof. C2
TU Braunschweig	0	0	0
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften	0	0	0
Uni Göttingen	1	0	-
Uni Hannover	1	1 <sup>2</sup>	0
• Fach Sozialpsychologie	1 <sup>3</sup>	1 <sup>4</sup>	0
Uni Lüneburg	0	0	0
Uni Oldenburg	0	0	0
Uni Osnabrück	0	0	0
Hochschule Vechta	0	0	0

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

- 1) Ohne Berücksichtigung von kw- und ku-Vermerken.
- 2) Neuberufung erfolgte zum 01.10.2002.
- 3) Lehrstuhl wird zur Zeit vertreten.
- 4) Stelle seit Oktober 2002 nicht besetzt.

**Tab. 20: Frei werdende Professuren C4 / C3 nach Standort (2003 - 2010)<sup>1</sup>**

	Soziologie		
	2002 (Ist) <sup>2</sup>	FwS <sup>3</sup>	% <sup>4</sup>
TU Braunschweig	1	0	-
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften	2	2	100
Uni Göttingen	8	3	37,5
Uni Hannover	5	2	40
• Fach Sozialpsychologie	3	1	33
Uni Lüneburg	2	0	-
Uni Oldenburg	9	7	78
Uni Osnabrück	6	6	100
Hochschule Vechta	1	1	100

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

- 1) Ohne Berücksichtigung von kw- und ku-Vermerken.
- 2) Professorenstellen C4, C3 aus Haushaltsmitteln; Stichtag: 01.02.2001.
- 3) Summe der frei werdenden Stellen bis 2010.
- 4) Prozentualer Anteil (gerundet) der frei werdenden Professuren (C4 u. C3 Stellen) gemessen am Stellenbestand zum 01.02.2002.

**Tab. 21: Grundausrüstung (Mittel für Lehre) und zusätzliche Mittel aus zentralen Fonds**

	Soziologie	
	Grundausrüstung <sup>1</sup> p.a.	zusätzliche Mittel <sup>2</sup>
TU Braunschweig	14.600	350.000 <sup>3</sup>
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften	3.400	k.A.
Uni Göttingen	197.700	4.500.000 <sup>3</sup>
Uni Hannover	157.300	456.000 <sup>3</sup>
• Fach Sozialpsychologie	84.700	247.000
Uni Lüneburg	30.300	101.200
Uni Oldenburg	44.500	661.200 <sup>3</sup>
Uni Osnabrück	213.250 <sup>4</sup>	209.300 <sup>5</sup>
Hochschule Vechta	3.700	k.A.

Quelle: Grunddaten aus den Selbstberichten der Hochschulen

- 1) Durchschnittswerte des angegebenen Berichtszeitraumes per anno (gerundet).
- 2) Zentrale Fonds des Landes und des Bundes (VW-Vorab; HBBFG, Landesprogramme wie HSP /HWP, LÜP, Forschungs- / Berufungspool, Innovationsoffensive, GradFöG, Multimediale Lehrmodule u.ä.).  
Gerundete Gesamtbeträge für den Zeitraum von 1996 - 2001
- 3) Inkl. Mittel aus dem Forschungsverbund „Technikentwicklung und gesellschaftlicher Strukturwandel“ aus Mitteln des niedersächsischen VW-Vorab.
- 4) Angaben für den gesamten Fachbereich Sozialwissenschaften.
- 5) Hinzu kommen weitere Mittel in Höhe von 46.000 € aus zentralen Fonds, die dem gesamten Fachbereich zur Verfügung gestellt wurden und aus technischen Gründen nicht weiter ausdifferenziert werden können.

**Tab. 22: „Drittmittel“<sup>1</sup> und Professuren nach Standort  
(Berichtszeitraum 1996 - 2001)**

	Soziologie			
	Prof. <sup>1</sup>	Drittmittel <sup>2</sup>	Drittmittel / Prof.	Drittmittel / Prof. p.a. <sup>3</sup>
TU Braunschweig	2	1.374.000	687.000	114.500
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften	2	245.000	122.500	20.400
Uni Göttingen <sup>4</sup>	9	4.650.000	516.700	86.000
Uni Hannover	7	1.584.000	226.300	37.700
• Fach Sozialpsychologie	4	321.700	80.430	13.400
Uni Lüneburg	2	263.000	131.500	21.900
Uni Oldenburg	9	288.700	32.100	5.300
Uni Osnabrück	9	1.680.900 <sup>5</sup>	186.800	31.100
Hochschule Vechta	1	k.A.	-	-

Quelle: Grunddaten aus den Selbstberichten der Hochschulen

- 1) Professuren (C4, C3, C2).
- 2) Drittmittel in € (gerundet).
- 3) Drittmittel in € je Professur per anno (gerundet).
- 4) Berücksichtigt sind die Mittel Dritter des Soziologischen Seminars, Institut für Sozialpolitik, MZS, ZENS und SoFI (inkl. der Einnahmen des Graduierten Kollegs „Die Zukunft des europäischen Sozialmodells“).
- 5) Inkl. der Einnahmen des Graduierten Kollegs „Europäische Integration“ sowie Einnahmen des Instituts für Migrationsforschung und interkulturelle Studien, soweit diese den Lehrenden der Soziologie eindeutig zuzuordnen sind.

**Tab. 23: Studierende im Wintersemester 2001 / 2002**

Soziologie / Sozialwissenschaft				
Studierende	insgesamt im Bericht genannt*	Dipl.	M.A. HF	M.A. NF
TU Braunschweig <sup>1</sup>	304	-	304	k.A.
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften <sup>1b</sup>	-	-	-	-
Uni Göttingen <sup>2</sup>	2.075	1.325	394	356
Uni Hannover <sup>3</sup>	2.397	1.514	883	
• Fach Sozialpsychologie <sup>3b</sup>	2.158		644	
Uni Lüneburg <sup>4</sup>	3.884	-	-	
Uni Oldenburg <sup>5</sup>	1.159	692	366	101
Uni Osnabrück <sup>6</sup>	597	131	272 <sup>7</sup>	95 <sup>7</sup>
Hochschule Vechta <sup>8</sup>	64	-	52	12

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

\* Angaben der Hochschulen, ohne Differenzierung nach - oder Gewichtung von - sozialwissenschaftlichen Studienanteilen. Die Spalten Dipl., M.A. HF, M.A. NF enthalten daher ausschließlich Angaben zu den Studiengängen Sozialwissenschaften (Dipl. und M.A.) sowie Soziologie / Sozialpsychologie (M.A.).

- 1) Soziologie (M.A.); 1b) Medienwissenschaften (M.A.).
- 2) Sozialwissenschaften (Dipl.); Soziologie (M.A.).
- 3) Sozialwissenschaften (Dipl.); Soziologie (M.A.); 3b) Sozialpsychologie (M.A) (in der Zwischenzeit eingestellt).
- 4) Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dipl.); Erziehungswissenschaften (Dipl.); Sozialpädagogik (Dipl.); Angewandte Kulturwiss. (M.A.); Lehramt GHR; Lehramt BBS.
- 5) Sozialwissenschaften (Dipl.); Soziologie (M.A.).
- 6) Sozialwissenschaften (Dipl.) (zum WS 1997/98 eingestellt); Soziologie (M.A.); Social Sciences (BA) (eingerrichtet zum WS 99/00).
- 7) Zahlen weichen vom Selbstbericht ab; diese Angaben wurden nachträglich von der Universität verifiziert.
- 8) Sozialwissenschaft (M.A.); Soziologie (M.A. NF).

**Tab. 23b: Absolventen (1998-2001)**

Soziologie / Sozialwissenschaft				
Studierende	insgesamt im Bericht genannt*	Dipl.	M.A. HF	M.A. NF
TU Braunschweig <sup>1</sup>	47	-	47	
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften <sup>1,8</sup>	2	-	-	
Uni Göttingen <sup>2</sup>	352	251 (119)	89 (38)	
Uni Hannover <sup>3</sup>	341	209 (76)	132	
• Fach Sozialpsychologie <sup>3b</sup>	342	209 (77)	134	
Uni Lüneburg <sup>4</sup>	1.999	-	-	
Uni Oldenburg <sup>5</sup>	148	120	28	
Uni Osnabrück <sup>6</sup>	99	80	19	
Hochschule Vechta <sup>7</sup>	4	-	4	

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

\* Angaben der Hochschulen insgesamt, ohne Differenzierung nach - oder Gewichtung von - sozialwissenschaftlichen Studienanteilen. Die Spalten Dipl., M.A. HF, M.A. NF enthalten daher ausschließlich Angaben zu den Studiengängen Sozialwissenschaften (Dipl. und M.A.) sowie Soziologie / Sozialpsychologie (M.A.). Die Angaben in Klammern beziehen sich, soweit differenziert von den Standorten aufgelistet, auf die Anzahl der Abschlussarbeiten, die eindeutig dem Fach Soziologie (Sozialpsychologie<sup>3b</sup>) zugeordnet werden.

- 1) Soziologie (M.A.); Medienwissenschaften (M.A.).
- 2) Sozialwissenschaften (Dipl.); Soziologie (M.A.); Lehramt G.
- 3) Sozialwissenschaften (Dipl.); Soziologie (M.A.); 3b) Sozialpsychologie (M.A.) (in der Zwischenzeit eingestellt).
- 4) Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Dipl.); Erziehungswissenschaften (Dipl.); Sozialpädagogik (Dipl.); Angewandte Kulturwiss. (M.A.); Lehramt GHR; Lehramt BBS.
- 5) Sozialwissenschaften (Dipl.); Soziologie (M.A.).
- 6) Sozialwissenschaften (Dipl.) (zum WS 1997/98 eingestellt); Soziologie (M.A.); Social Sciences (BA) (eingerrichtet zum WS 99/00).
- 7) Sozialwissenschaft (M.A.); Soziologie (M.A. NF).
- 8) Angaben für das Jahr 2002.

**Tab. 24: Promotionen und Habilitationen (1997 - 2001)**

	Soziologie		
	P <sup>1</sup>	P / Prof. <sup>2</sup>	H <sup>3</sup>
TU Braunschweig	3	1	-
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften	-	-	-
Uni Göttingen	18	2	5
Uni Hannover	14	2	4
• Fach Sozialpsychologie	10	2,5	3
Uni Lüneburg	6	3	-
Uni Oldenburg (1998-2001)	10	1	2
Uni Osnabrück	22	2,4	3
Hochschule Vechta	-	-	-

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

- 1) Promotionen (Kalenderjahre 1997 - 2001).
- 2) Promotionen je Professur (C4, C3 und C2) innerhalb des Untersuchungszeitraumes von fünf Jahren.
- 3) Habilitationen (Kalenderjahre 1997 - 2001).

**Tab. 25: Buchbestand der Bibliotheken in der Soziologie (1998 - 2001) \***

Soziologie				
	1998	1999	2000	2001
TU Braunschweig	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Uni Göttingen	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Uni Hannover <sup>1</sup>	129.381	135.402	140.162	144.032
• Fach Sozialpsychologie	k.A.	k.A.	k.A.	9.200
Uni Lüneburg	k.A.	18.964	19.583	20.101
Uni Oldenburg	34.362	35.108	35.826	36.481
Uni Osnabrück	59.513	60.000	60.431	60.505
Hochschule Vechta	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

\* Anzahl der Fach-Monographien insgesamt (Uni- bzw. Bereichsbibliotheken und Institute) einschl. Dissertationen und Geschenke.

1) Angaben des Gesamtbestandes der Fachbereichsbibliothek Geschichte, Philosophie und Sozialwissenschaften.

**Tab. 26: Ausgaben der Bibliotheken in der Soziologie (1998 - 2001) \***

Soziologie				
	1998	1999	2000	2001
TU Braunschweig	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Uni Göttingen <sup>1</sup>	44.281	40.545	30.068	30.155
Uni Hannover	98.496	78.716	112.804	122.274
• Fach Sozialpsychologie	29.619	34.358	28.131	34.342
Uni Lüneburg	k.A.	79.163	77.011	61.789
Uni Oldenburg	43.596	40.675	35.148	44.675
Uni Osnabrück	53.074	53.560	62.130	58.377
Hochschule Vechta	20.329	23.566	23.593	25.480

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

\* Ausgaben für fachwissenschaftliche Literatur in € insgesamt (Uni- bzw. Bereichsbibliotheken und Institute) für Monographien und Zeitschriften einschl. verwendeter Berufungsmittel.

1) Angaben nur für die Ausgaben der Staats- und Universitätsbibliothek. Darüber hinaus in den Fakultätsbibliotheken aufgewendeten Mittel wurden nicht ausgewiesen.

**Tab. 27: Soziologie: Zeitschriften (Abonnements und Ausgaben) der Bibliotheken (1998 - 2001)**

	1998		1999		2000		2001	
	Z <sub>A</sub>	Ausg.						
TU Braunschweig	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
• Arbeitsfeld Medienwissenschaften	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Uni Göttingen <sup>1</sup>	k.A.	21.840	k.A.	25.601	107	20.164	97	21.098
Uni Hannover	356	46.434	365	34.773	250	64.492	245	86.505
• Fach Sozialpsychologie	k.A.	9.673	k.A.	5.391	k.A.	13.535	35	17.659
Uni Lüneburg	87	k.A.	87	19.274	86	24.775	86	23.382
Uni Oldenburg	151	22.256	155	20.168	136	15.767	126	23.163
Uni Osnabrück	349	32.424	346	32.760	335	37.430	335	40.827
Hochschule Vechta	120	10.857	120	10.489	120	10.757	120	11.317

Quelle: Grunddaten aus den Berichten der Hochschulen

Z<sub>A</sub>: Anzahl der Zeitschriftenabonnements insgesamt (Uni- bzw. Bereichsbibliotheken und Institute).

Ausg.: Ausgaben in DM für Zeitschriftenabonnements, ohne (Spenden-) Mittel von dritter Seite.

1) Nur lückenhafte Angaben. Bestände der Fakultätsbibliotheken und Ausgaben der Staats- und Universitätsbibliothek.



## 7 Diagramme

Politikwissenschaft und Soziologie

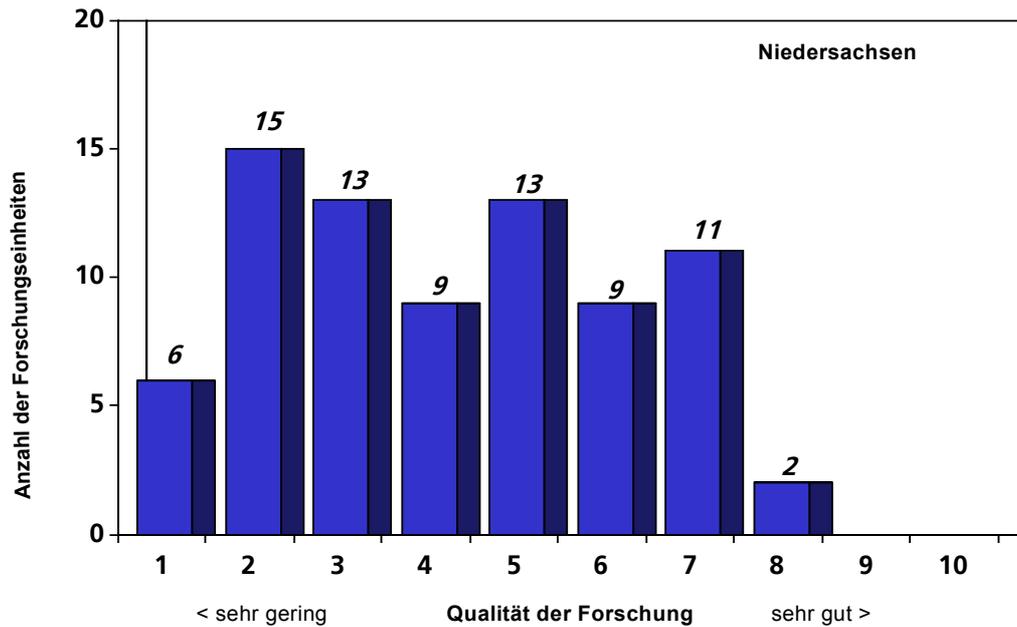


Abb. 1:

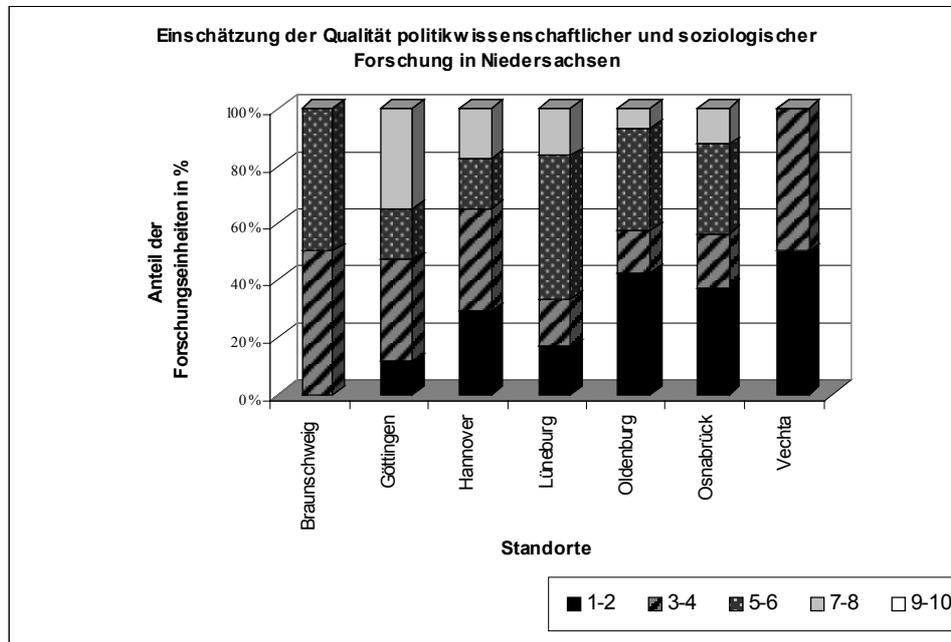
Forschungsqualität der Politikwissenschaft und Soziologie in Niedersachsen (inkl. Sozialpsychologie der U Hannover, ohne Medienwissenschaften der TU Braunschweig)

In die Bewertung sind - bis auf wenige, im Text dokumentierte und begründete Ausnahmen - die Forschungseinheiten aller Standorte (N=78) eingegangen. Die Qualität der Forschung wurde auf einer Skala von 1-10 bewertet, wobei 10 für beste Forschungsleistungen steht. Grundlage der Bewertung ist der Zeitraum von 1997-2001.

Stand: Juli 2003

Interpretation (Bsp.):

„Von insgesamt 78 Forschungseinheiten der Politikwissenschaft und Soziologie, die in die Bewertung eingegangen sind, wurden 13 Forschungseinheiten auf der Qualitätsskala von 1 bis 10 mit dem Wert 5 belegt.“



< sehr gering **Qualität der Forschung** sehr gut >

Qualitätskategorie\*

	1-2	3-4	5-6	7-8	9-10	% gesamt
Braunschweig	0%	50%	50%	0%	0%	100%
Göttingen	12%	35%	18%	35%	0%	100%
Hannover	29%	35%	18%	18%	0%	100%
Lüneburg	17%	17%	50%	17%	0%	100%
Oldenburg	43%	14%	36%	7%	0%	100%
Osnabrück	38%	19%	31%	13%	0%	100%
Vechta	50%	50%	0%	0%	0%	100%
% je Qualitäts- kategorie (N=78)	27%	28%	28%	17%	0%	100%

Qualitätskategorie\*

	1-2	3-4	5-6	7-8	9-10	Fallzahlen je Standort
Braunschweig	0	3	3	0	0	6
Göttingen	2	6	3	6	0	17
Hannover	5	6	3	3	0	17
Lüneburg	1	1	3	1	0	6
Oldenburg	6	2	5	1	0	14
Osnabrück	6	3	5	2	0	16
Vechta	1	1	0	0	0	2
Fallzahlen je Qualitätskategorie	21	22	22	13	0	78

\* Die Qualität der Forschung wurde auf einer Skala von 1 bis 10 bewertet, wobei 10 für sehr gute Forschungsleistungen steht.

## Politikwissenschaft

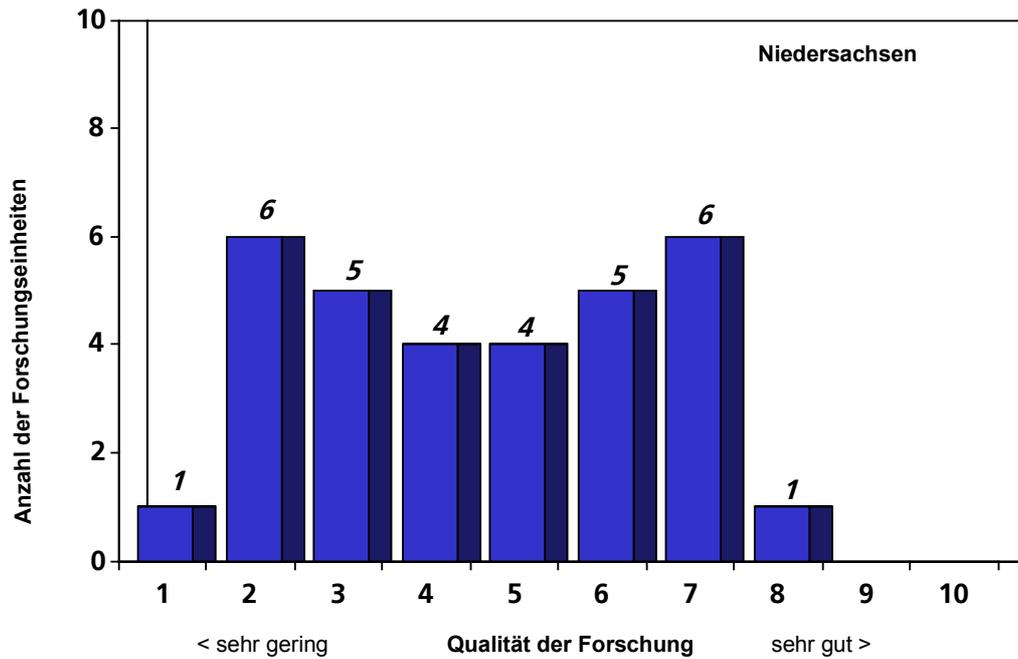


Abb. 3:

## Forschungsqualität der Politikwissenschaft in Niedersachsen

In die Bewertung sind - bis auf wenige, im Text dokumentierte und begründete Ausnahmen - die Forschungseinheiten aller Standorte (N=32) eingegangen. Die Qualität der Forschung wurde auf einer Skala von 1-10 bewertet, wobei 10 für beste Forschungsleistungen steht. Grundlage der Bewertung ist der Zeitraum von 1997-2001.

Stand: Juli 2003

## Soziologie

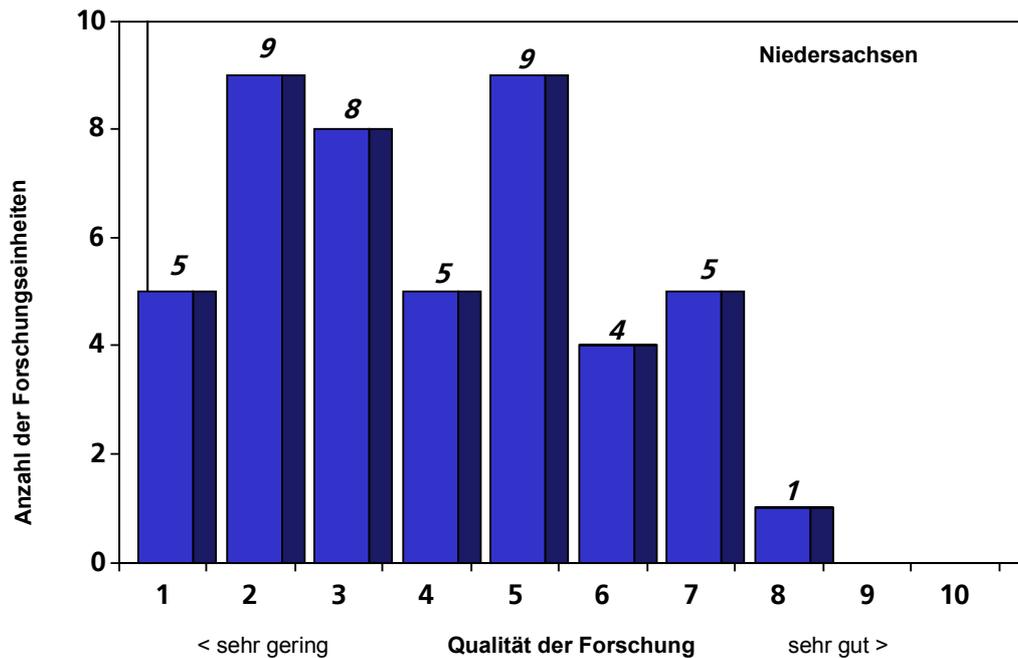


Abb. 4:

Forschungsqualität der Soziologie in Niedersachsen  
(inkl. Sozialpsychologie der Universität Hannover)

In die Bewertung sind - bis auf wenige, im Text dokumentierte und begründete Ausnahmen - die Forschungseinheiten aller Standorte (N=46) eingegangen. Die Qualität der Forschung wurde auf einer Skala von 1-10 bewertet, wobei 10 für beste Forschungsleistungen steht. Grundlage der Bewertung ist der Zeitraum von 1997-2001.

Stand: Juli 2003

## 8 Anhang

### 8.1 Forschungsevaluation an niedersächsischen Hochschulen

Die Wissenschaftliche Kommission ist eine Einrichtung des Landes, die im Konsens mit den Hochschulen geschaffen wurde. Die Verbindung mit den Hochschulen ist dadurch institutionell verankert, dass der Vorsitzende der Landeshochschulkonferenz (LHK) beratendes Kommissionsmitglied ist. Das Konzept zur Evaluation der Forschung wurde von der Wissenschaftlichen Kommission entwickelt. Sie hat den Auftrag, entsprechende Verfahren für die einzelnen Disziplinen durchführen zu lassen und die Ergebnisse zu beraten.

Die Forschungsevaluation soll dazu dienen,

- die Hochschulen bei der Entwicklung eines eigenen, klar definierten Forschungsprofils und bei der Standortbestimmung im nationalen und internationalen Vergleich zu unterstützen;
- den Hochschulen Kriterien für die eigenverantwortliche Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -verbesserung an die Hand zu geben;
- die Profilbildung der Hochschulen gezielter von Seiten des Landes durch Ausstattung, Berufungspolitik etc. zu fördern und Leitlinien für die Strukturplanung in der Hochschulpolitik zu erarbeiten;
- zur Entwicklung von Kriterien für die qualitätsorientierte Mittelvergabe durch das Land im Rahmen der Einführung von Globalhaushalten für die Hochschulen beizutragen;
- die Leistungen der Hochschulen für die an Fragen der Hochschulentwicklung interessierten Kreise der Öffentlichkeit transparenter zu machen.

### 8.2 Organisatorische Rahmenbedingungen

- Zur Planung der Evaluationsverfahren wurde eine Lenkungsgruppe eingerichtet, die von der Wissenschaftlichen Kommission, der Landeshochschulkonferenz und dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur gemeinsam getragen und vom Vorsitzenden der Wissenschaftlichen Kommission geleitet wird.
- Die Begutachtung beruht auf dem Prinzip des „informed peer-review“. Die jeweiligen Fachgutachter-Kommissionen werden auf Vorschlag der Wissenschaftlichen Kommission vom Wissenschaftsminister ernannt.

- Die Evaluationsverfahren werden von den Gutachtergruppen unabhängig und mit organisatorischer Unterstützung durch die Geschäftsstelle durchgeführt.
- Die Einschätzungen und Empfehlungen der Gutachter werden in Abschlussberichten niedergelegt. Die betroffenen Hochschulen erhalten die Möglichkeit, zu diesen Berichten Stellung zu nehmen.
- Unabhängig von der Forschungsevaluation führt die ZEvA Lehrevaluationen durch. Die Wissenschaftliche Kommission wird über die Ergebnisse unterrichtet.

### **8.3 Allgemeine Kriterien der Forschungsevaluation**

Die Forschungsevaluation in Niedersachsen legt Kriterien zu Grunde, die auch in anderen nationalen und internationalen Evaluationsverfahren angewandt werden. Dies trägt wesentlich dazu bei, dem niedersächsischen Verfahren breite Anerkennung zu sichern und die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu ermöglichen. Ausdrücklich wird berücksichtigt, dass einzelne Indikatoren, besonders aus dem quantitativen Bereich (Drittmittel, internationale Publikationen), in den verschiedenen Fächern unterschiedliche Bedeutung und Realisierungschancen haben. Ihre Gewichtung wird daher für jedes zu evaluierende Fach von der zuständigen Gutachterkommission festgelegt. Dabei werden die vereinbarten Maßstäbe innerhalb der Verfahren für die jeweiligen Disziplinen landesweit einheitlich angelegt.

Die Kriterien, die generell in allen Verfahren berücksichtigt werden, lassen sich zwei Gruppen zuordnen: (1) Qualität und Relevanz, (2) Effektivität und Effizienz.

1.) Qualität und Relevanz: Als Grundmaßstab für die Bewertung von Qualität und Relevanz gilt der Beitrag, den die Forschung zur Profilierung der jeweiligen Disziplin leistet, und zwar unter vier Gesichtspunkten: innerhalb der Hochschule, in der Region, innerhalb Deutschlands und schließlich international.

Folgende Aspekte sollen berücksichtigt werden:

- Innovativität der an einer Institution geleisteten Forschung (wissenschaftliche Leistungen im internationalen Vergleich, Reputation, neue Forschungsfronten);
- wissenschaftliche Ausstrahlung (Publikationen, Fachtagungen, regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch etc.);
- Interdisziplinarität oder besonderer Stellenwert als Einzeldisziplin;
- Kooperationen mit anderen Forschungseinrichtungen auf regionaler und nationaler Ebene;

- Intensität und Qualität der internationalen Zusammenarbeit, zum Beispiel durch Forschungs-kooperationen, EU-Projekte (ggf. mit Koordinierungsfunktion der Einrichtung), gemeinsame Veröffentlichungen, Gastwissenschaftler, gemeinsam betreute und gegenseitig anerkannte Promotionen, Förderung der internationalen Kompetenz von Nachwuchsforschern im Rahmen von Hochschulpartnerschaften und Mobilitätsprogrammen;
- Effektivität der Nachwuchsförderung (Graduiertenkollegs, strukturierte Promotionsstudiengänge, Forschergruppen und Sonderforschungsbereiche, Berufungschancen, Lehrforschungen);
- Bedeutung von Kooperationen mit Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Kulturinstitutionen. Bedeutung des Transfers im Bereich der grundlagen-, anwendungs- und produktorientierten Forschung, zum Beispiel durch gemeinsame Nutzung von Großgeräten, gemeinsame Projekte, Auftragsforschung, Patente, Produktentwicklung. Besonders in den Geistes- und Sozialwissenschaften können für diesen Punkt auch Gutachtertätigkeiten und Beratungstätigkeiten, sowohl im Wirtschafts- als auch im öffentlichen und kulturellen Sektor, oder andere Service- bzw. Dienstleistungen charakteristisch sein.

2.) Effektivität und Effizienz: Das Evaluationsverfahren soll auch die Frage nach dem Verhältnis von Aufwand und Erfolg beantworten. Dabei ist der zentrale Gesichtspunkt, ob mit den eingesetzten Mitteln (Personalausstattung, Sachausstattung, Drittmittel aus verschiedenen Quellen) die beabsichtigte Wirkung unter Wahrung des angestrebten Qualitätsstandards erreicht wird.

Bei der Erarbeitung übergreifender Schlussfolgerungen aus den Evaluationsergebnissen durch die Wissenschaftliche Kommission wird ggf. die strukturpolitische Bedeutung von Forschungseinrichtungen berücksichtigt.

#### **8.4 Am Verfahren beteiligte Einrichtungen**

Technische Universität Braunschweig

Georg-August-Universität Göttingen

Universität Hannover

Universität Lüneburg

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Universität Osnabrück

Hochschule Vechta

